D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 106
Januar '79 DM 2,–
11. Jahrgang

Russell-Tribunal
2. Sitzungsperiode
zu den Themen:
Verteidigungsrechte
Verfassungsschutz
Zensur

»Der Freiheit eine Gasse«

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

IN EIGENER SACHE

Liebe "links"-Leserinnen und -Leser,
wie euch sicherlich auffällt, hat diese "links" ein neues Gesicht: Die Titelseite ist bildhafter geworden, das Inhaltsverzeichnis nimmt nun eine ganze (die dritte) Seite ein. Deutlicher abgesetzte Überschriften, Anreißtexte für jeden längeren Artikel und ein größerer Bild- bzw. Karikaturen-Anteil schaffen, so hoffen wir, ein lebendigeres Lay Out. Schließlich haben wir kaum merkliche Technika geändert: die Art der Schrifttype, die Schriftgröße, den Zeilenabstand und die Spaltenbreite (dadurch in der Regel drei statt vier Spalten) – alles zusammen der Versuch, "links" in ihrer formalen Gestaltung leichter lesbar und anregender zu machen.
Kosmetische Korrekturen – mögen manche sagen; Aber wem nützt der analytische Text, wenn er nicht gelesen wird, wenn er vom Gestalterischen her abschreckt? Steckt im Zusammenhang zwischen Inhalt und Form bzw. seiner bewußteren Berücksichtigung nicht ein wenig mehr als Kosmetik? Wo bleibt die lange angekündigte vierzehntägige "links"?
Wir glauben, daß heute, nach Jahren, in denen eine große Anzahl linker Publikationen erscheint, eher eine Überfülle als ein Defizit an unmittelbaren Informationen besteht. Eine vierzehntägige "links" hätte deshalb nur dann eine Chance, wenn sie über die Vermittlung unmittelbarer Informationen hinaus weiterhin dazu beitragen kann, Informationen gegen den Strich zu denken, sich in der Fülle von Informationen kritisch zu orientieren.
Qualitativ verbessern – interessantere Themen bringen, aktueller und dabei aussagenreich berichten und besser gestalten – können wir die "links" von unseren materiellen Bedingungen her vorerst aber nur bei dem gegenwärtigen Erscheinungsrhythmus von vier Wochen.
Neben der skizzierten formalen bzw. technischen Veränderung haben wir uns daran gemacht, das thematische Blickfeld der "links" auszuweiten. Dabei denken wir an die oft von der Sphäre der "politischen Arbeit" abgeschotteten Bereiche von Kultur und Alltag (Kino, Musik, Verkehrsformen usw.). Ziel sind jedoch nicht Serviceleistungen für ein behagliches linkes Getto, sondern die Reflexion des offensiven politischen Anspruchs, der mit der Veränderung des Alltagslebens hier und jetzt einmal verbunden war und bleiben sollte. Durch analytische und biografische Beiträge zu Ausprägungen und Bruchstellen ihrer eigenen verschlungenen Entwicklung wollen wir der vielbeklagten "Geschichtslosigkeit" der westdeutschen Linken entgegenwirken.
Der Versuch, "links" inhaltlich auszuweiten und ansprechender zu gestalten, soll schließlich in einer neuen Gliederung der Zeitung sichtbar werden. Die bisherige Gliederung in Rubriken (Kommentare, Artikel und "Informationen/Aktionen/Initiativen/Berichten") haben wir aufgegeben.
Stattdessen wollen wir der Gliederung nach thematischen Zusammenhängen größeres Gewicht geben und damit auch Texte ganz unterschiedlicher Art zusammenbringen. Denn wir sind daran interessiert, kontinuierlich Berichte und Einschätzungen zu aktuellen Vörgängen etwa im AKW- und Ökologiebereich oder im Umkreis der etablierten politischen Parteien (und gerade auch der rechten) zu bekommen.
Endlich wollen wir, beginnend mit dieser Nummer, hier auf Seite 3 deutlich machen, weshalb wir die Schwerpunkte der vorliegenden Ausgabe für wichtig halten. Im Editorial wollen wir auch mitteilen, welche längerfristigen Themen wir planen und über die Probleme der Redaktionsarbeit informieren. Wir hoffen damit einen kleinen Schritt in Richtung "Produktionsöffentlichkeit" zu gehen, Gestaltung und politische Schwerpunkte der "links" für den Leser durchsichtiger zu machen.
Schließlich sollen zukünftig Leserbriefe veröffentlicht werden. Bitte die Texte so kurz abfassen, daß sie auch wirklichen Briefcharakter haben. (Abdruckbar sind in der Regel sicher nicht mehr als 20 Druckzeilen; dabei müssen wir uns generell – aus Platzgründen – das Recht auf Kürzung vorzubehalten.) Daß ihr nicht auf solche Leserbriefe reduziert sein sollt, möchten wir noch einmal deutlich betonen: Je mehr Beiträge wir bekommen, um so lebendiger wird "links" auch werden.
Viel Spaß mit der neuen "links" wünscht euch
die Redaktion

Hungerstreik der Bürgerinitiative Rheinpreußen vor dem Gebäude der Berliner Handels- und Frankfurter Bank in Frankfurt. Die Bewohner von Zechenhäusern, die der BHF-Bank gehören, befürchten den Abriß und kämpfen mit einem fünftägigen Hungerstreik für den Erhalt der Häuser. dpa

INHALT:

In eigener Sache 2

H.E. Brand:
Stahlstreik 4

Heinrich Schievenbusch:
Beobachtungen aus
der Gewerkschaftsfamilie 4

Dany Diner:
Ausländerhetze nach der
Frankfurter Iran-Demonstration 6

Arbeitsgruppe SB:
Erklärung zur Aufnahme
politischer Gefangener
aus Argentinien 6

Volkhard Brandes:
Guayana 7

Wolfgang Kraushaar:
Bahro-Kongreß 8

Wolf-Dieter Narr/Klaus Vack:
Gespräch mit
Helmut Gollwitzer 12

Jens Huhn:
Paul-Weber-Ausstellung 15

Wandzeitung zur Kulturzensur 16

Detlef Haritz:
Abbau der Verteidigungsrechte 18

Hanfried Scherer:
GEW Berlin 20

Roland Roth:
Jugendhilfetag 21

Horst Holzschuh/
Gerd Schudlich:
Kita im Exil 25

Heiner Halberstadt:
Club Voltaire 28

Veranstaltungskalender 31

Termine des
Russell-Tribunals 32

Streik in der Stahlindustrie Seite 4

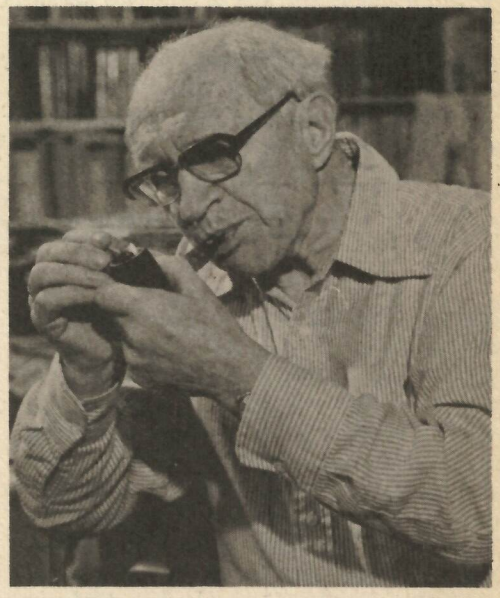
In den Tarifgebieten NRW, Bremen und Osnabrück sind 37.000 Beschäftigte in den Streik getreten, 80.000 wurden ausgesperrt. Worum geht es den Stahlindustriellen wirklich? Was bedeutet die Aussperrungsstrategie der Unternehmer und wie reagieren IG Metall und die DGB-Gewerkschaften darauf? Fazit: die gewerkschaftliche Strategie macht für die Unternehmer den Arbeitskampf zu einem kalkulierbaren Risiko!

Linke Geisterfahrer: Zum Bahro-Kongreß Seite 8

"Der Bahro-Kongreß war ein entschlossener Schritt nach hinten. Anstatt daß die Mythen der Linken in Frage gestellt worden wären, hat man einmal mehr auf das ideologische Rüstgepäck der Vergangenheit zurückgegriffen". Wolfgang Kraushaar setzt sich in einem Diskussionsbeitrag kritisch mit dem Berliner Kongreß auseinander und versucht anzugeben, wie es mit der Diskussion weitergehen könnte.

"Die revolution beginnt vor der Revolution". Gespräch mit Helmut Gollwitzer Seite 11

Anläßlich seines 70. Geburtstages haben wir ein Gespräch mit H. Gollwitzer geführt: Über Fortschrittsglauben, wie private Bedürfnisse und politische Interessen zusammenzubringen sind und weshalb es sich lohnt, Sozialist zu sein.



"Serie": Geschichte der Westdeutschen Linken Seite 28

Die "heroischen" Zeiten liegen inzwischen etwas zurück. Viele Erfahrungen sind gemacht worden, die schnell vergessen sind. Wir wollen linke Projekte, Ansätze, Kampagnen, Organisationen und Hoffnungen, die es seit 1945 in Westdeutschland gegeben hat, darstellen: beispielhaft, konkret und mit ihren oft bis heute spürbaren Wirkungen. Heiner Halberstadt beginnt mit einer Geschichte des "Club Voltaire" in Frankfurt, einem der ersten "sozialistischen" bzw. "republikanischen Clubs", einer altehrwürdigen linken Kneipe.

Nicht vergessen: Russell-Tribunal
vom 3. bis 8. Januar 1979 in Köln.
Veranstaltungsprogramm
siehe Rückseite dieser 'Links'

STREIK!
In der Stahlindustrie

Von H.E. Brand

Vor fünfzig Jahren sperrten die Stahlbosse fast 250.000 Eisen- und Stahlarbeiter aus. Die Aussperrung wurde als politische Waffe eingesetzt, um das System der staatlichen Schlichtung zu bekämpfen, das den Arbeitern magere Lohnerhöhungen zugesprochen hatte. Heute zielen die Stahlindustriellen mit der Aussperrung gegen die Forderung der IG Metall, über einen "Einstieg" in die 35-Stunden-Woche zu verhandeln. War damals für die Bosse jede Lohnerhöhung ein "Irrweg", so heute jede Arbeitszeitverkürzung.

Seit den sechziger Jahren haben die Stahlindustriellen in der BRD 150.000 Arbeitsplätze beseitigt, davon 100.000 in Nordrhein-Westfalen (NRW). Gegenwärtig werden in NRW monatlich 1.000 Arbeitsplätze abgebaut. Durch Automatisierung soll bis 1985 noch jeder dritte Stahlarbeiter seinen Arbeitsplatz verlieren.

Mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche versucht die IG Metall, dieser Entwicklung gegenzusteuern. Dabei sieht sie selbst, daß sie mit einer Durchsetzung dieser Forderung jene Entwicklung nur zu verlangsamen, auf keinen Fall aber abzustoppen oder gar umzukehren vermag, zumal sie schon frühzeitig zu erkennen gab, daß sie zunächst nur den "Einstieg" in die 35-Stunden-Woche durchzusetzen versucht und außerdem bereit ist hinzunehmen, daß die Unternehmer Arbeitszeitverkürzungen durch Arbeitsintensivierung und anhaltende Automatisierung weitgehend "neutralisieren" (vgl. dazu "links" Nr. 105). Ein ernsthaftes finanzielles Problem ist also für die Stahlindustriellen die geforderte Arbeitszeitverkürzung keineswegs; eher dürfte angesichts anhaltender Automatisierung, fortgesetztem Personalabbau und den derzeit stark ansteigenden Stahlpreisen bei nur geringen Nominallohnerhöhungen der Lohnkostenanteil selbst bei einer Arbeitszeitverkürzung eher weiter sinken als steigen. Auch das von den Unternehmern gern herangezogene Argument, in den rund um die Uhr arbeitenden Conti-Betrieben seien Arbeitszeitverkürzungen technisch nicht durchführbar, zieht nicht: über vermehrte Freischichten ist das Problem – wie bereits beim Übergang von der 42- zur 40-Stunden-Woche – leicht zu bewältigen. Mühelos vermochten die Stahlbosse auch die Kurzarbeitsperioden der letzten Jahre technisch zu lösen. Und was z.B. in der belgischen Stahlindustrie möglich ist – der bevorstehende Übergang von der 39- zur 38-Stunden-Woche –, warum sollte dies in der BRD technisch unlösbar sein?

Es geht also den Stahlindustriellen in Wirklichkeit um etwas anderes. Sie sollen – stellvertretend für die gesamte Industrie – ein Unterschreiten der 40-Stunden-Woche verhindern. Darüber hinaus geht es ihnen als Teil einer breit und langfristig angelegten unternehmerischen Strategie darum, die Gewerkschaften durch offensives Einsetzen der Aussperrungswaffe finanziell auszubluten, die Aussperrung zur "Normalität" im Arbeitskampf zu machen, das Streikrisiko für die Gewerkschaften zu erhöhen, die politische Schlichtung zunehmend an die Stelle des Aushandelns zwischen den Tarifparteien zu setzen und in einem Klima verschärfter sozialer Spannungen den Boden für restriktivere gesetzliche Regelungen des Streikrechts, staatliche Einschränkungen der Tarifautonomie und ei-

Beobachtungen aus der Gewerkschaftsfamilie

Eine tanzende und singende Sexbombe mit dem Kumpel Eduard auf der Bühne des Städtischen Saalbaues in Essen und das gemeinsam gesungene Lied "So ein Tag, so wunderschön wie heute", war das prächtige Finale des frohgestimmten Funktionärstreffen der IG Bergbau und Energie des Bezirks Ruhr-Mitte in Essen. Bei soviel Fröhlichkeit konnte der Redner des Tages, Adolf Schmidt, vom Oberbürgermeister Katzor "Großer Vorsitzender" genannt, bei seiner Rede nicht tierisch-ernst bleiben. Und er erzählte, wie man sich in einer fröhlichen Runde des Hauptvorstandes auf den Tag X freute, an dem die Kohle wieder Mangelware sein würde. Und dieser Freudentag müsse ein Donnerstag sein. Dann könne man fünf Tage lang fröhlich sein. Vom Donnerstag über Freitag, das Wochenende hindurch und noch einen "blauen Montag" dazu.

Und der "Große Vorsitzende", der durchaus kein Großer Prophet sein will und sich immer wieder gegen Spekulationen ausspricht, sagte mit seherischem Blick: "Das Zeitalter des Erdöls und des Erdgases geht zu Ende. Damit wird die Kohle ihre Renaissance erleben!" Atomenergie könne zwar Strom liefern, aber nicht die chemischen Produkte, die aus der Kohle gewonnen werden, fügte der Große Adolf hinzu. Nach Beendigung seiner Rede meinte ich in einem Gespräch, das ich mit ihm führte: "Nun gibt es nicht bloß die Ruhrkohle, sondern auf der Erde gibt es noch gewaltige Kohlevorkommen, z.B. hat man in Australien riesige Kohlevorkommen mit äußerst günstigen, kostensenkenden Abbaubedingungen vorgefunden, neben Uran und Eisenerzvorkommen."

Was liegt da näher, als daß die Ruhrkohle AG, die laut Aussagen von Adolf Schmidt ein armer Partner ist, der sich einen steinreichen Partner wünscht, nach Australien auswandert? Adolf Schmidt: "Die Zechengesellschaft Consolidation im Ruhrgebiet hat dort bereits Anteile erworben. Doch es wird noch lange dauern, bis die Vorkommen erschlossen und Häfen gebaut sind.

Übrigens gibt es bereits im Ruhrgebiet eine Versuchszeche (Zeche Hansa), wo man bestrebt ist, Kohle mittels starkem Wasserdruck abzubauen und diese Kohle, mit Wasser gemischt, zu Tage zu fördern. Diese äußerst billige Kohlegewinnung könnte man in Australien anwenden ...

Ich meine: Die Herren von Kohle und Stahl in der Bundesrepublik führen gut dabei, wenn sie die Kohlegewinnung, die Eisenerzförderung und das Stahlkochen im fünften Erdteil durchführten. Allerdings würde das Ruhrgebiet ein Armenhaus werden ..."

Zum gegenwärtigen Stahlarbeiterstreik gab es vom Großen Vorsitzenden sowie vom Bezirksleiter nur einige Sätze "Solidaritätsadresse" und sonst nichts! Fragte ich den Kollegen Adolf Schmidt: "Die IG Bergbau strebt doch die Viertagewoche an. Warum kein Solidaritäts-Warnstreik?" Adolf Schmidt, ausweichend: "Die Stahlarbeiter streiken ja erst einige Tage ..." Ein Gewerkschaftskongreßdelegierter meint: "Der Adolf ist gegen den Streik, denn ein langfristiger Streik könnte zum Absatzmangel für Ruhrkohle führen ..."

Aber auch geflucht hat der Kollege Adolf im Verlauf seiner Rede: "Verdammt nochmal! Atomkraftwerke werden gebaut, auch wenn die Betriebsgenehmigung noch nicht vorliegt. Für das größte europäische Kohlekraftwerk in Voerde aber ist die Genehmigung da, und es wird immer noch nicht gebaut, wobei doch ein Kohlekraftwerk nicht so risikoreich ist wie ein Atomkraftwerk!" (Lauter Beifall!)

"Ist das nicht ein Zeichen, daß die Atomkraftwerkbauer eine größere Macht haben als die IG Bergbau?", fragte ich Adolf Schmidt. Ausweichend meinte er: "Von Macht kann keine Rede sein."

In seiner Rede stellte er aber weiter heraus: "Die IG Bergbau ist durch die Schrumpfung des Bergbaus kleiner, aber gewichtiger geworden!". Dabei wies er auf die guten Beziehungen zur Bundesregierung hin, die dafür sorgt, daß die Ruhr-Kohle AG millionenschwere Zuschüsse bekommt.

Der Gesamteindruck des Funktionärstreffens: Eine Gewerkschaftsfamilie, die gläubig zu ihrer Führung hinaufschaut.

HEINRICH SCHIEVELBUSCH

ne Schwächung der SPD/FDP-Regierungskoalition zu bereiten.
Das Risiko, das die Unternehmer bei ihrer Machtdemonstration im Jahre 1978 in der Eisen- und Stahlindustrie eingingen, wo sie – ohne überhaupt zu Verhandlungen über die Arbeitszeitverkürzungsforderung bereit gewesen zu sein – der IG Metall den Streik aufzwangen, war allerdings relativ gering. Die IG Metall signalisierte den Unternehmern nicht nur frühzeitig, daß sie von ihrer ursprünglichen Forderung starke Abstriche zu machen bereit war, sondern daß sie auch den Arbeitskampf begrenzen wollte. Zwar kamen zu mehr als 20 Kundgebungen vor Beginn der Urabstimmung 120.000 Kollegen und fiel die Zustimmung zum Streik mit 87% der Gewerkschaftsmitglieder eindeutig aus. Auf die Aussperrung von 80.000 Beschäftigten, mit denen die Stahlindustriellen wenige Tage nach Beginn der Schwerpunktstreiks von 37.000 in den Tarifgebieten NRW, Osnabrück und Bremen antworteten, reagierte die IG Metall jedoch ähnlich wie bereits anläßlich des baden-württembergischen Metallerstreiks im Frühjahr 1978: mit moralischer Empörung über die "Unternehmerwillkür" und mit dem erneuten Ruf nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung. Ansonsten beschränkte die IG Metall-Spitze den Widerstand gegen die Aussperrung zunächst auf eine Protestveranstaltung in der überfüllten Bochumer Ruhrlandhalle, zu der dennoch 10.000 Kollegen kamen. Erst 11 Tage nach Aussperrungsbeginn veranstaltete die IG Metall Protestkundgebungen in 34 Städten.
Die wirkungsvollste Antwort auf die Aussperrung: Ausweitung der Streiks – aber auch Betriebsbesetzungen – bis zu dem Punkt, an dem die Stahlindustriellen zum Nachgeben bereit gewesen wären, wurde jedoch vom Hauptvorstand und der zentralen Streikleitung der IG Metall abgeblockt, obwohl derartige Forderungen aus verschiedenen Betrieben kamen. So forderten z.B. Streikversammlungen bei Mannesmann, Thyssen und Krupp die Beantwortung der Aussperrung durch einen Vollstreik in der Stahlindustrie. Aus den Betrieben heraus wurde auch für eine Unterstützung durch die Bevölkerung mobilisiert (Flugblattaktionen in Arbeitervierteln, Kulturveranstaltungen, Familientreffen der Streikenden, um die Frauen in die Streikunterstützung einzubeziehen usw.).
Angesichts der Begrenzung des Streiks konnten die Unternehmer die Produktion geschickt innerhalb der unterausgelasteten Stahlindustrie verlagern und einen langen Atem am Verhandlungstisch demonstrieren. Auch Solidaritätsaktionen in anderen Bereichen stand die IG Metall-Spitze ablehnend gegenüber. So wurde die vom baden-württembergischen IG Metall-Bezirksleiter Steinkühler angedeutete Möglichkeit bundesweiter Warnstreiks zur Stärkung der streikenden Stahlarbeiter vom IG Metall-Vorsitzenden Loderer über den Rundfunk zurückgewiesen. In den IG Metall-Streiknachrichten hieß vielmehr die Parole: "Nur die zum Streik aufgerufenen Betriebe gehen in den Streik. Disziplin ist unsere Stärke!!" Diese Art der Disziplin aber machte den Streik für die Unternehmer zum kalkulierbaren Risiko.
Wie in der IG Metall, so sah es auch in anderen Gewerkschaften hinsichtlich der Bereitschaft aus, den Streik durch Solidaritätsaktionen zu einem für die Unternehmer weniger kalkulierbaren Risiko zu machen. Zwar fehlte es nicht an den üblichen Solidaritätstelegrammen. Doch die Praxis sah anders aus: während der Streik anlief, legte sich die IG Chemie in der Mineralölindustrie auf ein mehrjähriges Stillhalteabkommen in der Arbeitszeitfrage fest, wandte sich ÖTV-Vorsitzender Kluncker gegen einen "Mehrfrontenkrieg" für die 35-Stunden-Woche, beschränkten sich andere Gewerkschaften darauf, in den nächsten Jahren nur noch mehr Urlaub fordern zu wollen.
An der "Front" für die 35-Stunden-Woche, die der DGB-Bundeskongreß noch im Mai 1978 offiziell forderte, steht gegenwärtig, angesichts des harten Unternehmerwiderstandes, außer der IG Metall im Eisen- und Stahlbereich nur noch die IG Druck und Papier bei ihren bevorstehenden Verhandlungen über den Manteltarif. Aus dem Druckbereich kam auch eines der spektakulärsten Zeichen praktischer Solidarität der Kollegen selbst: indem sie verhinderten, daß im "Weserkurier" und in den "Bremer Nachrichten" eine den Stahlarbeiterstreik diffamierende Anzeige der Unternehmer erscheinen konnte, die den bezeichnenden Titel tragen sollte: "Solidarität der Unvernunft".
Ansonsten aber hieß – auf der gewerkschaftsoffiziellen Ebene – die Parole: das heiße Eisen der 35-Stunden-Woche möglichst kühl zu stellen. Die Unternehmer sorgten mit ihrer fehlenden Bereitschaft, über die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit überhaupt zu verhandeln, dafür, daß dieses Eisen – selbst nach Einschaltung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministers Farthmann als politischem Schlichter – heiß blieb. Bei Redaktionsschluß war ein Ende dieses Arbeitskampfes noch nicht abzusehen.

arbeitsgruppe sozialistisches büro

postfach 591, 6050 offenbach 4
hohe straße 28 (souterrain)
telefon 06 11-83 25 93

Offenbach, 4. Dezember 1978

An die streikenden Kollegen
der Mannesmann-Hüttenwerke AG
Vertrauenskörperleitung
z.Hd. VKL-Vorsitzender Karl-Heinz Stommel
Ehinger Str.

4100 Duisburg-Huckingen 25

Liebe Kollegen,

die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro erklärt sich mit euren Forderungen solidarisch. Der Kampf, den ihr führt, hat nicht nur Bedeutung für die Stahlindustrie,sondern beispielhaften Charakter, um u.a. die notwendige Durchsetzung der 35-Stundenwoche konsequent anzugehen. Wir hoffen, daß ihr in dieser Auseinandersetzung erfolgreich sein werdet, also einen Abschluß erkämpft, der ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu dem gesteckten Ziel ist. Wir, die wir in den verschiedenen Gewerkschaften aktiv sind, werden uns in unseren Arbeitszusammenhängen für Verständnis und Solidarität mit eurem Kampf einsetzen. Als Solidaritätsspende übergeben wir euch anbei einen Scheck über DM 1.000.--. Wir denken, daß dieses Geld euch gut bei der Finanzierung helfen kann, vor allem weil es euch ja auch darum zu tun ist, über Flugblätter und sonstige Aufklärung diejenigen für eure Ziele zu gewinnen, die nicht in dieser Auseinandersetzung stehen. Wir möchten euch auch davon in Kenntnis setzen, daß wir gleichzeitig an die Vertrauensleutekörper anderer Betriebe, die aktiv in der Streikauseinandersetzung in der Stahlindustrie stehen, unsere Solidarität und ebenfalls eine finanzielle Unterstützung übermitteln werden. Dieses Geld stammt aus dem Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des Sozialistischen Büros. Für diesen Fonds haben wir seit Jahren gesammelt und mit vielen, vielen kleinen Spenden einen ansehnlichen Grundstock gelegt, der uns heute in die Lage versetzt, u.a. euch in eurem Kampf zu unterstützen.

Mit solidarischem Gruß

Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro
& Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des SB

i.A. (Klaus Vack)

Aus dem Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des SB wurden inzwischen rund DM 3.500,-- an verschiedene Vertrauenskörper und Unterstützungsgruppen der streikenden Stahlarbeiter ausgezahlt. Wir rufen bei dieser Gelegenheit erneut zu Spenden für den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds auf. Überweisungen sind zu richten an Arbeiter-Solidaritäts-Fonds, 6050 Offenbach 4, Bank für Gemeinwirtschaft, Niederlassung Offenbach, Konto Nr. 1741326311; das Postscheckkonto der Bank beim Postscheckamt Frankfurt hat die Nummer 172480-600.

"Perser raus!"

dpa

"Hinaus mit ihnen" – das war die Parole, die von der honorigen "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" wie Gift an die Öffentlichkeit, Parteien und Behörden nach der Anti-Schah-Demonstration am 25. November in Frankfurt ausgegeben wurde. Diese Parole wurde von den Behörden und Parteien ausnahmslos – auch von der Sozialdemokratie – aufgegriffen und sollte bald Praxis werden. Dem schlummernden Ausländerhaß wurde damit in provokanter Weise Tür und Tor geöffnet: ein bundesrepublikanisches Tabu war gebrochen.

Die Katze hat die rassistischen Krallen aus den demokratischen Samtpfoten herausgereckt. Da war – um anfänglich noch einem Gleichheitsprinzip zu entsprechen – von "deutschen und ausländischen Banden" die Rede, die sofort Erinnerung an Repressalien im Sinne altbewährter Bandenbekämpfung weckte. Doch bald kam man dem Motto des "Hinaus mit ihnen" doch noch näher, indem man die rechtlich ungleichen Ausländer und ihren ungleichen Rechtsschutz weiter entrechtete bzw. gleich nach Null hin verlängerte: Nicht daß der konkret Handelnde unter Strafandrohung steht – mit solchen Selbstverständlichkeiten sollte endgültig aufgeräumt werden. Nein, "nicht nur fünf oder zehn oder zwanzig, sondern mindestens Hunderte" sollten ohne Umsehen verwiesen werden.

Im Lokalteil wurde überhaupt die "Natur" der Gewalttätigkeit gleich regional lokalisiert. Da war von "Persern, Türken und anderen Orientalen" die Rede, die hier – nunmehr mit Deutschen – die Gelegenheit wahrnahmen, "sich auszutoben". Der feine rassistische Unterschied: die Orientalen toben sich aus, die Deutschen "ergreifen diese Gelegenheit", die Gewalt hat ihren Herd also außerhalb der Grenzen. Keine Spur des Hinweises auf die Verhältnisse in Iran, keine Bedenken über eine bundesrepublikanische Politik des "Wohlwollens" dem Schah gegenüber, keine Scham über die "Moral" des Kapitals, dort, in Iran, die Gewalt in Form einer despotischen Herrschaft zu stützen und zu nutzen, sich an der Ausplünderung eines Landes und Volkes rückhaltlos zu bereichern und hier sich über die Gewalt, die an ihrem Beutegut in Form des abstrakten Werts und seiner Hülle in Gestalt der Beton- und Glaspaläste klebt, scheinheilig zu entrüsten; als sei ihnen der Zusammenhang ihres Wohlergehens mit dem Elend der anderen unbekannt, obwohl sie ihn tagtäglich als Gefahr für "Energieversorgung", "Märkte" und "Investitionen" beschwören.

So klar sich dieser Zusammenhang von Gewalt auch stellt, so falsch ist es, die Realität dieser Verhältnisse unmittelbar zu wenden. Gerade die Abspaltung von Ursache und Wirkung der Gewalt im öffentlichen Bewußtsein – als Illegalität hier und Legalität dort, in Iran, soweit sie vom Schah-Regime angewandt wird – muß auch den gewalttätigen Inhalt der Demonstration verkehren. Jene Formen, wie sie zum Teil auch von manchen Demonstranten ausgingen, war dahingehend für die iranische Opposition hier kontraproduktiv und damit politisch falsch, weil ihre Absicht, zum Sturz des Schah-Regimes beizutragen, vernebelt wurde.

Gleichzeitig ist es notorisch, wie die hiesigen Behörden die CISNU jahrelang diskriminiert und drangsaliert haben. Auch heute gehört es zu den Selbstverständlichkeiten mitzuhelfen, die Hetze gegen die CISNU zurückzuweisen und den rechtlich Ungleichen vor Willkürhandlungen zu schützen.

Die Gewalttätigkeit hier sticht ab von der scheinbaren Gewaltlosigkeit des gesellschaftlichen Verhältnisses im bürgerlich-demokratischen Staat, während die Plünderung Irans durch Konzerne und ihre politischen Sachwalter dort mit offener Gewalt betrieben wird. Indem die Formen der Gewalt in solcher Unmittelbarkeit gleichgesetzt werden, verhalf man den Gewalttätigen des Kapitals zu einem propagandistischen Effekt gerade über jene, gegen die in Iran grenzenlose Gewalt angewandt wird.

Für die iranische Opposition zum Schah-Regime ist hier eine wirksame Öffentlichkeit im breitesten Sinne nötig. Sie herzustellen, sollten alle unsere Handlungen unterworfen werden.

DANY DINER

Iran-Flugblatt

Ab Anfang Januar 1979 haben wir im Sozialistischen Büro ein Flugblatt zur Situation in Iran vorliegen. Es handelt sich um ein Flugblatt, das nicht im engeren Sinne auf die Linke zielt, sondern zur allgemeinen Verteilung in der Bevölkerung vorgesehen ist. Das Flugblatt kann ab sofort gegen Vorauszahlung bestellt werden und wird portofrei geliefert: 100 Stück DM 6,--, 500 Stück DM 25,--, 1000 Stück DM 40,--. Damit die Auslieferung sofort erfolgen kann, bitten wir, der Bestellung den Gegenwert in Bargeld, Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beizufügen. Bestelladresse: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Politische Gefangene aus Argentinien in die BRD aufnehmen!

Erklärung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro

Vor einem halben Jahr hat die Bundesregierung öffentlich zugesagt, etwa 500 politische Gefangene aus Argentinien in der BRD aufzunehmen. Daraufhin haben Amnesty International und verschiedene Solidaritätsgruppen der Bundesregierung eine Liste mit den Namen von 500 Personen überreicht, die in argentinischen Gefängnissen und Konzentrationslagern sitzen. Trotz mehrfacher Aufforderung, die gemachte Zusage einzulösen, hat bisher kein einziger dieser 500 Gefangenen in die BRD einreisen dürfen. Alles, was von Seiten der Bundesregierung unternommen wurde, war, eine Delegation nach Argentinien zu entsenden, die nach einer ersten "Sicherheitsüberprüfung" 260 Personen als "Linksextremisten" oder "Terroristen" aus der Liste ausgesiebt hat. Die übrig bleibenden 240 Personen sollen nun noch einer zweiten "Sicherheitsprüfung" unterzogen werden, die westdeutsche Verfassungsschützer in den argentinischen Gefängnissen durchführen wollen. Die Militärjunta hat sich jedoch inzwischen geweigert, deutsche Beamte in die Gefängnisse hineinzulassen. Diese Weigerung wird nun von der Bundesregierung benutzt, um die Junta dafür verantwortlich zu machen, daß bisher keine politischen Gefangenen aus Argentinien in die BRD aufgenommen wurden.

Wenn man jetzt sieht, wie schnell und reibungslos über die Aufnahme von 1.000 Flüchtlingen aus Vietnam entschieden wurde, wird klar, daß die bisherige Einreiseverweigerung für Gefangene aus Argentinien nicht auf angeblich schwierige Verfahrensfragen, sondern auf sehr eindeutig politische Kriterien zurückgeht.

Von in der BRD lebenden politischen Flüchtlingen Argentiniens wird über Weihnachten ein Hungerstreik durchgeführt, um der Forderung nach unbürokratischer Aufnahme von 500 politischen Gefangenen aus den argentinischen Gefängnissen und Konzentrationslagern Nachdruck zu verleihen. Die 240 Teilnehmer der zentralen Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büros, die am 2./3. Dezember 1978 aus ca. 50 Städten in Nürnberg zusammengekommen sind, solidarisieren sich mit diesem Hungerstreik und fordern von der Bundesregierung, ihre Zusage endlich einzulösen und die 500 politischen Gefangenen ohne weitere skandalöse "Sicherheitsüberprüfung" in die BRD einreisen zu lassen.

Wer sich für die Einreise der argentinischen politischen Gefangenen in die BRD einsetzen will, schreibe an das Bundesministerium des Innern, Postfach, 5300 Bonn 7

★

Erlösungsmythen und Selbstbefreiung

Von Volkhard Brandes

So schnell wie möglich wurde dieser Jim Jones, dem tausend Menschen aus Kalifornien in den Urwald von Guayana folgten und die sich dort auf seinen Befehl hin töteten, dämonisiert und kriminalisiert. Denn unbegriffen sollten jene Verhältnisse bleiben, die erst einen Jim Jones und seine Anhänger produzierten.

Jones kam nach Guayana mit Empfehlungsschreiben von der US-Präsidentengattin, dem amerikanischen Vizepräsidenten, Ministern, Senatoren und Abgeordneten. Die Regierung von Guayana pries seine Urwaldsiedlung als landwirtschaftliches Musterprojekt. Während angesehene politische Vertreter des herrschenden Gesellschaftssystems sein Projekt förderten, sahen die tausend, die Jones nach Guayana folgten, darin den Weg zur Befreiung aus eben diesem System: wenn auch durch Flucht statt durch Widerstand.

Vor allem Afro-Amerikaner folgten Jones, denen er Rettung vor den drohenden KZs des weißen Amerika versprach, während er den weißen Sektenmitgliedern Schutz vor Folter und Tod unter CIA-Kommandos zusicherte – nur um sie in eine andere Hölle zu führen: die der systematischen Vorbereitung auf ein Aussteigen aus einem als nicht mehr lebenswert erfahrenen Leben durch Selbstmord, sobald auch dieser letzte Zufluchtsort im südamerikanischen Urwald dem Zugriff des "Systems" ausgesetzt war.

Mag US-Präsident Carter auch nachträglich sagen: "Es geht über meine Vorstellungskraft" – so hat doch das Gesellschaftssystem, dem er präsidiert, erst die Bedingungen erzeugt, unter denen tausend Menschen gemeinsam vom Leben in den Tod gingen. Daß viele in den letzten Minuten ihres Lebens möglicherweise nur unter Zwang zur Einnahme des Giftes bereit waren, ändert nichts an der Tatsache, daß sie sich darauf gemeinsam seit langem vorbereitet hatten. Die Sehnsucht nach einem anderen Leben, das nicht von täglicher Angst, von Sinnlosigkeit und materieller Bedrohung gekennzeichnet ist, war es letztlich, die diese Menschen zu Jim Jones und seinen Erlösungsmythen trieb. Doch was sie dort fanden, war dann nur die Wiederholung dessen, vor dem sie zu fliehen versuchten: die äußere Bedrohung begleitete sie in den Urwald von Guayana, wurde zur Legitimation für die Errichtung extremer Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse nach innen (Züchtigungsrechte des Jim Jones, materielle Privilegierung, Aufbau einer bewaffneten Sektenpolizei usw.) und trieb sie schließlich dazu, den einzigen Sinn ihres Lebens noch im Tode zu sehen.

Die den Ereignissen von Jonestown zugrunde liegende Struktur ist alles andere als eine Ausnahme.

In den sechziger Jahren protestierte Jones wie viele andere in den USA gegen Rassendiskriminierung und soziale Ungerechtigkeit. Um 1970 gründete er in San Francisco verschiedene Selbsthilfeeinrichtungen. Die Führer ethnischer Befreiungsbewegungen waren bei ihm zu Gast. Er wurde zu einer wichtigen Figur auf dem Reformflügel der Demokratischen Partei von San Francisco und zum Direktor der städtischen Wohnungsbehörde. Doch mit dem Zusammenbruch der Reformpolitik in der ökonomischen Krise der siebziger Jahre und der damit einhergehenden Krise der "Neuen Linken" verloren die bisherigen Ziele für viele Aktivisten an Durchsetzungsperspektive. Inmitten der sich mit der ökonomischen Krise noch verschärfenden Zusammenbruchstendenzen der amerikanischen Gesellschaft schien einer wachsenden Zahl von Menschen die Flucht der einzige noch verbleibende Ausweg.

Das Sektenwesen, das in den USA auf eine lange Tradition zurückblickt, nahm einen neuen Aufschwung. Doch gab es im 19. und früher 20. Jahrhundert noch eine gewisse materielle Basis für utopische Experimente in einem weithin erst schwach besiedelten Land, so bleiben derartigen Experimenten heute kaum mehr als die ödesten Wüstenregionen oder die zerfallenden Städte selbst, wenn sie nicht jenseits der US-Grenzen gestartet werden – in Ländern allerdings, in denen die Basis für derartige Experimente ebenfalls zunehmend enger wird. Diese Situation führt dazu, daß die Sekten in ihrer inneren Struktur immer offener den allgemeinen Zerfallsprozeß der amerikanischen Gesellschaft widerspiegeln. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß einige dieser Sekten selbst von einflußreichen Politikern nach dem Scheitern der Reformpolitik als Fluchtbewegungen unterstützt wurden, in der Hoffnung, damit die sozialen Gegensätze in den USA ein wenig zu mildern.

Jones war einer von Tausenden von Heilspropheten, die sich den Ausflippenden heute anbieten. Die, die ihm folgten, erhofften Erlösung aus Angst und Hoffnungslosigkeit – aber nicht als Resultat selbstbewußten eigenen Handelns, sondern als Selbst-Auslieferung an einen anderen, auf den sie die Erfüllung jener Befreiungshoffnungen projizierten, für die sie selbst nichts (mehr) zu tun fähig waren. Und indem sie ihre Befreiung nicht mehr zu ihrer eigenen Aufgabe machten, sondern einem anderen übertrugen, mußten sie auch bereit sein, dessen Weg zu gehen. So flohen sie nur vor der allgemeinen Repressivität der bürgerlichen Gesellschaft in die spezifische Repressivität einer sich selbst als neue Herrschaftsform setzenden, nach außen hin extrem abgeschotteten Sekte. Deren besondere Unterdrükkungsmechanismen aber waren von den Mitgliedern umso schwerer zu durchschauen und zu bekämpfen, da diese – im Gegensatz zu den allgemeinen Repressionsmechanismen der bürgerlichen Gesellschaft – als Instrumente der Befreiung begriffen wurden. Mit der Übertragung des persönlichen Eigentums, des Verzichts auf ihre Kinder, der schriftlichen Selbstbezichtigung, an einem Komplott zur Ermordung der politischen Führer der USA beteiligt zu sein usw., lieferten die Mitglieder letztlich ihre Identität und ihr Leben der Sekte aus: Der einzelne war nichts mehr, die Sekte dagegen alles. Nur durch sie sollte fortan noch das Leben möglich sein. Und sie bestimmte auch über den Tod.

Wir kennen eine Vielzahl von Formen der Selbst-Auslieferung der Individuen in organisierte Zusammenhänge, die ihnen kollektive Befreiung versprechen, sie aber in Wirklichkeit nur einem neuen Gewalt- und Abhängigkeits-

Aus "Graffiti" Heft 2

"Was sie dort fanden, war dann nur die Wiederholung dessen, vor dem sie zu fliehen versuchten"

verhältnis unterwerfen. Wie vielleicht nie zuvor in der Geschichte verstand es der Faschismus in der bisher tiefsten Krise des Kapitalismus, die Wünsche und Hoffnungen der von Elend und Krieg bedrohten Massen scheinbar auf das Ziel ihrer Bedürfnisse, in Wirklichkeit aber auf ihre Unterwerfung unter ein neues Gewaltverhältnis zu richten. Ähnliches geschah – allerdings auf anderem historischen Boden und erst auf der Basis der gewaltsamen Niederschlagung der revolutionären Bewegung in Rußland unter Stalin: Die Vision einer sozialistischen Zukunft wurde zur Rechtfertigungsideologie einer neuen Form sozialer Unterdrückung und dergestalt – wenn auch zweifellos nur von einem Teil der Unterdrückten – angenommen. Noch stärker aber setzte sich dieser Mechanismus in den kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion durch – als Forderung nach Selbstaufgabe des individuellen Mitglieds in der Hingabe auf die von der Organisation in bezug auf die UdSSR formulierten Befreiungsmythen. Wer sich dagegen aufzulehnen wagte, wurde ausgestoßen, verleumdet und verfolgt.

Wir kennen derartige Gruppenzwänge und -projektionen auch heute noch – nicht nur in neo-faschistischen Gruppen und nicht nur in Fluchtbewegungen wie den "Volkstemplern" des Jim Jones oder der AAO, sondern auch in Gruppierungen, die sich als links, sozialistisch und anti-kapitalistisch begreifen: in der Tendenz, die eigene Befreiung an andere zu delegieren, sich über Organisationen oder Führer zu definieren, ohne diese nichts zu sein und zugunsten der Erreichung des ersehnten Ziels neue Formen von Hierarchie, Abhängigkeit und Gewalt zu akzeptieren, statt das Ziel der Selbst-Befreiung so zu verfolgen, wie es allein zu erreichen sein wird – als gemeinsame Sache tatsächlich kollektiv handelnder, selbst-bewußter Individuen.

Daß auch emanzipatorische Inhalte nicht davor bewahren müssen, Opfer der gleichen Form von Selbstentmündigung durch Delegation der eigenen Interessen und Bedürfnisse zu werden und hinter dem Anspruch von Emanzipation und Befreiung neue Formen der Unterdrückung sich verbergen können, ist eine in der Geschichte der sozialistischen Bewegung vielfach wiederholte Erfahrung.

Das ist auch der Grund, weshalb wir uns nicht darauf beschränken können, das makabre Geschehen von Jonestown in Guayana analytisch sezierend zu kommentieren, als ginge es uns nichts an. Die darin sichtbar gewordenen psychischen Verhaltensstrukturen und Formen von Gruppenverhalten finden sich – zumindest in einigen wesentlichen Momenten – auch dort wieder, wo Befreiung nicht einfach als Flucht verstanden wird. Die Strukturen der bürgerlichen Gesellschaft sind – in vielfältigen, oft nur schwer erkennbaren und noch schwerer zu bekämpfenden Formen – auch in uns selbst. Sie lassen sich weder durch den Versuch der Flucht, noch einfach durch die Formulierung eines emanzipatorischen Anspruchs unmittelbar aufheben.

Daß das Alte, längst überwunden Geglaubte, auf vielfältige und vielschichtige Weise im Neuen wieder auftreten und dieses sogar in sein Gegenteil verwandeln kann, ist eine oft gemachte Erfahrung. Die Ereignisse von Guayana haben einmal mehr gezeigt, in welchem Ausmaß hinter der Fassade von Hoffnung und Ausweg Unterdrückung und (Selbst)Zerstörung verborgen sein können.

★

Linke Geisterfahrer

Anmerkungen zum Bahro-Kongreß

Von Wolfgang Kraushaar

Seit einiger Zeit kündigt sich in der Linken zwar keine neue Richtung, dafür aber so etwas wie eine veränderte Tendenz an. Gemeint ist damit die Aneinanderreihung von Kongressen zu den unterschiedlichsten Themen, die in einigen Groß- und Universitätsstädten im Laufe des Herbstes stattgefunden haben. Darunter sticht in letzter Zeit der "Kongreß für und über Rudolf Bahro" hervor, der vom 16. bis 19. November in West-Berlin stattfand. Den folgenden Text, der sich sehr kritisch mit der Struktur und dem Ablauf dieses Kongresses auseinandersetzt, drucken wir als Diskussionsbeitrag ab.

Man stelle sich vor: In der Bundesrepublik gäbe es eine große Kommunistische Partei, mindestens ebenso groß wie die Schwesterparteien in Italien und Frankreich, "in der Arbeiterklasse fest verankert" wie es so schön heißt, mit einem Zentralkomitee und einer Garde profilierter Parteiintellektueller. Und dann würde diese Partei mit einigen auserwählten Köpfen eine Solidaritäts-, sprich Repräsentationsveranstaltung der Solidarität machen für einen ihr nahestehenden Genossen, der ungerechterweise von einer ehemaligen Schwesterpartei, mit der man sich schon seit Jahren in unkittbaren verwandtschaftlichen Zwistigkeiten befindet, in den Knast gesteckt worden ist, in den ja eigentlich nur die Klassenfeinde gehören.

Etwa so fiktiv und real zugleich hat sich der Bahro-Kongreß abgespielt; so als würde eine erste gemeinsame Propagandaveranstaltung für den Eurokommunismus nun auch in der Bundesrepublik bzw. Westberlin stattfinden. Es war tatsächlich ein großer Bahnhof, auf dem sowjetische Dissidenten, offizielle Vertreter von KPI und KPF, Sozialisten und Sozialdemokraten, DDR-Abhauer und -Abgeschobene, Gewerkschafter und linke Professoren, sozialistische Christen und liberale Radikaldemokraten einfuhren. Es war eine fast unendliche Namenskette mit Nachhalleffekten: Flechtheim, Gollwitzer, Narr, Altvater, Mandel, Dutschke, Rabehl, Krovoza, Damus, Vajda, von Oertzen, Heinz Brandt, Rossanda, Pelikan, Weil usw. Jeder drängelte sich darum, um seine Solidaritätsbekundung für Bahro nur möglichst schnell los zu werden, um sich ja nicht auf ihn auch inhaltlich einlassen zu müssen. Man hat seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Was soll man mehr erwarten? Die Grundstimmung war brüderlich verbunden, bis auf eine paar Seitenhiebe, doch kaum jemand fiel aus der Rolle. Insofern war das dann doch ein kleiner Vorgriff auf den "real existierenden Sozialismus" oder wie auch immer.

Doch alles der Reihe nach. Es gab nicht weniger als fünf große Plenumsveranstaltungen; neben jeweils einer zur Eröffnung und als Abschluß drei Podiumsdiskussionen, die den eigentlichen Höhepunkt des Kongresses ausmachen sollten. Die Auseinandersetzungen am ersten Abend wurden über "Die Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für die heutige Linke" geführt, die am zweiten Abend über die Rolle des "Prager Frühlings" und die dritte Runde trug den markanten Titel "Produktionsziel: Reich entwickelte Persönlichkeit". Allein die Themenstellungen hätten schon eine Vorwarnung sein müssen, insbesondere die sprachliche Wendung für die dritte Podiumsdiskussion. Die Vorstellung nämlich, daß sogenannte "Persönlichkeiten" als vorausgeplantes Produkt von Fünfjahresplänen etwa ausgestoßen werden sollen, ist verräterisch genug. Da sag ich nur "Redupers" und halte es mit Helma Sanders, die noch kürzlich mit ihrem gleichnamigen Film dieser SED-Phrase als "allseitig reduzierter Persönlichkeit" die Spitze abgebrochen hat. Daß dieser Ton keinesfalls ein beiläufiger lapsus linguae war, sondern stattdessen überall die wirkliche Musik machte, ließ sich allenthalben beobachten.

Das Stichwort "Oktoberrevolution" löste, wie nicht anders zu erwarten, wenn Trotzkisten, Eurokommunisten, Sozialdemokraten und Sowjetdissidenten gemeinsam an einem Tisch sitzen, unmittelbar einen großen Dogmenstreit aus. So als sei der neue Papst schon wieder gestorben und es gäbe keine allseits anerkannte Auslegung der Heiligen Schriften und Taten mehr, stürzten sich die einzelnen Variantenkünstler wie wildgewordene Konzilsbrüder übereinander her. Ist die Sowjetunion als historisches Produkt der Oktoberrevolution, als Staatssozialismus, als real existierender Sozialismus, als sozialistische Übergangsgesellschaft, als verratener Sozialismus, als asiatische Despotie, als deformierter Kommunismus oder gar als Staatskapitalismus zu bezeichnen? Ja nun, als was denn? Doch lassen wir das.

Stellen wir uns nur umgekehrt einmal vor, die Podiumsdiskussion hätte nicht zu diesem fürchterlichen Hickhack geführt und stattdessen wäre es nach harter und intensiver, aber aufrichtiger Diskussion geglückt, wenn auch nicht völlig einstimmig, so doch mit der sogenannten "überwältigenden Mehrheit", sich auf eine Definition zu einigen. Sagen wir einmal, die Teilnehmer des Bahro-Kongresses haben bei nur wenigen Gegenstimmen die Sowjetunion als zwar real existierendes, aber deformiert sozialistisches Gesellschaftssystem verbindlich definiert. So eine Einigkeit, schön was? Doch, was wäre damit gewonnen? Nichts, rein garnichts; außer, vielleicht, einen Trugschluß mehr.

Kaum eines der wesentlichen Probleme unserer Gegenwart, die in ihrer umfassenden Bedrohlichkeit nicht nur den politischen Gruppen auf den Nägeln brennen, sondern ohne jeglich übertreibendes Pathos zur Existenzfrage des Gattungswesens Mensch geworden sind, läßt sich sinnvoll noch unter dem von den Klassikern tradierten Terminus als lösbar vorstellen. Weder die globale Krise des Ökosystems, noch der rasante Zerfall von Sozial- und Charakterstrukturen lassen sich im Ernst noch auf der Folie einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Abschaffung der Lohnarbeit diskutieren. Damit ist nicht

gesagt, daß diese Zielsetzungen einfach ad acta zu legen seien, nein, lediglich daß sie als "Lösungsstrategien" nicht mehr an die Wurzeln der wirklichen Probleme heranreichen. Wenn Marx die Revolution als eine radikale Umwälzung der Gesellschaft verstanden hat, dann kann es sich dabei gegenwärtig unmöglich noch um eine sozialistische im Sinne der Konnotationen des üblichen Sprachgebrauchs drehen – das pfeifen mittlerweile schon die Spatzen von den Dächern.

Mit einem solch ungeklärten Sammel-, Haupt- oder Oberbegriff in einer Diskussion nun aber als Kriterium dafür zu arbeiten, welchen Status eine andere Gesellschaft einnimmt, um dann dieses daran abgewonnene Urteil möglicherweise als Maßstab für die Veränderung der eigenen Gesellschaft zu benutzen, ist selbst im immanenten Sinne der traditionellen Logik als äußerst verwegen zu bezeichnen. Daher kann man eigentlich noch von Glück reden, daß es zu dieser fiktiven Einigkeit auf diesem Festival der Begriffsscholastiker nicht gekommen ist und sich die Kontrahenten wenigstens noch heftig zerstritten haben.

Man kommt diesem absurden, völlig irrealen, Wahnsinnsdialog, deklamieren – vom "internationalen Weltproletariat" spricht, als würden die Proleten überall auf dem Erdball nur noch auf die entsprechende Parole warten, um dann endlich losschlagen zu können – und das in Westberlin und bei einer Diskussion, die an einer Universität stattfindet. Mit solch gespenstischen Szenen verwandeln sich Kongreßveranstaltungen endgültig in Geisterstunden.

Wer jedoch gemeint hatte, daß man in der zweiten Diskussion, nun über den "Prager Frühling", der Gegenwart ein Stück näher käme – in Gedanken schrieb man jetzt ja immerhin das Jahr 1968 und nicht mehr 1917 –, der sah sich erneut getäuscht. Auch hier herrschte die gegenseitige Verkündung einzelner Statements vor, die kaum etwas miteinander zu tun hatten. Derart verhackstückt konnte man nur den Eindruck gewinnen, daß es ein einziges stillschweigendes Einverständnis gab, nämlich das, nur nichts anderes als Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Da eine gemeinsame Diskussion so schon von vornherein so gut wie ausgeschlossen war, gipfelten denn auch einzelne Problemstellungen in Fragen

Johannes Grützke. Aus: Kunst und Politik

doch augenscheinlich auch irgendwie wirklichen Phänomen erst dann genauer auf die Spur, wenn man einzelne Personen mit den jeweiligen Debatten verknüpft, ihre Redewendungen und Gesten. Ernest Mandel beispielsweise, der erst seit kurzer Zeit in der Bundesrepublik wieder öffentlich auftreten kann, faßt in fünf markigen Stichpunkten wieder einmal das Credo der "IV. Internationale" zusammen, beklagt den Verrat der russischen Revolution durch Stalin und den der deutschen Revolution durch Noske, um damit erneut völlig geschichtsblind und kritiklos Trotzki als den wirklichen, den unrepressiven Revolutionär hochleben zu lassen, als hätte nicht gerade er die Niederschlagung des Kronstädter Aufstandes und die Zerschlagung der Machno-Bewegung zu verantworten gehabt. Dies ist alles schon Hunderte von Malen gesagt worden. Mandel jedoch scheint jedesmal neu wieder zu meinen, daß er das alles schlichtweg ignorieren dürfe. Eigentlich noch erschreckender ist aber, wenn er mit erhobener Faust und großem Pathos – so als würde jemand Shakespeare, vielleicht den berühmten wie der, ob sich nicht doch das ZK der KPC auf der Konferenz von Bratislava geirrt habe. Besonders enttäuschend war dabei die Rolle Rossana Rossandas, die ihren vorbereiteten Redebeitrag halb unwillentlich, halb pflichterfüllt vorlas und zu keinem Zeitpunkt einen Versuch unternommen hat, die immer weiter ausufernden Konfusionen aufzulösen. Einzige Lichtblicke in diesen Stunden der allgemeinen Verwirrung waren Jiri Pelikan und Sibylle Plogstedt, die es immerhin schafften, ihre politischen Einschätzungen anhand eigener Erfahrungen plausibel darzustellen.

Daß demgegenüber die dritte Diskussionsrunde dann immerhin nur noch den durchschnittlichen Grad an Konfusion linker Podiumsveranstaltungen widerspiegelte, war in Relation zu den beiden vorangegangenen fast schon eine Erleichterung. Dies lag sicher nicht an der völlig danebengegriffenen Themenstellung, indirekt aber doch an dem Gegenstand; denn der hatte immerhin den Vorteil, daß sich historische Sprünge in die Vergangenheit völlig vermeiden ließen und so über den Umweg der "Reich entwickelten Persönlichkeit" noch ein Hauch von Gegenwartsnähe auf dem Bahro-Kongreß zu verspüren war. Dennoch aber trat auch hier letztendlich ein, was sich aufgrund des konzeptionellen Schwachsinns der Organisatoren wohl kaum vermeiden ließ. Da das Thema nämlich auch noch völlig unspezifiziert und in keinerleiweise vorgegliedert war, wurden einzelne durchaus diskussionswürdige Beiträge in einem wild durcheinanderschießenden Gemüsegarten von Randbemerkungen, die von der psycho-sozialen Emanzipation des Menschen, über die Forderung nach Lohn für Hausarbeit bis hin zur 35-Stunden-Woche reichten, wieder zerfleddert. Zur völligen Karikatur machte sich dabei Rudi Dutschke, der nach zwei verpatzten Abenden das Richtige ahnend, dann aber doch auch selber das Falsche tat. Anstatt die Diskussion inhaltlich zu strukturieren, versuchte er ständig, sie zeitlich zu straffen. Sich wie ein Oberschiedsrichter aufspielend, der ständig nervös mit seiner Stoppuhr unter dem Tisch rumfingert, begann er meist schon nach einer Minute Rededauer ungeduldig auf seinem Sitz rumzujukkeln, um dann endgültig nach einer halben Minute Zugabe zu den beiden offiziell gewährten abzupfeifen. Das gab dem Ganzen dann noch den endgültigen Rest. Denn selbst wenn es einen bedenkenswerten Beitrag gegeben hätte, so wäre dieser schon aus rein zeitlichen Gründen unmöglich auszuführen gewesen.

Wer nun nach diesen drei völlig desillusionierenden Berichten vielleicht meint, daß es ohnehin nicht das Richtige sei, sich auf Kongressen zu sehr auf Podiumsdiskussionen zu kaprizieren und stattdessen sein Glück eher in einer der vielzähligen Arbeitsgruppen zu suchen, dem muß man entgegnen, daß sich wahrscheinlich sogar einige profunde Diskussionen in der einen oder anderen Gruppe abgespielt haben mögen, nur war leider davon kaum etwas auf den plenaren Veranstaltungen mitzubekommen. Auf dem Bahro-Kongreß entledigte man sich der sogenannten "Arbeitsgruppenergebnisse" am Sonntagmorgen in einer Manier, als ginge es darum, einen lästig gewordenen Bittsteller möglichst schnell wieder abzuschütteln.

Kaum noch jemand der Organisatoren scheint das entsprechende Vertrauen gegenüber den von ihnen selber initiierten Diskussionsprozessen aufzubringen und überhaupt zu erwarten, daß es vielleicht doch einige ungeplante und nicht genauer vorherzusehende Beiträge geben könnte, die von Leuten gehalten werden, die man nicht kennt und die Reden halten, die man nicht erwartet hätte, mit denen aber die Redner vielleicht auch selbst nicht gerechnet hätten. Kurzum, die Möglichkeit, daß sich auf solchen Treffen vielleicht selber etwas entwickelt, aus der Situation heraus, ist organisatorisch schon so gut wie verhindert – alles übrige ist mehr oder weniger eine Frage des Veranstaltungsmanagements: Welche Gruppen, welche Namen, welche Beiträge, was für Effekte?

Noch drei bemerkenswerte Resultate des Bahro-Kongresses sollen hier festgehalten werden:

1. Wenn Hans-Joachim Noack von der FR schreibt, daß sich mancher Redner in bezug auf Bahro so verhalten hat, als bewegte er sich in einem Gelände, das "vermint" sei, dann ist das der einzige Gedankenblitz, der in diesem völlig deplacierten Jubelartikel – à la Bahro versammelt nach zehn Jahren das APO-Milieu wieder – eingeschlagen hat. Die Red-

ner sind in der Tat bis auf einige belanglos unverbindliche Solidaritätserklärungen Bahro, sowohl was seine Person, als auch was sein Werk betrifft, aus dem Weg gegangen. Bahro war immer nur Anlaß, niemals aber wirklicher "Gegenstand" der Debatte. Weder hat es eine zusammenhängende Diskussion über den Fortgang der praktischen Solidarisierungsmöglichkeiten mit ihm gegeben, noch eine, die über wenige Marginalien hinaus den systematischen Gehalt seines Werkes auch nur gestreift hätte. Der Bahro-Kongreß hat zwar manches bewegt, die bei ihm angeschnittenen Probleme jedoch beileibe nicht, die hat er sich tunlichst vom Leibe gehalten. Und wenn man nur eine seiner garnicht so neuen, aber sich doch als provokativ entpuppenden Thesen anschaut, dann weiß man auch warum. So konstatiert er beispielsweise – eine entscheidende Stelle seiner politischen "Alternative" – die Untauglichkeit des Begriffs "Arbeiterklasse" und spricht in diesem Zusammenhang von einer "Pseudolegitimation der Macht". Daß eine solche Aussage von Leuten, die sich in ihrem Denken und Sprechen durchweg an der Arbeiterklasse als politischem Objekt festmachen, unter den Tisch gekehrt wird, liegt auf der Hand.

2. Wenn Günther Maschke von der FAZ schreibt, daß es in Berlin nur einen radikalen Kritiker der Oktoberrevolution gegeben habe, nämlich den jahrelang inhaftiert gewesenen Sowjetrussen Boris Weil, der sich nicht scheute, auch Lenin massiv anzugreifen, dann trifft er in der bislang einzig zutreffenden Besprechung des Bahro-Kongresses in der Presse – es ist wahrscheinlich kein Zufall, daß wohl nur ein Konvertit und Zyniker wie Maschke angemessen über dieses Ereignis berichterstatten kann – einen überaus wichtigen Punkt. Während sich der traditionelle Teil der westdeutschen Linken unablässig bemüht, sich in der Geschichte von 1917 einzugraben und sich in den Maulwurfsgängen der Oktoberrevolution zurechtzufinden, so beginnen die sowjetischen Dissidenten, die sich immer noch von einem revolutionären Impetus beflügelt fühlen, immerhin die radikale westeuropäische Kritik am marxistischen Dogmatismus für sich zu entdecken. Sie stehen damit im übrigen auch Rudolf Bahro sehr viel näher, der – man kann das wohl ruhig behaupten – in vieler Hinsicht das westeuropäische Diskussionsniveau von 1968 gerade für die DDR und damit den Staatssozialismus im allgemeinen eingeholt hat, indem er die Triftigkeit entscheidender damaliger Theoreme auch für diesen Teil Europas in geradezu verblüffender Weise nachgewiesen hat. Wie sagte noch ein russischer Genosse von Boris Weil auf der Abschlußveranstaltung, zu der kaum noch jemand gekommen war: "Seid realistisch, verlangt das Unmögliche!"

3. Die Geisterfahrer sind in letzter Zeit fast schon zum Massenphänomen geworden. Kaum noch kann man sich auf bundesdeutsche Schnellstraßen getrauen, ohne damit rechnen zu müssen, auf einen zu treffen. Mit dem Bahro-Kongreß ist nun endlich die traditionelle Linke, die sich schon immer auf ihre Art in einer besonders direkten Massenverbundenheit hervorzutun gewußt hat, wieder so weit, daß man auch von ihr sagen kann, sie habe den Kontakt zu den Massen wieder aufgenommen. In Berlin konnte man sie in voller Aktion erleben, die linken Geisterfahrer, die sich, ohne es zu merken, nicht nur auf der falschen Bahn der Geschichte befinden, sondern sich obendrein auch noch alle auf der linken Überholspur drängeln.

Der Bahro-Kongreß war also ein entschlossener Schritt nach hinten. Anstatt, daß die Mythen der Linken dieses Landes in Frage gestellt und ihre Nebelbildungen aufgelöst worden wären, hat man einmal mehr auf das ideologische Rüstgepäck der Vergangenheit zurückgegriffen. Ängstlich klammerte man sich an das, was einem gewohnt und sicherheitsversprechend vorkam und mußte gerade deshalb völlig ins Leere greifen. Manche Podiumsteilnehmer muteten einem dabei wie linke Generäle an, die sich auf der vergeblichen Suche nach ihren Armeen befanden. Für jeden eine politische Losung im Mund, nur findet sich niemand mehr, der sie noch hören will. Was hätte nun ein "Kongreß für und über Rudolf Bahro", wie es so schön auf der Wandzeitung hieß, wirklich sein können? Man kann sicherlich ohne Umschweife und ohne damit etwas von seiner Bedeutung zu mindern, sagen, daß Bahro keineswegs ein origineller Denker ist. Es gibt von einigen Formulierungen einmal abgesehen, kaum ein Moment in seiner Theorie, das nicht schon an anderer Stelle von einem anderen Theoretiker expliziert worden wäre. Dennoch wäre es völlig verfehlt, ihn deshalb als einen eklektizistischen Theoretiker zu bezeichnen, weil seine originäre Leistung erst auf einer anderen Ebene wirklich zum Ausdruck kommt. Zum einen ist dies eine seltene integrative Fähigkeit, heterogenste Problemkomplexe so weit durchzureflektieren, daß in ersten Ansätzen ihre gemeinsame theoretische Erklärungsbasis deutlich wird. Zum anderen ist es eine außerordentliche Rezeptions- und Vermittlungsleistung, die er als DDR-Theoretiker im Laufe von nur wenigen Jahren vollzogen hat. Wie kein zweites Werk zeigt seine "Alternative", wie produktiv viele der theoretischen Arbeiten des undogmatischen westeuropäischen Marxismus auch in der Interpretation von Phänomenen der staatssozialistischen Länder zur Geltung gebracht werden können. Doch die Frage ist, ob es wirklich eine "Alternative" ist, was uns Bahro hier vor Augen führt. Deshalb die folgenden Breitseiten, die die Richtung einer möglichen Auseinandersetzung andeuten sollen:

- Die entscheidende Rolle der Arbeitsteilung auch in vor- und nachkapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen ist unmöglich zu übersehen; aber wie könnte, wenn darin eine zentrale Struktur von Herrschaftsformen begründet ist, eine solche Aufhebung der Arbeitsteilung konkret aussehen, ohne immer wieder auf das literarische Beispiel aus der "Deutschen Ideologie" verweisen zu müssen?
- Gerät man nicht in einen unhaltbaren Widerspruch, wenn man einerseits die konstitutive Rolle der Trennung von Hand- und Kopfarbeit bei der Entstehung von Herrschaftsverhältnissen betont und andererseits aber das Gramscische Modell vom "kollektiven Intellektuellen" wieder aus der Tasche zieht? Oder anders herum gefragt: Wie soll eine politische Avantgarde, die das Produkt eben jener Arbeitsteilung ist, gerade die Abschaffung dieses Zwangsverhältnisses bewirken können?
- Wenn Bahro im positiven Sinne "von der ideologischen Schlacht um den Einfluß auf die Massen" spricht, dann kann man daraus schon gar keine Frage mehr ableiten, sondern muß umgekehrt die Feststellung machen, daß er damit nicht nur vom Vokabular, sondern von seiner gesamten Vorstellung her, die sich als Dichotomie von Avantgarde und Masse das ganze Buch über durchhält, in eben jene Herrschaftswelt der SED-Funktionäre zurückfällt, die er ansonsten so trefflich kritisiert.
- Das gerade in den hochindustrialisiertesten Staaten immer problematischer werdende Verhältnis von Natur und Gesellschaft, mit den sich daran herauskristallisierenden Problemzonen Ökologie, Feminismus etc. wird von Bahro zwar mitreflektiert, jedoch nur als Außenfaktor, der auf die entscheidenden Passagen seiner ökonomiekritischen Position kaum einen Einfluß hat. Werden damit nicht entscheidende Widersprüche, die bloß deshalb, weil es keinen theoretisch genau fixierten Platz für sie gibt, bloß einfach phänomenologisch verortet, anstatt daß sie auch substantiell erfaßt würden?

Gleichwohl wie solche Diskussionsrouten im einzelnen auch immer ausgehen mögen, so ist auf jeden Fall festzuhalten, daß auf dem Lektüreweg Bahros die traditionelle Linke auf jeden Fall die Chance hätte, einige ihrer größten politischen Fiktionen nun endlich als Ballast über Bord zu werfen. Indem sich jetzt auch noch der Staatssozialismus als eine von den grundlegend gleichen Problemen affizierte Gesellschaftsformation herausstellt, zersetzt sich auch noch der letzte historische Fluchtpunkt für die linken Geisterfahrer. Bislang hatten die Traditionalisten immer noch die fiktive Möglichkeit, über den Umweg DDR bzw. Staatssozialismus alle alten Mythen der kommunistischen Arbeiterbewegung aufleben lassen zu können. Mehr als je zuvor ist es jetzt damit aus und vorbei. Was sich in Westeuropa schon seit Jahrzehnten als Fiktion erwies, wird nun auch endgültig – das zumindest hat Bahro aufgezeigt – von der osteuropäischen Realität eingeholt.

So wie Bahro schreibt, daß die Propagandamaschine des Staatssozialismus "völlig machtlos sein wird gegen den bloßen Augenschein der 'Wohlstandsgesellschaft' ", so wird es umgekehrt auch mit den politischen Illusionen der traditionellen Linken sein, wenn sie eines Tages mit den neuen subversiven Realitäten aus Prag, Warschau, Budapest, Ostberlin, Moskau und anderswo konfrontiert werden wird. Die beiden sowjetrussischen Dissidenten haben auf dem Bahro-Kongreß davon einen kleinen Vorgeschmack vermittelt.

Hirngespinst Du bist umzingelt. Es gibt keinen Ausweg mehr für Dich.

DDR – konkret

Im Herbst 1978 schickte ich an einen Freund in der DDR drei Bücher. Darunter war, auf Wunsch meines Freundes, ein im Verlag Marxistische Blätter erschienenes Buch von Robert Steigerwald. Titel: "Der 'wahre' oder konterrevolutionäre 'Sozialismus'. Was wollen Havemann-Dutschke-Biermann?"

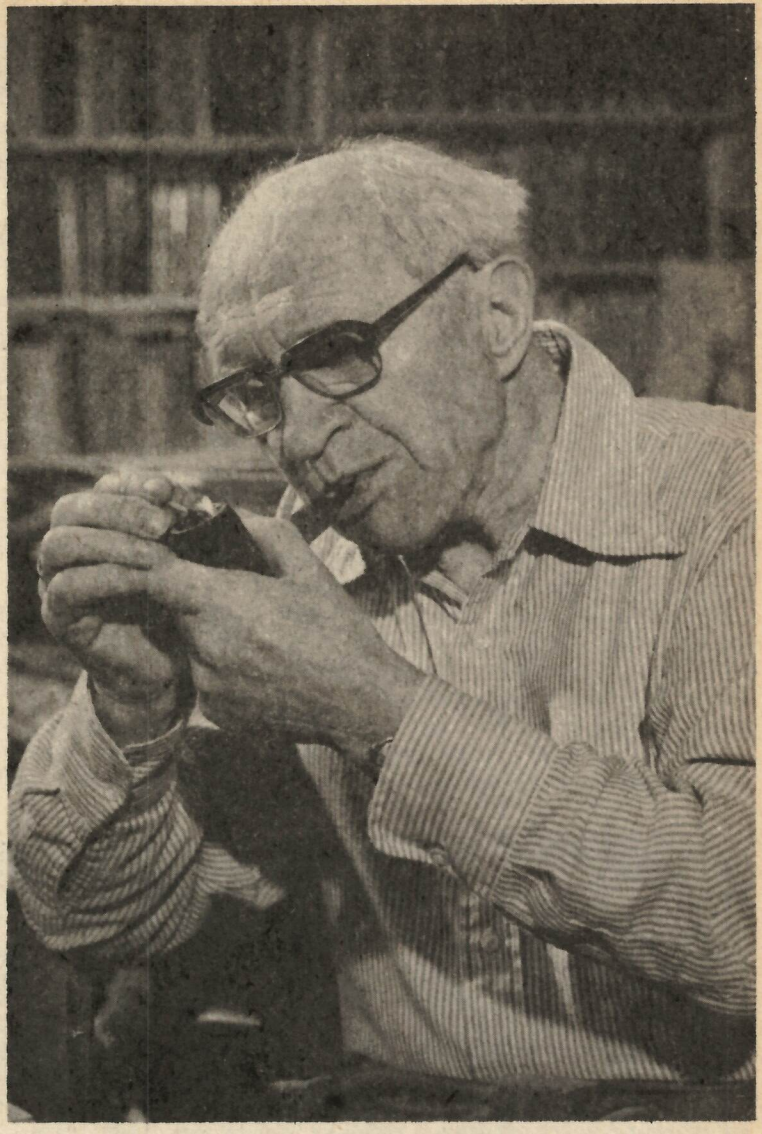
Einige Wochen später schrieb mir mein Freund: "Etwas erfreulicher ist dagegen wohl, daß Dein Bücherpaket ankam, mit zwei Büchern, (...) aber nicht jenes 'Steigerwald über Dutschke etc.' ".

Es finden sich, wenn man über die Einziehung dieses Buches durch DDR-Beamte nachdenkt, sicher eine ganze Menge möglicher Gründe. Einen solchen denkbaren Grund will ich hier nennen:

Die Verbreitung solcher Schriften Robert Steigerwalds, die die Idee des Kommunismus verleumden und der Reaktion Argumente gegen den Sozialismus liefern, ist in der DDR nicht erlaubt. Die DDR ist doch besser als ihr Ruf!

NORBERT SASSMANNSHAUSEN

Gespräch mit Helmut Gollwitzer



Helmut Gollwitzer wird am 29. Dezember 1978 siebzig Jahre alt. Das überrascht. Denn nicht nur denjenigen, die ihn etwas kennen – und das sind viele – und ihn liebevoll-ehrfürchtig "Golli" nennen, ist eben dieser Golli eine Institution, der man vertraut, auf die man bauen kann. Da gibt es eine verzwickte Situation: man braucht jemand, der integer und nicht korrumpierbar – auch nicht in seiner Kritik – überzeugend im strengen Sinne des Wortes auszusagen und zu handeln vermag. Einer, mit dem man immer rechnen kann, wenn es um Risiko und Engagement, um menschliches Risiko und sozialistisches Engagement, geht.

Wir alle gehen mit ihm nicht sparsam um. Er selbst hat nie mit sich geknausert, vielmehr freizügig und gezielt in konkrete sozialistisch-demokratische Richtung gewirkt und ausgegeben. Und siebzig Jahre nun wird dieser Golli, der so vital zu sprechen und zu diskutieren, der so konzentriert zuzuhören und Pfeifenrauch verbreitend zu arbeiten versteht. Das ist kein alter Mann, mit dem man nun behutsam umgehen müßte. Das ist nach wie vor der Freund und Genosse, der da ist, wenn's brennt und nicht nur dann.

Wir gratulieren, nicht wie man dies bei einem "Jubilar" tut, sondern wie man dies einem älteren Genossen gegenüber tut, der einem viel geholfen, von dessen Beispiel man viel gelernt hat, der einen immer noch vieles lehrt und zu lehren hat, der verläßlich ist in Wort und Tat. Den Anlaß seines 70. Geburtstags nutzend, führten Wolf-Dieter Narr und Klaus Vack Ende November für "links" ein ausführliches Gespräch mit Helmut Gollwitzer, das uns trotz seiner Länge wichtig genug erscheint, mit nur geringfügigen Kürzungen abgedruckt zu werden. (Wir bringen in dieser Ausgabe den ersten Teil und in der Februar-Nummer den Schlußteil.)

Die "links"-Redaktion

Zur Motivation und Orientierung

In Deinem Buch "Krummes Holz – Aufrechter Gang. Zur Frage nach dem Sinn des Lebens" formulierst Du als Maxime und unterstreichst sie selber: "Es kommt darauf an, für den Fortschritt zu kämpfen, ohne aber an ihn zu glauben." Unmittelbar im Anschluß daran zitierst Du Jeremias Gotthelf: "Wer es nicht der Mühe wert findet, bessere Zeiten herbeizuführen, der ist auch nicht gut genug für bessere Zeiten." Daß heute ein Sozialist, der sich selbst und andere nicht täuschen will, nicht (nicht mehr) davon ausgehen kann, daß "die Geschichte mit uns" ist, muß man, so schmerzlich es sein mag, eingestehen. Woraus aber schöpft dann ein Sozialist seine Kraft, was macht es für ihn individuell und für andere wertvoll, ohne Gewißheit, ja vielleicht trotz einer größeren Wahrscheinlichkeit, daß man Niederlagen einstecken wird, für eine humanere, für eine sozialistische Gesellschaft einzutreten?

Gollwitzer: Als ein herausragendes Kennzeichen unserer Periode gegenüber früheren im Bereich der letzten 200 Jahre wird oft die Krise des Fortschrittsglaubens angegeben. Mit Fortschrittsglauben ist gemeint die Überzeugung, daß die Geschichte der Menschheit sich in einem positiven Sinn voranbewegt, um es mit Hegel zu sagen, als eine Geschichte der Freiheit, als ein immer Näherkommen zu einer freiheitlichen Gesellschaft, eine Geschichte der Menschwerdung des Menschen. Ohne Zweifel gehört der historische Marxismus in diesen Zusammenhang hinein. Auch bei Lessing findet man die Vorstellung von der Geschichte als die Erziehung des Menschengeschlechts, eine von Gott veranstaltete evolutionäre Erziehung des Menschengeschlechts von der Barbarei der Kindheit zur Reife einer wirklich zivilisierten Menschheit. Der Fortschrittsgedanke resultiert aus dem Christentum. Andere Religionen haben die irdische Geschichte als ein Chaos von sinnlosen Ereignissen, als eine Kreisbewegung gesehen, als eine kosmische Ordnung, in der Veränderung immer das Negative war und aus der man heraussteigen muß in eine Überwelt, eine jenseitige Welt. Die jüdisch-christliche Überlieferung dagegen hat Geschichte heilsgeschichtlich gesehen, auf ein göttliches Ziel hin, eine wirklich gerettete und erfüllte Menschheit, das Reich Gottes. Später wird der Fortschrittsgedanke säkularisiert. Der Fortschrittsglaube seit Lessing und der Aufklärung ist eine verweltlichte Form dieser christlichen Vorstellung eines Sinns der Geschichte, einer Bewegung der Geschichte auf ein positives Ziel hin.

Warum war denn diese positive Ziel-Zukunftsbezogenheit über die Gegenwart auch des einzelnen Lebens hinaus gerade auch für die politisch Aktiven und die emanzipatorischen Massenbewegungen so wichtig?

Gollwitzer: Die Zukunftsbezogenheit hat die Menschen, auch die, die nie ein philosophisches Buch gelesen haben, sehr viel mehr erfüllt als man sich vorstellen kann; vor allem war es das Pathos der arbeitenden Bevölkerung. In einem herausragenden Sinn, noch in den Briefen hingerichteter Widerstandskämpfer, die ich mit herausgegeben habe, sind die Briefe gerade kommunistischer und sozialistischer Widerstandskämpfer Zeugnisse dieser Hoffnung, auch der Faschismus wird etwas Vorübergehendes sein, am Ende steht das erfüllte Leben der Menschheit, für das wir kämpfen, die humane Gesellschaft. Zu der Bewußtseinsveränderung der Arbeiterschaft, wie wir sie als politisches Problem bei uns ständig empfinden, zum Verschwinden des Klassenbewußtseins gehört auch dieses Verschwinden des Fortschrittsglaubens. Die mit dem Kapitalismus sich abfindende Arbeiterschaft ist zugleich in einer tief resignierten Stimmung; sie sieht so wenig wie die ganze kapitalistische Gesellschaft mehr ein Ziel. Auch der frühbürgerliche Fortschrittsglaube ist verschwunden. Das Ziel der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, wie es sich im Wachstumsziel etwa ausdrückt, ist nicht mehr als Erhaltung, vielleicht noch Verbreiterung des Gegenwärtigen, aber alles andere ist abgeschoben in den Bereich der Utopie, des Wunschtraums.

Welche Folgen hat denn der Verlust des Fortschrittsglaubens?

Gollwitzer: Ganz sicher ein tiefe Krise des Bewußtseins, weil es der Zustand eines hoffnungslosen Bewußtseins ist. Darum nehme ich das Ende des Fortschrittsglaubens sehr ernst und meine, daß ihr mit dieser Frage nach dem Satz aus meinem Buch zugleich ein sehr allgemeines Problem heute angesprochen habt, mindestens für den Teil der Menschheit, den man heute die entwickelte Industriegesellschaft nennt. Auch Meinungsumfragen in der Jugend der osteuropäischen

Länder, des sogenannten realen Sozialismus, haben übrigens ergeben, daß dort der offiziell gepredigte Fortschrittsglaube, d.h. die Überzeugung, daß wir auf dem Weg zur kommunistischen Gesellschaft sind, auf größte Skepsis stößt. Auch dort ist in Wirklichkeit an die Stelle einer tragenden Hoffnung weithin die Ziellosigkeit und die Resignation getreten.

Selbstlosigkeit – ein oft anfechtbares Ethos

Unbeschadet der Frage, ob der Fortschrittsglaube begründet war oder nicht, hat er nicht enorme praktische Folgen gezeigt? Hat nicht der Fortschrittsglaube ein Stück Fortschritt selbst bewirkt?

Gollwitzer: Ohne Zweifel. Der Sozialismus war, was den einzelnen Sozialisten und Proletarier in der Arbeiterbewegung anlangt, zugleich eine Bewegung großer Selbstlosigkeit. Alle sozialistischen und kommunistischen Märtyrer wußten, daß sie selbst die gute, die menschlichere Gesellschaft nicht mehr erleben. Das Ethos, das sie erfüllt hat, war gerichtet auf kommende, vielleicht noch weit entfernte Generationen und geprägt von großer Selbstlosigkeit. Damit war es auch ein sehr anfechtbares Ethos. Bloch zitiert aus dem Roman "Ssanin" des russischen Schriftstellers Artzibaschew, der nach der Revolution von 1905 geschrieben wurde, den Satz eines dann abfallenden revolutionären Kämpfers an seine früheren Genossen, "er verschmähe es, sich aufhängen zu lassen, damit die Arbeiter des 32. Jahrhunderts keinen Mangel an Nahrung und Geschlechtsgenüssen leiden." Dieser anfechtenden Frage gegenüber haben viele Sozialisten tatsächlich standgehalten. Das war ihr enormes Ethos.

Allerdings war bei der Arbeiterbewegung – das darf man nicht vergessen – der Einsatz für die Zukunft immer verbunden mit jetzt schon erfahrbaren Fortschritten. Jetzt schon wird etwas herausgeschlagen, der Acht-Stundentag, Arbeitserleichterungen usw. Diese konkreten Erfolge waren aber auch immer mit der Perspektive verbunden, um es mit Tucholsky zu sagen, "gut, das ist der Pfennig, aber wo ist die Mark?", also wir wollen die ganze, eine ganz und gar humane Gesellschaft.

Du hast jetzt dargestellt, welche enorme Bedeutung der Fortschrittsglaube nicht zuletzt auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung gespielt hat, und zwar auch ein positive, öffnende, motivierende Bedeutung. Uns scheint aber, daß der Fortschrittsglaube zum Teil auch eine negative Bedeutung gehabt hat, etwa in dem Sinne, daß er Kosten hier und heute hat rechtfertigen lassen, die nicht zu rechtfertigen waren, mit dem Argument: aber es dient der Zukunft. Auch der Stalinismus hat ja bekanntlich den Fortschrittsglauben für sich ausgebeutet.

Gollwitzer: Stalin hat, ich glaube bei der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, ungefähr folgendes gesagt: Wir pressen hier das Leiden von hundert Jahren Menschheit in das Leben einer Generation. Mit dem Fortschrittsglauben hat sich also nicht nur der sozialistische Kämpfer in seinem eigenen Leiden und Martyrium getröstet. Der Fortschrittsglaube diente auch dazu, die anderen zugefügten Leiden zu rechtfertigen, weil die Fortschrittslinie mit der Parteilinie identifiziert worden ist. Es ist aber etwas ganz anderes, ob ich meiner eigenen Aufopferung einen Sinn gebe in dem, was für andere Menschen rauskommt, oder ob ich als Herrschender – es handelt sich hier ja um einen zur Herrschaft gekommenen Marxismus – meine Maßnahmen mit der Verheißung einer besseren Zukunft rechtfertige.

Es gibt noch einen anderen wichtigen Punkt, an dem der Fortschrittsglaube zweifellos negative Folgen zeigt. Das ist dort, wo mit einem einseitigen Fortschrittskonzept das eurozentrische Weltbild, d.h. die europäische Entwicklung als allgemein gültig gesetzt wird. Über den Kapitalismus hinaus wird die weitere Entwicklung der Produktivkräfte und Sprengung der Produktivverhältnisse mit sozialistischem Ziel gedacht. Für die Völker der Dritten Welt wird dies als das von ihnen ebenfalls zu erreichende Ziel angesehen, mit all den Opfern ihrer eigenen Tradition, von den Indianern bis zu anderen Kulturen. Wir geben unsere Kultur und das Ziel, das wir für unsere Kultur setzen, als den Fortschritt aus, der auch für sie gilt und dem auch ihre ganze Kultur geopfert werden muß.

Gegenwärtig steht aber nicht nur der Fortschrittsgedanke in Frage, es droht, so scheint uns, eine geradezu globale Regression, ein Zurück selbst im Hinblick auf das gegenwärtig Erreichte.

Gollwitzer: In der Tat. Das wird am stärksten sichtbar, seit die ökologische Bedrohung der Menschheit bewußt geworden ist. Bei den Warnungen unserer Ökologen spielt ja das Wort von irreversiblen Veränderungen eine große Rolle, d.h. daß hier verhängnisvolle Tatsachen geschaffen werden, die nicht mehr zurückgedreht werden können. Ich will gar nicht von dem hier noch möglichen, ja sehr wohl möglichen Atomkrieg sprechen, der die Menschheit zurückwerfen würde in einen Zustand der Barbarei, sondern von vielem anderen, vom Raubbau an Ressourcen und allem Möglichen. Zwar kenne ich aus der sowjetischen ökologischen Literatur noch einen ziemlich unverzeihlichen Fortschrittsglauben, der überzeugt ist, ähnlich wie der amerikanische technologische Fortschrittsglauben, daß technische Entwicklungen dies alles wieder beherrschbar machen. Aber das ist sehr umstritten.

"Das Ethos, das die Arbeiterbewegung erfüllt hat, war gerichtet auf kommende, vielleicht noch weit entfernte Generationen und geprägt von großer Selbstlosigkeit, ein oft anfechtbares Ethos".

Es lohnt sich, Sozialist zu sein

An dieser Stelle möchten wir noch einmal auf unsere Eingangsfrage zurückkommen,

indem wir eine Art These aufstellen. Wir würden behaupten, individuell gesehen, für jeden persönlich, lohnt es sich, Sozialist auch in einer kapitalistischen Gesellschaft Bundesrepublik oder anderwärts zu sein, selbst wenn die Zweifel daran, ob wir eine sozialistische Gesellschaft erreichen, berechtigt sind. Denn es ist ja auch eine Erfahrung, daß man individuell, für das eigene Selbstbewußtsein, für das eigene Rückgrat sozusagen, für den aufrechten Gang ungeheuer viel an Gaben erhält, wenn man selber in seinem alltäglichen Leben erstens keine Beherrschung von anderen Menschen braucht – dann wird man erst frei, sonst stellt sich das Herr-Knecht-Verhältnis jeweils erneut wieder her – und zweitens, daß der Einsatz für eine wirklich humane Gesellschaft denjenigen, der sich engagiert, auch selber humanisiert. Wenn Brecht in einem Gedicht, wo ein Pferd zusammengebrochen ist, fragt, welche Kälte muß über die Menschen gekommen sein, wer schlägt da so auf sie ein, daß sie so kalt sind gegen das Elend um sich herum, dann trifft das heute auch für unsere Mitmenschen zu. Da müssen wir ansetzen, und zwar, obwohl wir eine verschwindende Minderheit sind, dennoch ohne Stellvertreteransprüche.

Gollwitzer: Gut, hier ist ein moralisches Moment, das keiner geschichtsphilosophischen Begründung bedarf. In einer Welt, in der neben mir und um mich herum die Menschen verhungern, kann ich nicht ruhig in meiner Villa sitzen bleiben. Ich kann also nicht so existieren, wie zum Beispiel ein großer Teil lateinamerikanischer Villenbesitzer und Großbourgeois existiert: Eintreten für eine Wirtschaftsordnung und politische Ordnung, die mir Reichtum sichert und alles niederschlägt, was neben mir die Situation der verelendeten Massen verbessern würde. Das wäre unmenschlich. Meine Ablehnung einer solchen Einstellung mag aus christlichen Motiven kommen oder weil ich einfach ein Mensch bin, der gegenüber Leiden anderer Menschen nicht gleichgültig sein kann. Dieses moralische Moment ist das Drängende der Not des anderen, die mir das unbekümmerte, privilegierte Leben unmöglich macht. Das bedarf jedoch einer Ergänzung, die ich erfahren habe als christlicher Theologe durch das marxistische Denken, denn die traditionelle christliche Ethik hat das Eintreten für den anderen gewöhnlich altruistisch begründet: "Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!", heißt: wie du bisher dich um dich selbst gekümmert hast, so sieh jetzt von dir ab und wende dich ganz deinem Nächsten zu! Gegenüber vielen Stellen im Neuen Testament ist dies eine gewisse Verkürzung, auf die mich persönlich der Marxismus aufmerksam gemacht hat, der ja nie verzichtet hat auf politische Motivation, die von diesem christlichen Altruismus aus egoistisch ist, in der richtigen Einsicht, daß man einzelne zwar bewegen kann durch selbstlose Motivation, daß man Massen aber nur bewegen kann durch Ziele, die in ihrem eigenen Interesse liegen. Das führt mich zu der Frage, ob denn Selbstlosigkeit eine wirkliche Beschreibung dessen ist, was einer, auch wenn er aus christlichen Motiven Nächstenliebe versucht, wirklich tut. Er hat das Wohl und das Glück des Nächsten im Auge, muß aber ja zugleich sagen, daß er etwa durch sein Christwerden ein Mensch geworden ist. *Das ist sicherlich entscheidend, daß man nicht verlangen darf, im politischen Engagement von sich selbst abzusehen. Aber besteht der Gewinn, den man selbst aus dem eigenen politischen Engagement zieht, nicht in noch mehr als der von Dir bis jetzt angedeuteten etwas beliebigen Erwägung, daß man es "schöner" findet, andere nicht beherrschen und ausbeuten zu müssen, vielmehr gegen Herrschaft und Ausbeutung einzutreten? Das eigene Menschsein selbst kann sich doch erst im sozialen und politischen Engagement verwirklichen.*

Gollwitzer: Ja, dieses Moment der Befriedigung auch meiner eigenen Interessen, und zwar nun über die materiellen Interessen, die im proletarischen Kampf ihren legitimen Platz haben, hinaus, dieses Moment der eigenen Selbsterfüllung und Selbstverwirklichung kommt selbstverständlich hinzu. D.h. also, auch um meiner selbst willen, um meines Menschseins willen, auch um meines Glücks willen, um der Erfüllung willen, die ich im solidarischen Kampf mit Genossen immer wieder erlebe. Wir haben zwar nicht gerade tolle äußere Erfolgserlebnisse, aber wir haben innere Auftriebserlebnisse immer wieder im Zusammensein mit Genossen, im Angreifen einer Arbeit usw., so daß wir in der Stunde der Anfechtung, wo uns die Frage kommt: "Mensch, sollst du nicht alles liegen lassen und ins Privatleben abgehen, dort hast du es viel ruhiger?", uns selbst aus diesen Erfahrungen sagen: "Nein, anders möchte ich eigentlich nicht leben, dieses Leben, bei allem, was es kostet, lohnt sich mehr für mich selbst als ein äußerliches, materiell egoistisches Leben." Von da aus, selbst wenn es wirklich später wäre als wir denken, selbst wenn die Alternative Sozialismus oder Barbarei nicht mehr vor uns stünde, sondern zugunsten der Barbarei schon unabwendbar entschieden wäre, würde genau all das gelten, was wir jetzt aufgezählt haben. In der Zeit zunehmender Not der Menschheit finden wir unser eigenes Menschsein offenbar nur darin, daß wir, mag auch das Ganze abwärts gehen, für das Bessere arbeiten, und zwar nicht nur im karitativen, im persönlichen Bereich, sondern auch politisch, kollektiv und allgemein.

Der Atheismus ist ein historisches Attribut des Marxismus, kein wesenhaftes

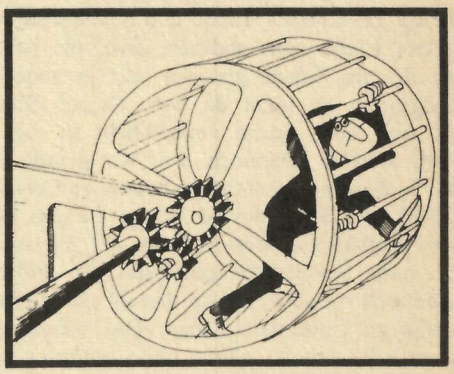
Ist denn die apokalyptische Sicht, ein umgekehrter, negativ gewordener Fortschrittsglaube sozusagen, so eindeutig und so plausibel? Ist sie nicht ihrerseits wenigstens mit einem Fragezeichen zu versehen?

Gollwitzer: Die Hoffnung, doch etwas zu erreichen, kann und soll man nicht nur nicht austilgen, sie hat ihren, wenn auch nicht mehr absolut gewissen Grund. Man muß nämlich sagen, daß auch die apokalyptische Sicht, mag sie viele Argumente haben, so wenig Gewißheit besitzt wie die optimistische Sicht.

Bücher von Helmut Gollwitzer (Auswahl) • ... und führen, wohin Du nicht willst. Bericht einer Gefangenschaft • Die reichen Christen und der arme Lazarus • Krummes Holz – Auf rechter Gang. Zur Frage nach dem Sinn des Lebens • Die kapitalistische Revolution • Veränderung im Diesseits. Politische Predigten • Befreiung zur Solidarität. Einführung in die evangelische Theologie • Alle Bücher sind erschienen im Chr. Kaiser Verlag München.

Infos der SB-Arbeitsfelder

Hiermit bieten wir die fortlaufenden Nummern mehrerer Jahrgänge der Informationsdienste der Arbeitsfelder des SB jeweils zu Sonderpreisen an:
Informationsdienst Arbeitsfeld Schule, Hefte 25 bis 31, Jahrgänge 1976/1977, u.a. zu folgenden Themen • Thesen zur Situation und Aufgabe sozialistischer Lehrer • Repression/Schulkonflikte • Lehrerausbildung • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft • Lehrerzentren • Schülerbewegung • Schulalltag.
Die einzelnen Info-Broschüren würden zusammen DM 29,-- kosten, der reduzierte Abgabepreis ist DM 15,--.
Informationsdienst Gesundheitswesen, Hefte 2 bis 10, September 1974 bis Jahrgang 1977, u.a. zu folgenden Themen • Krankenhaus • Ambulante Versorgung • Politische und gewerkschaftliche Arbeit am Krankenhaus • Konzept für kooperative Ambulanz • Gesundheitswesen und bürgerlicher Staat • Gegen Standespolitik – für eine soziale Medizin • Mediziner-Ausbildung.
Die einzelnen Info-Broschüren würden zusammen DM 38,-- kosten, der reduzierte Abgabepreis ist DM 20,--.



Informationsdienst Sozialarbeit, Hefte 11 bis 18, Jahrgänge 1976/77, u.a. zu folgenden Themen • Institutionelle Probleme stadtteilbezogener Sozialarbeit • Sozialarbeit und Jugendarbeitslosigkeit • Alternative Psychiatrie • Studium und Berufspraktikum • Gewerkschaftsarbeit in der ÖTV • Kindergartenarbeit • Heimerziehung – Kritik und Alternativen.
Die einzelnen Info-Broschüren würden zusammen DM 39,50 kosten, der reduzierte Abgabepreis ist DM 20,--.
Es versteht sich, daß jeweils nur jede Serie zusammen zu dem Sonderpreis abgegeben werden kann, d.h. einzelne Hefte werden nach wie vor zum regulären Preis verkauft. Alle Informationsdienste sind broschiert und haben einen festen Umschlag.
Die Lieferung der vorstehend zusammengestellten Jahrgänge der Arbeitsfeld-Infos erfolgt ausschließlich gegen Vorauszahlung und portofrei (der Bestellung also gleich den Gegenwert durch Verrechnungsscheck oder in Bargeld beifügen) über den Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Es ist tatsächlich noch alles unentschieden. "Solange ich atme, hoffe ich", sagt Albert Camus. So ist also jede Tat, mit der wir uns selbst erfüllen, indem wir für Besseres auch für unsere Mitmenschen uns einsetzen, eine sinnvolle Tat und das Weiterreichen einer Hoffnung, vielleicht wie Luther gesagt hat, eine "Hoffnung wider die Hoffnung". *Ist dieses Hoffen wider die Hoffnung, dieses Glauben, obwohl, ja weil es "absurd" ist, nicht ein urchristliches, ein urprotestantisches Motiv, das man Nicht-Christen nicht ohne weiteres vermitteln kann?*

Gollwitzer: Mit allem, was wir bisher gesagt haben, haben wir nichts gesagt, was nur der eine oder nur der andere von diesen beiden Typen von Sozialisten, also Sozialisten christlicher oder nichtchristlicher Eigenart, aussprechen könnte. Dies alles könnten sie völlig gemeinsam aussprechen, aus einer Vision des wirklichen Menschseins. Von letzterer kann man vielleicht geistesgeschichtlich sagen, daß sie sich einem moralischen Schub in der Menschheitsgeschichte verdankt, der mit Neues Testament zu umschreiben ist. Es gibt solche Schübe der Menschheitsgeschichte, wo vergangene Moralen überwunden werden zugunsten anderer. Das war ein Argument für den Fortschrittsglauben. Die spartanische Moral war eine brutale gegenüber der athenischen, die schon einen erweiterten Begriff von Humanität hatte. So ist das Ethos des Neuen Testaments, die Menschensicht des Neuen Testaments, Liebe und Selbsterfüllung in der Liebe zum anderen usw., ein neuer moralischer Schub gewesen, der in anderen Religionen so nicht da war. Dieser Schub hat sich noch kaum verwirklicht in diesen 2000 Jahren. Dennoch, was wir gerade für den Sozialisten beschrieben haben, an Lebensgefühl und Sicht des Sinns des Lebens und der Beglückung des Lebens im Eintreten für eine bessere Gesellschaft, für andere, kann sich möglicherweise diesem christlichen Schub zu verdanken haben. Das würde ich, wenn ich Atheist wäre, ohne weiteres zugeben.

Wenn man diesem Urteil folgt, ist denn dann der Unterschied zwischen einem christlichen Sozialismus und einem nichtchristlichen Sozialismus überhaupt noch relevant? Willst Du sagen, beide Seiten haben hinzugelernt?

Gollwitzer: Wir stellen erst mal fest, daß entgegen der Auffassung der Dogmatisten auf beiden Seiten von Christentum und Marxismus, nämlich der Unvereinbarkeitsauffassung, es heute das merkwürdige Phänomen gibt, nämlich Christen, die Marxisten sind, und Marxisten, die Christen sind. Daneben gibt es die nicht-marxistischen Christen und atheistischen Marxisten. Meine Überzeugung ist erstens, daß der Atheismus ein historisches Attribut des Marxismus ist, aber nicht ein wesenhaftes Attribut. Ich setze den Marxismus zum einen nicht mit dem Sozialismus gleich, sondern verstehe ihn als ein theoretisches Instrument des Sozialismus. Wir empfehlen marxistische Theorie dringend allen Sozialisten, können sie ihnen aber nicht oktroyieren. Und nicht-marxistische Sozialisten, deren es viele auf der Welt gibt, sind uns als Bundesgenossen sehr willkommen. Zum zweiten ist Marxsche Theorie (siehe Engels "Der Sozialismus auf dem Weg von der Utopie zur Wissenschaft") ein wissenschaftliches Instrument, das sich ständig wissenschaftlicher Kritik stellen muß und sich wissenschaftlich und praktisch immer aufs neue bewähren muß. Infolgedessen muß es auch ständig revidiert und modifiziert werden. Als solches ist die Marxsche Theorie ein wesentliches Instrument zur Veränderung weltlicher Zustände; sie kann darum keine metaphysischen Sätze enthalten. Der Satz "Es gibt keinen Gott" ist genauso ein metaphysischer Satz wie die Feststellung "Doch, es gibt Gott". Mit der Parteiergreifung für den Atheismus hat sich der traditionelle Marxismus metaphysisch übernommen.

Die Frage nach dem Verhältnis von Christen und Atheisten innerhalb der sozialistischen Bewegung kann man nur beantworten, wenn wir, wozu uns Bloch schon angeleitet hat, die Ausschließlichkeitsvorstellung wechselseitig aufgeben. Religion birgt beide Möglichkeiten in sich: eine regressive und eine progressive. Manche Religion weniger, manche Religion mehr. Mit Bloch war ich einig, die jüdisch-christliche in besonderem Maße, sowohl die Möglichkeit der Weltflucht wie des Impulses zur Weltgestaltung, sowohl die Möglichkeit, Ideologie der Herrschenden zu werden, wie die Möglichkeit der kritisch-explosiven Bewegung und der Zersetzung von Herrschaft und also auch die Möglichkeit des Impulses für revolutionären Einsatz. Wenn man das beobachtet hat und zugleich Marxismus als theoretisches Instrument versteht, kann man von der marxistischen Seite her völlig offen sein dafür, daß es Leute gibt, die an ihrem christlichen Glauben festhalten und ihren Glauben praktizieren und zugleich in der marxistischen Diskussion genauso wie im politischen Kampf völlig als Gleichberechtigte auftreten und nicht nur als Bundesgenossen, sondern als Genossen anerkannt werden. Von Seiten der Christen ist hier nur die Erkenntnis fällig, die sie im Laufe der 400 Jahre Neuzeit ohnehin haben gewinnen müssen: eine ausschließlich christliche Welt gibt es nicht. Die mittelalterliche Welt war eine zweifelhaft christliche Welt und ist unwiederholbar. Christen leben überall mit Atheisten zusammen. Christen entdecken in Atheisten Vorbilder und Tugenden, von denen sie sich eine Scheibe abschneiden können. Umgekehrt kann es einem atheistischen Sozialisten nur recht sein, wenn jemand in dieser Situation der Anfechtung, wie wir sie im Zusammenhang mit dem Stichwort des Fortschrittsglaubens beschrieben haben, Stärkung bezieht aus Quellen, über die er als atheistischer Sozialist nicht verfügt.

Schlußteil folgt im Februar

Ernest Callenbach
Ökotopia
Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999
Rotbuch 200, 224 Seiten, DM 12,–
Wir sind im Jahr 1999. Seit seiner Unabhängigkeit 1980 hat Ökotopia – die ehemaligen Weststaaten der USA – in Isolation gelebt. Jetzt kommt der erste Besuch, der Reporter William Weston und sieht sich staunend um ...

Kursbuch 54
Jugend
192 Seiten, DM 8,– (Abo. 6,–)
»Rock me«. Diskotheken, Buden, Läden/Zimmer 24/ Der macht seinen Weg/Ich denke, ihr werdet mich noch sehn/»Manta-Frau und glücklich – glaubst du, daß das geht?«/»Ich möcht ein anständiges Mädchen sein«/Daß es sich zu leben lohnt/Stelten allein. Szenen einer WG u. a. Artikel.

Vera Kamenko
Unter uns war Krieg
Autobiografie einer jugoslawischen Arbeiterin
Mitgearbeitet: Marianne Herzog
Rotbuch 180. 112 S. DM 7 (Abo 6)

»Ja, dieses schmale Buch ist ein Dokument der Unmenschlichkeit, aber nicht der Unmenschlichkeit einer jungen Frau, sondern dieser Gesellschaft.«
Luise Rinser in »Konkret«

Rotbuch Verlag
Potsdamer Str. 98 · 1000 Berlin 30

Rote Grütze:
Was heißt hier Liebe?
Die Geschichte von Paul und Paulas erster Liebe, von den Schönheiten und Schwierigkeiten, miteinander zurechtzukommen, und von Orgi ... Rotkehlchen 4, als Platte (mit Plakat) und Cassette empf. Preis DM 12.80

A. Paul Weber-Ausstellung

Von Jens Huhn

Der Zeichner und Lithograph Andreas Paul Weber wurde 1893 als Sohn eines Eisenbahnbeamten in Tübingen geboren. Kriegsteilnahme im 1. Weltkrieg u.a. bei der Kriegzeitung der X. Armee. Nach dem Krieg zahlreiche Buchillustrationen, Herstellung von Gebrauchsgrafik. Ab 1928 Zusammenarbeit mit Ernst Niekisch. 1932 Zeichnungen zu Niekischs Broschüre "Hitler – ein deutsches Verhängnis". 1937 kurzfristig inhaftiert. 1954-1967 Mitarbeit am "Simplicissimus". Ab 1959 Herausgabe des "Kritischen Kalender".

Vom 26.10. bis 10.12.1978 war in Bonn erstmals in der BRD eine umfängliche Übersicht über das Werk A. Paul Webers zu besichtigen. Weber im Museum –, unter diskreter Bewachung des Museumspersonals und mit gedämpfter Stimmte verhandelt der Besucher über Webers Handzeichnungen und Lithographien. Weber im Museum, d.h. ein Verkannter wird besichtigt. Ausstellung und Katalog haben den fatalen Geruch eines Nachlasses zu Lebzeiten. Umfänglich wird Weber in einen kunsthistorischen Kontext gebracht, den Namen wie Goya und Daumier markieren. Das ist kunsthistorische Rehabilitation für eine Zeit des Totschweigens während der Blütezeit gegenstandsloser Kunst. Lediglich ein Aufsatz Rühmkorffs verweist schwach auf die Wirklichkeit, die Weber zu Bildern verdichtete. Und doch ist man als Betrachter bereit, die Veranstaltung zunächst zu akzeptieren: Die bitterböse Satire auf Erscheinungsformen der bürgerlichen Gesellschaft hat die Hoffnung zum Ausgangspunkt, diese könne sich reinigen und verbessern. Sie ist Erbe der bürgerlichen Aufklärung und bei aller Schärfe reformerisch gestimmt. Weber im Museum ist insofern nicht nur irritierend. Auffällig, wie intensiv Weber den Klerus kritisiert, auffällig seine Tiersymbolik. Beides gehört zum eisernen Bestand bürgerlich-aufklärerischer Satire; Dazu hat Weber diese Tradition fortentwickelt: Häufig ist bei ihm die Karikatur zu finden, immer stellt er die prominente Person als Blüte dar. Keineswegs ist dies als Kritik an einer Personalisierung von Politik gemeint. Bei Weber machen die Politiker Politik. Brandt wird als Nußknackerbüste dargestellt, als ob er tatsächlich schwierige Nüsse knacken könnte, an Dubcek, ebenfalls Büste, nagen die Ratten usw. Besonders bezeichnend die Darstellung de Gaulles als gallischer Hahn. Die Person steht für die ganze Nation.

Elitäres findet sich in seinen Blättern en masse. Der Bürger, der auf der Kunst seine Fleischwurst verzehrt, der idiotische Biologe, der im Urwald hinter Orchideen herjagt. Auch kleinbürgerliches Vorurteil wird bestätigt: die aufgeschwanzten kubistischen Besucher einer Kunstausstellung, die Kritik an der Kunstkonjunktur durch die Darstellung aller in letzter Zeit in der Kunst vorkommenden Pferde, die Pferde Marcs neben denen aus Picassos "Guernica".

Webers Bild von unserer Gesellschaft ist das einer Hölle, in die es einige Leidende verschlagen hat. Unbehagen stellt sich ein, und beinahe könnte man erleichtert sein, bei dem Gedanken, daß Weber in Bonn nun quasi heimgefunden hätte. Aber so einfach ist das leider nicht. Da gibt es daneben das "Ja, so ist es"-Erlebnis bei Weber. Ich meine nicht solche Blätter, in denen Schulkinder vor den letzten Baum in der Betonwüste geführt werden oder Mischmaschinen wie riesige gefräßige Insekten Felder zubetonieren. Das bekannte "Gerücht" erzeugt Zustimmung ebenso wie der häufig in linken Zeitungen abgedruckte "Lauscher". Die Empörung, die aus Webers Blättern spricht, ist manchmal eine gute Bekannte. Sie stand am Ausgangspunkt des Politisierungsprozesses vieler von uns. Zugleich macht Weber in seiner Unbefangenheit, in der er sie zu Bildern verdichtet, grausam ihre Schwäche deutlich. Ich will versuchen, dies an einem Thema deutlich zu machen, an Webers Darstellung der Massen: Im "Gerücht" oder den Blättern zum Sportbetrieb tummeln sich gesichtslose Figuren im Hintergrund. Wo vorne die Gesichter deutlicher werden, sind sie von Bosheit und Gemeinheit entstellt; Spitze schnüffelnde Nasen, aufgerissene Münder und Augen, die voyeuristische Lust zum Ausdruck bringen. Dazu manchmal das ebenfalls deformierte, aber leidend dargestellte Opfer.

Man muß es deutlich sagen, daß sich Weber hier in Tradition einer Massenkritik bewegt, deren Ambivalenz durch so unterschiedliche Personen wie Freud und Schelsky oberflächlich belegt werden kann. Sie reicht zurück in die Mitte des vorigen Jahrhunderts. Weber arbeitete einst für die Niekisch-Zeitung "Widerstand". In ihr kam exemplarisch eine Variante des Antifaschismus zum Ausdruck, die ihrem Gegner durchaus näher war als es ihr lieb sein konnte; Im Faschismus war nicht nur massenhafte Gemeinheit, wie sie Massenkritik vorweggenommen hatte, zu besichtigen, die Massenkritik selbst war zu realer Gewalt geworden – wimmelndes Ungeziefer, die Nicht-Menschen-Untermenschen wurden zur Massenvernichtung geführt.

Weber kennt diesen Zusammenhang. Nackte Angst spricht manchmal aus seinen Darstellungen der Masse. Zugleich kommt vorsichtig die Hoffnung aufs Umschlagen der Emotionen zum Ausdruck. Rühmkorff verweist auf ein Blatt, in dem die Guillotinierung einer Rakete dargestellt ist und schreibt dazu: "Jubelnd ans Tribunal drängend die künftige Megadeath, die amorphe Masse, jetzt ihrer trägen Ruhe und Stupidität entrissen, nicht tollwütig, blutrünstig, sondern erfüllt von humanitärem Elan. Eine Wunschvorstellung? Vielleicht. Aber eine von direkter Überzeugungskraft."

Vor den Blättern Webers erinnert man sich der eigenen Geschichte, ihre Empörung und Larmoyanz hat man manchmal geteilt oder tut es immer noch. Auch das Elend jenes Höllenbewußtseins ist vertraut. Tierproduktion: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber. Wo man bei Weber die Schwäche der anderen findet, trifft man auf seine und auf die eigene. In Bonn wird ein Stück innerer Geschichte westdeutscher Linker ausgestellt und ins Museum gesperrt.

"Man wird sich erinnern, daß 'Kritik' bei Marx vornehmlich wissenschaftliche Analyse mit der Absicht praktischer Weltverhältnisse hieß. Je tiefer er in das Wesen der untersuchten Verhältnisse eindrang, desto mehr konnte er auf Denunziation und Invektiven verzichten und die Propaganda seiner Ideen der Sprache der von ihm aufgedeckten Tatsachen und Zusammenhänge überlassen ... Alles bloße Ressentiment gegenüber den bestehenden Verhältnissen muß möglichst vermieden werden." (Bahro) In das Wesen der untersuchten Verhältnisse eindringen, ist allerdings kein bloß theoretischer Vorgang. Die Entrüstung und ihr Elend werden wir als Merkmal unserer Schwäche weiter aushalten müssen.

Sicher verbietet es sich dabei, Weber umstandslos zuzustimmen. Mit unseren Museen hat er (leider) noch nichts zu tun.

Die Ausstellung ist vom 17.12.78 - 28.1.79 im Westfälischen Landesmuseum in Münster zu sehen.

A. Paul Weber: Der Schlag ins Leere (Selbstmord), Lithographie, 1955

Böll-Stück abgesetzt

Wie oft kontrolliert der Verfassungsschutz in öffentlichen Bibliotheken und Büchereien?

KULTURZENSUR

Die Liste von Fällen von Beschneidung kultureller Arbeit, vorwiegend aus den Jahren 1976/1977, enthält nur einen Teil der Eingriffe, tatsächlich werden es viel mehr sein. Die Zusammenstellung ist insofern zufällig, als sie lediglich die Fälle enthält, die uns zur Kenntnis gelangt sind und über die wir auch Unterlagen besitzen. **Die Zusammenstellung** von Autoren, Veranstaltungen, Maßnahmen und Begründungen **soll Tendenzen sichtbar machen**, wann, wo, gegenüber wem, von wem, wie und warum Beschränkungen und Verbote erlassen werden. Wir wollen damit zur Diskussion über die Beschränkung kultureller Arbeit beitragen, die betroffenen Kulturschaffenden unterstützen und uns mit ihnen gegen Bevormundung wehren.

Wann und wo wird behindert?

Diese begrenzte Zusammenstellung kann nicht Aufschluß geben, ob die Fälle kultureller Behinderungen zunehmen oder ob sie nur öffentlicher werden als noch vor einigen Jahren. Die Zufälligkeit läßt ebensowenig regionale Differenzierungen deutlich werden.

Wer wird behindert?

Unmittelbar betroffen sind einzelne Gruppen, die nicht durch langfristige Verträge im offiziellen Kulturbetrieb institutionell und finanziell abgesichert sind. Betroffen sind aber auch unbequeme Prominente wie z.B. Heinrich Böll, besonders wenn das augenblickliche politische Klima günstig ist, sie zu behindern.

Wer behindert?

Nahezu alle Kulturschaffenden sind angewiesen auf Veröffentlichungsmöglichkeiten im weitesten Sinne, Ausstellungsräume, Auftrittsmöglichkeiten, Sendezeiten. Museumsdirektoren, Galeristen, Volkshochschulleiter, Intendanten und Programmdirektoren, Verleger, Redakteure und Verwaltungsbeamte entscheiden, ob und wie Kulturprodukte zugänglich gemacht werden. Macht haben politisch und finanziell einflußreiche Gruppen - Parteien, Verbände, Firmen, Kirchen, nicht zu vergessen die Presseorgane - durch ihre Berichte, bzw. ihr Schweigen über die Vorgänge im Kulturgeschehen. Ein entscheidendes Wort in kulturellen Belangen sprechen immer wieder die Justizbehörden.

Wie wird behindert?

Die Maßnahmen lassen sich im wesentlichen in drei Gruppen zusammenfassen:

1. Die **Nichtveröffentlichung** oder **Veränderung** von Kulturprodukten z.B.: Der Hessische Rundfunk verhindert die Aufführung des Liedes "Schluß" von Hans Werner Henze, Text von dem griechischen Demokraten M.Katsaros in der Übersetzung von Hans Magnus Enzensberger. Die ARD streicht aus dem Film "Rote Fahnen sieht man besser" das Lied von Dieter Süverkrup.
2. Die **Verweigerung der finanziellen Unterstützung** für die Produzenten, Z.B.: Auf Druck der CDU sollen künftig keine öffentlichen Gelder mehr für die Ausstellungen von Staeck-Plakaten im Ausland zur Verfügung gestellt werden.
3. Die **Eingriffe von Justizorganen**, z.B. Beschlagnahme des Buches "1886 Haymarket" und Ermittlungsverfahren gegen Buchhändler.

Warum wird behindert?

Auffallend selten werden **künstlerische Mängel** als Begündung angeführt. Falls doch, wird dieses Kriterium nicht näher definiert - Einwände gegen ein Stück des Grips-Theaters: "Künstlerische Qualität nicht ausreichend", gegen die Sendung "Glashaus Fernsehen": "Qualitative Mängel". Künstlerische Einwände erscheinen meist wie ein vorgeschobenes Argument.

Die Maßnahmen beziehen sich in der Regel auf den **Inhalt** und werden auch so gerechtfertigt. Angeführt werden:

1. **Rechtliche Gründe**; Beleidigung, Falschung, Verunglimpfung von Verfassungsorganen, Aufforderung zu Gewalttaten, Verdacht auf Landfriedensbruch, Schutz der Personlichkeit Z B In Schwerte wird die „Revue zur Jugendarbeitslosigkeit" abgesetzt Begrundung Verstoß gegen § 90 StGB (Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Staatsorganen). Dagegen wird der Pornographieparagraph heute verhaltnismaßig selten herangezogen.
2. **"Politische Rücksichtnahme"** auf die gegenwartige offentliche Meinung, auf Ressentiments in der Bevolkerung, auf Parteiinteressen, auf politische und wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Staaten Z.B.: Die Leitung der Westdeutschen Kurzfilmtage Oberhausen unterbindet die Auffuhrung des tschechischen Films "Totengedenkfeier", nachdem die sowjetische Delegation gegen ihn protestiert hatte
3. **"Mangelnde Ausgewogenheit"**- Manipulation der offentlichen Meinung, tendenzios, familienfeindlich, systemfeindlich Z.B Der NDR-Verwaltungsrat mißbilligt die Freigabe der Sendereihe "Der Betriebsrat" und die Berichterstattung uber Brokdorf Die Sendungen wurden einseitig einer Interessengemeinschaft dienen
4. **„Linke Positionen"**: Forderung kommunistischer Bestrebungen, Sympathisant und Unterstutzer von Extremistengruppen, "Links-sozialistische Pornographie" Begrundung fur den Abriß von Staeck-Plakaten.

Die Begrundung fur die Maßnahme bezieht sich in einigen Fallen gar nicht mehr auf das Produkt selbst, sondern auf den Produzenten - der Bildhauer Manzu sei Kommunist - oder sogar auf die Person, der das Werk gewidmet ist: "Moses und Aron" wird nicht gesendet, da Jean Marie Straub diesen Film Holger Meins gewidmet hat

Ziel der Maßnahmen ist es, die freie Diskussion von engagierten, kritischen, ganz besonders aber linken Ideen und Positionen zu verhindern.

Wie wird Zensur geubt?

Zensur wird historisch und juristisch definiert als Vorzensur durch eine eigens dafur geschaffene Zensurinstanz Eine solche Zensur ist offiziell in der Bundesrepublik nicht gegeben:

GG, Art 5

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu außern und zu verbreiten und sich aus allgemein zuganglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewahrleistet EINE ZENSUR FINDET NICHT STATT

Die Entscheidung, was gefordert, was behindert und unterbunden wird, treffen die politisch einflußreichen Krafte z.T. unmittelbar, z.T. mittelbar durch Druck auf die "Macher" des Kulturbetriebs. "Kulturmacher" und Kulturschaffende passen sich oft sogar von vorneherein den - politisch definierten - Normen des Kulturbetriebs an und praktizieren damit Selbstzensur. So tragen sie auch selbst dazu bei, daß der Spielraum fur Meinungsaußerung und Diskussion immer enger wird.

"Der Rahmen der dem offentlichen Informationsbedurfnis dienenden Berichterstattung wird hier unverkennbar uberschritten"(Begrundung fur die Beschlagnahme des Buches: Bommi Baumann: "Wie alles anfing")

Solchen Beschränkungen gegenüber muß eine selbstbewußte Bevölkerung Wege finden, ihren Anspruch auf eigene Urteilsbildung durchzusetzen, und Kulturschaffende müssen Ebenen der Mitteilung und der Auseinandersetzung außerhalb des offiziellen Kulturbetriebs herstellen.

weitere vorkommnisse bitte senden an:

1. Film

Datum	Ort	Name, Veranstaltung	Art der Maßnahme	Begründung
1969/ 1974	Oberhausen	Westdt. Kurzfilmtage Film „Totengedenkfeier" „Hände weg von der KPD"	Beide Filme werden nicht augeführt. Der erste handelt von der CSSR-Krise 1968, der Zweite enthält eine Einblendung einer Anti-Breschnew-Demonstration.	Beide Filme beleidigen die sowjetisch Gäste, die mit Abreise drohen
1970	Hamburg NDR	„Rote Fahnen sieht man besser", Schübel/Gallehr	Aus dem Film werden zwei Songs von Dieter Süverkrüp geschnitten.	Der Film sei ein Lehrstück für tender Propaganda und Manipulation d. öff Meinung
1974	Hamburg NDR	„Aufsteigersaga" „Jubiläum" Schübel	Beide Filme werden, obwohl anders geplant, ins 3. Programm abgeschoben.	Der Film sei ein Lehrstück für tende Propaganda und Manipulation d. öff Meinung
1971–1976	Wuppertal	Berliner Filmgruppen zu „urbs 71"	Ein gedrehter Film wird zurückgewiesen, erhaltene Gelder müssen zurückgezahlt werden.	Mangelnde Ausgewogenheit
1976	Berlin (West)	„Die Erde ist unbewohnbar wie der Mond" R.W. Fassbinder nach Zwerenz	Die Filmförderungsanstalt des Bundes verweigert Zuschüsse für den Film	Dem Film wird Antisemitismus vorg
1976	Berlin (West)	Filmfestspiele „Im Reich der Sinne" Magisa Oshima	Die Staatsanwaltschaft Berlin beschlagnahmt die Kopie des Filmes	Verletzung des § 184 StGB (Pornog

2. Malerei, Bildhauerei, Happening, Ausstellungen

Datum	Ort	Veranstaltung	Art der Maßnahme	Begründung
1974	London	Deutsche Kulturwoche Klaus Staeck	Auf Druck der CDU/CSU sollen künftig Gelder für Staeck-Ausstellungen gestrichen werden	„Diffamierung, geschmacklose Verl Hetzplakate"
1976	Dusseldorf	„Nachbarschaft" Kunsthalle	Zwei Ratsherren erstatten Anzeige gegen Direktor wegen vom Künstler vorgesehenen Eierwurfs gegen Papstbild	Die Würde des Menschen sei nicht g
1976	Dusseldorf	„Nachbarschaft" Kunsthalle"	Ein Dia, auf dem die Einkommen eines Mannesmann-Arbeiters und des Mannesmann-Direktors Overbeck verglichen werden, wird zurückgezogen.	Verleumdung, Androhung einer Zi
1976	Herne	Schalterraum der Sparkasse	Teile einer Ausstellung von P. Voßmann sollen entfernt werden.	„Das ist keine Kunst, das ist Schwei (Hausinsp. Weißgerber)
1976	Bonn	Haus der parlamentarischen Gesellschaft	CDU/CSU-Abgeordnete reißen Staeck-Poster von der Wand	„Linkssozialistische Pornographie"
1977	Hagen	DGB-Ausstellung in der Bürgerhalle	CDU-Mitglied fordert Entfernung der Grafik „Chile ist auf dem Weg, kreditwürdig zu werden" Drohung mit rechtlichen Mitteln	Die Graphik sei geschmacklos und beleidigend
1977	Dortmund	Ausstellung im Stadttheater	Ausstellung realistischer Bilder wird vorzeitig aus dem Foyer entfernt	Besucher der „Meistersinger"-Soire nicht geschockt werden
1977	Bremen	Bemalung eines Bunkers mit der Aufschrift: „Liebe Herta, nie wieder Krieg"	nach Protest der Bevölkerung Übermalung	„Diese Entscheidung ist Diktatur" „Wir brauchen keine ständige Erm zum Frieden"
1977	Bochum	Ausstellung im Museum zu „Revierpark, Dü-Bo-Do etc."	Teil der Ausstellung „Endstation Altersheim" wird entfernt.	Protest der kath. Kirchengemeinde bochum, Trägerin des Altenheims St. Annastift
1977	Rheda	Ausstellung von Amnesty International	Kulturausschuß-Vors. Wietlake beanstandet Staeck- und ai-Plakate, die Menschenrechtsverletzungen im Iran anprangern.	Plakate könnten Wirtschaftsbezieh zum Iran stören.

3. Rundfunk, Fernsehen

Datum	Ort	Sendung	Art der Maßnahme	Begründung
1977	Hannover NDR	FS-Reihe „Der Betriebsrat" Brokdorf-Berichterstattung	Verwaltungsrat mißbilligt Freigabe der FS-Reihe und moniert Berichterstattung über Brokdorf-Demonstration	Verletzung des NDR-Staatsvertrage Einseitigkeit
1977	Köln/WDR	Ressort Kultur	Das Kultur-Ressort soll gestrichen werden und in anderen Ressorts aufgehen	Strukturreform
1977	Köln/WDR	„Glashaus"	Medienkritische Sendung über Verhältnis von Arbeitern zum Fernsehen wird aus dem Programm gestrichen	„Qualitative Mängel" „Erhebliche Bedenken"
1977	Köln/WDR	„Informationen aus dem Hinterland"	Film über Wallrafs Tätigkeit bei BILD wird nicht gesendet	„nicht aussagekraftig und ausreiche
1977	Frankfurt ARD	„Moses und Aaron" J.–M. Straub	Opernverfilmung wird mehrfach verschoben	Der Regisseur habe diesen Streifen Meins gewidmet
1977	Mainz/ZDF	„Der Tod der Camillo Torres" Oliver Storz	Dokumentarfilm über kolumbianischen Revolutionär und Expriester wird verschoben	Es könnten Parallelen zur Schleyer- gezogen werden
1977	Frankfurt HR	Konzert des HR und der Frankfurter Musikhochschule für ai	HR schneidet Lied „Schluß" von H.W. Henze (Text M. Katsaros, Ubers. Enzenberger)	„Im Zeichen der angespannten politisc sei das Lied nicht tragbar
1977	Munchen BR	„Die Konsequenz" W. Petersen/A. Ziegler	BR strahlt diesen Film nicht aus	Angeblich werden Vorurteile gegen Ho in der Bevölkerung gestärkt. Vorwurf der Pornographie

Humanistische Union

eine Bürgerrechtsorganisation für die Bundesrepublik und Westberlin

ORTSVERBAND DORTMUND AG KULTUR Ruckebierstr. 9

Angriff auf die Freiheit der Kunst

Zensierter Künstler – Bilder verärgert wie

Lehrlingstheater bangt um Existenz

Politische Bevormundung

CDU-Politiker verhindert Dichterlesung

Freiheit der Selbstzensur

Warum eine ausgezeichnete Inszenierung von Camus' „Die Gerechten" vom Spielplan verschwand

Maulkorb für

4. Literatur

Datum	Ort	Name/Buch	Art der Maßnahme	Begründung	Quelle
1972–1975	Berlin (West)	F.C. Delius „Unsere Siemens-Welt	Siemens prozessiert gegen Rotbuchverlag. Streitwert ist für Autor und Verlag zu hoch.	„Ziel dieser Literatur ist es, die in der BRD bestehende Ordnung umzustürzen"	Hanjo Kesting am 18.11.77 in NDR III/Rundfunk
1975	München	Bommi Baumann „Wie alles anfing" Trikont Verlag	Beschlagnahme des Buches Verfahren gegen Verlagsleitung	Verfahren wegen Billigung, Verherrlichung und Verharmlosung von Straftaten	Hanjo Kesting am 18.11.77 in NDR III/Rundfunk
1976	Köln	G. Wallraf	Ziesel, Vorsitzender der Deutschland-stiftung verklagt W. wegen Reportage über Gerlingkonzern	Verfahren wegen Dokumentenfälschung	Stern 19/76
1976	Baden-B.	Alfred Andersch „GG, Art. 3"	Sendung des Gedichts wird vom Programm-direktor verboten.	„Das Gedicht muß weg" (Dieter Stolte, damals Programmdirektor SWF/Rundf.	Stern 19/76
1976	München	„1886 Haymarket"	Beschlagnahme des Buches Verfahren gegen Buchhändler	Verfahren wegen Aufforderung zu Gewelttaten	Ruhrnachrichten 20.1.76
1976	Frankfurt	„Der Müll, die Stadt und der Tod" Zwerenz/Fassbinder	Suhrkamp-Verlag stoppt 3. Band des Buches	Vorwurf des Linksfaschismus und Antisemitismus	Ruhrnachrichten 27.3.76
1977	Gerlingen	Luise Rinser	Dicherlesung wird von VHS abgesagt	Angeblicher Bürgerprotest gegen „Terroristensympathisantin"	Ruhrnachrichten 1.10.77
1977	München	Heinrich Böll	Interview des BR wird abgesetzt.	Man wolle Böll keinen Ärger bereiten	Ruhrnachrichten 1.10.77
1977	Gradelau	Georg Büchner	Gedenkstätte vegetiert in Garage	Kein Geld für Ankauf des Geburtshauses	Stern 39/7
1977	Helmstedt	Verlagstransport	wird bei Fahrt von West-Berlin in die BRD beschlagnahmt	Verdacht auf Landfriedensbruch § 125 a, Verdacht auf Straftat §§ 88a, 126 StGB	Die Zeit 24.6.77
1977	Berlin	Peter O. Chotjewitz	Lesung i. d. Stadtbücherei Charlottenburg wird von CDU-Stadtrat Röseler untersagt	C. stehe der DKP nahe und habe sich anläßlich des Todes von Holger Meins kritisch geäußert	Westfälische Rundschau 24.11.77

5. Musik

Datum	Ort	Projekt	Art der Maßnahme	Begründung	Quelle
1977	Dmd/Bonn	Liederbuch für SPD-Genossen von 1848 – Gegenwart	Der Auftrag an K. H. Kammertöns wird vom SPD-Vorstand zurückgezogen	„Die neueren Lieder stammen vielfach aus kommunistischen Quellen"	Spiegel 28/77

6. Theater

	Ort	Name der Gruppe	Art der Maßnahme	Begründung	Quelle
1975	Berlin (West)	Grips-Theater	Auftrittsverbot in Steglitz, Charlottenburg, Wedding	Grips fördere kommunistische Bestrebungen	Tagesspiegel 20.8.76
1976	Dortmund	Lehrlingstheater	FDP-Ratsfraktion stellt Anfrage, ob Unterstützung durch VHS gerechtfertigt sei	FDP Ratsfraktion bezweifelt die Zuschußwürdigkeit wegen „kommunistischer Aktivitäten"	WAZ 10.3.77
1976	Berlin/ Unna	Grips-Theater	Klage des Grips-Theaters abgewiesen, M. Wisselmann (CDU) darf weiterbehaupten	Grips unterstütze Ziele der „Baader-Meinhof-Bande" und betreibe kommunistische Propaganda	Hellweg-Anzeiger 1.7.76
1976	Bonn	Rote Rübe, Berlin	Reisekostenzuschuß für Theaterfestival wird gestrichen	Öffentliche Mittel werden nicht für kritische Äußerungen gegen andere Staaten verwendet	Stern 19/76
1977	Stuttgart	Kammertheater	„Bambule", U. Meinhofs Stück über Erziehungsheim für Mädchen, wird abgesetzt	Nach Ermordung von Buback sei keine sachliche Auseinandersetzung möglich	Ruhr-Nachrichten 4.5.77
1977	Hamburg	Jugendtheater KLECKS	Senat streicht Zuschuß für Gripsstück „Das hälste ja im Kopf nicht aus"	„Künstlerische Qualität nicht ausreichend" „Inhalt und Tendenz seien nicht hilfreich, Schulern den Weg ins Berufsleben zu erleichtern"	Bühnengenossenschaft 6–7/77
1977	Stuttgart	C. Peymann, Schauspiel-direktor	Rüge des Verwaltungsrats, Vertrag wird nicht verlängert	P. habe zur Finanzierung von Zahnersatz für Stammheimer BM-Häftlinge aufgerufen	Ruhr-Nachrichten 22.9.77
1977	Schwerte	Jugendtheater VHS Schwerte	Revue zur Jugendarbeitslosigkeit wird abgesetzt. Staatsanwalt eröffnet Verfahren.	Verstoß gegen § 90 StGB. (Verunglimpfung von Verfassungsorganen)	Ruhr-Nachrichten 17.9.1977
1977	Städt. Bühnen/ Münster	Schauspielhaus	Uraufführung „König Hohn" von Frank Jeerks wird abgesetzt.	Nach Schleyer-Entführung könne Argumentation falsch verstanden werden (Inhalt: Auseinandersetzung: militante Anarchisten/ Industriellenfamilie)	Frankfurter Rundschau 26.9.77
1977	Oldenburg	Staatstheater	„Die Gerechten" von Albert Camus wird nach 3 Aufführungen abgesetzt.	Offiziell „Aus Respekt vor den Opfern des Terrors"	Frankfurter Rundschau 20.9.77
1977	Freiburg	Rote Grütze	„Was heißt hier Liebe" darf im städtischen Haus der Jugend nicht aufgeführt werden, daraufhin verweigert evgl. Kirchengemeinde ebenfalls den Saal.	Das Stück sei „obszön, familienfeindlich, systemfeindlich"	Badische Zeitung 30.9.77
1977	Würzburg	Stadttheater	„Die verlorene Ehre der Katharina Blum" von H. Böll wird vorläufig vom Spielplan abgesetzt	Intendant Joachim von Gröling: „Das Stück soll in ruhigerer Atmosphäre nachgeholt werden". Jetzt befürchte er „Fehlinterpretation . . . und Vorurteile gegenüber dem Autor".	Die Zeit 28.10.77
1977	Hamburg	Illustrationstheater	„Hay Society" (Revue) wird vom Straßentheater und Pantomimentreffen ausgeladen	„Auf politisches Straßentheater mit agitatorischer Arbeit wurde bewußt verzichtet". (Städt. Veranstaltungsmagazin ‚ultimo')	Die Tat 5.8.77
1977	Wiesbaden	Hessisches Staatstheater	CDU fordert fristlose Kündigung von Intendant Peter Ebert	Der örtl. CDU, dem SPD-Kulturdezernenten und der örtl. Presse passen linke Stücke und Mitspracherecht des Ensembles nicht	Frankfurter Rundschau 22.9.77

7. Kurioses

Datum	Ort	Art der Maßnahme	Begründung	Quelle
1976	Bonn Hardthöhe	Einem Angestellten des Verteidigungsministeriums wird verboten, die Marseillaise und die Internationale zu pfeifen	Das sei Kommunismus und Beleidigung der Bundeswehr	Stern 17/76

Hohe Geldstrafen gegen Kulturschaffende verhängt!

Ein Tabu

WDR lehnt den Wallraff-Film ab

Volkshochschule sollte eine Satzung erhalten

Präventive Selbstzensur:

Anfrage zum Le

Rinser und Böll ‚abgesetzt'

Offener Brief an WDR-Intendan

Besorgnis über Rundfunkfreiheit'

Diskussion über Freiheit der Kunst

DAS HÄLTSTE JA IM KOPF NICHT AUS

Berufsverbot

Falsche Töne im Ministerium

Was die Deutschen nicht sehen durften:

Böll in Würzburg abgesetzt

Loses Machwerk oder pädagogischer Glücksfall?

"Reform" im Strafprozeß

Von Detlev Haritz

Die zweite Sitzungsperiode des Russell-Tribunals Anfang Januar 1979 in Köln untersucht u.a. die Rechte der Strafverteidigung in der BRD. Das Tribunal wird danach fragen, ob die "Waffengleichheit" vor Gericht, das faire Verfahren und die Subjektposition des Angeklagten gesichert sind oder nicht. Detlef Haritz, Mitglied des Sekretariats des Russell-Tribunals, stellt in diesem Beitrag die wichtigsten Bestimmungen und Änderungen in der Strafprozeßordnung vor und erläutert diese.

Relativ unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hat der Bundestag in den letzten 5 Jahren sechs Novellierungen des Strafverfahrensrechts vorgenommen. Geändert oder neu beschlossen wurden vor allem Bestimmungen der StPO (Strafprozeßordnung), aber auch anderer prozessual relevanter Gesetze. Die Strafgesetze selbst wurden seit der großen Strafrechtsreform von 1975, in der die Terrorismusbekämpfung noch keine Rolle spielte, dagegen kaum geändert; Ausnahmen sind die bekannten § 88a StGB, verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten und § 129a StGB, Bildung terroristischer Vereinigungen.

Einschneidende "Reformen" – wie es so schön heißt – lassen sich also im Strafprozeß finden, in einer Materie, die für den Außenstehenden und den Nichtjuristen schwer durchschaubar ist. Und gerade die Undurchsichtigkeit der Materie macht es der Regierung wie der Opposition leicht, den eklatanten Umbruch der Rechte des Angeklagten auf einen fairen Prozeß zu Rechten des Staatsschutzes zu verschleiern.

Im folgenden werden einige Gesetzestexte dokumentiert und kurz kommentiert, anhand derer die Umwandlung des Strafprozeßrechts von einem Recht, in dem Verteidigung und Anklage sich in etwa ausgewogen gegenüberstanden, zu einem Rechtssystem, in dem sich die Angeklagten kaum noch verteidigen können, deutlich wird.

§ 146. (Gemeinschaftlicher Verteidiger) Die Verteidingung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger ist unzulässig.

Diese neue Vorschrift hört sich recht harmlos an. Nach offiziellen Angaben soll durch sie vermieden werden, daß ein Anwalt in einem Prozeß mehrere Angeklagte mit divergierenden Interessen vertritt. In der Realität aber richtet sich diese Norm gegen die kollektiv-arbeitsteilige Verteidigung. Während es früher möglich war, daß eine Anzahl von Anwälten alle Angeklagten eines Prozesses gemeinsam vertraten, sich arbeitsteilig und als Kollektiv in die Materie einarbeiteten, ist heute ein Anwalt für nur einen Angeklagten da.

Andere Beschuldigte in demselben Verfahren oder Beschuldigte in ähnlich gelagerten Prozessen darf dieser Anwalt nicht mehr vertreten. Das bedeutet, wer als Verteidiger in einem RAF-Verfahren aufgetreten ist, darf dies nicht wieder in einem anderen Verfahren tun, in dem auch nur entfernt über die RAF-Zugehörigkeit verhandelt wird. Das ungeheure Aktenstudium, das in Großverfahren mit politischem Hintergrund notwendig ist, kann so nur einmal und nie wieder von einem Anwalt verwertet werden. Auf der Seite der Staatsanwaltschaft dagegen hat sich eine Gruppe von Spezialisten herausgebildet, die ihr Wissen immer wieder neu in die verschiedenen Verfahren einbringen können. Die Waffengleichheit – ein traditionelles Prinzip des Prozeßrechts – ist so auf der Ebene der Arbeitsbelastung durchbrochen.

§ 146 StPO erschwert es Angeklagten zudem, in Verfahren mit politischem Hintergrund engagierte Verteidiger zu finden. Denn diese sind meist in derartigen Verfahren bereits aufgetreten. So müssen die Angeklagten oft auf noch unerfahrene junge Anwälte zurückgreifen, denen trotz aller Bemühungen die in politischen Großverfahren notwendige Routine fehlt, um die Verteidigung wirklich effektiv zu gestalten.

§ 138a. (Ausschluß des Verteidigers) (1) Ein Verteidiger ist von der Mitwirkung in einem Verfahren auszuschließen, wenn er dringend oder in einem die Eröffnung des Hauptverfahrens rechtfertigenden Grade verdächtig ist, daß er

1. an der Tat, die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt ist,

2. den Verkehr mit dem nicht auf freiem Fuß befindlichen Beschuldigten dazu mißbraucht, Straftaten zu begehen oder die Sicherheit einer Vollzugsanstalt erheblich zu gefährden, oder

3. eine Handlung begangen hat, die für den Fall der Verurteilung des Beschuldigten Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei wäre.

(2) Von der Mitwirkung in einem Verfahren, das eine Straftat nach § 129a des Strafgesetzbuches zum Gegenstand hat, ist ein Verteidiger auch auszuschließen, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, daß er eine der in Absatz 1 Nr. 1 und 2 bezeichneten Handlungen begangen hat oder begeht.

§ 138b. (Ausschluß wegen Gefährdung der Staatssicherheit) Von der Mitwirkung in einem Verfahren, das eine der in § 74a Abs. 1 Nr. 3, § 120 Abs. 1 Nr. 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes genannten Straftaten oder die Nichterfüllung der Pflichten nach § 138 des Strafgesetzbuches hinsichtlich der Straftaten des Landesverrates oder einer Gefährdung der äußeren Sicherheit nach den §§ 94 bis 96, 97a, 100 des Strafgesetzbuches zum Gegenstand hat, ist ein Verteidiger auch dann auszuschließen, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen die Annahme begründet ist, daß seine Mitwirkung eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland herbeiführen würde. § 138a Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 gilt entsprechend.

Während § 138a I StPO wenigstens noch einen dringenden Verdacht vorschreibt, um einen Verteidiger ausschließen zu dürfen, ist die Verdachtsschwelle bei Terroristenprozessen, § 129a StGB, ungemein geringer: bestimmte Tatsachen genügen. Dringender Verdacht bedeutet, daß er hinreichend ist, gegen den Anwalt auch ein Strafverfahren durchzuführen. 'Bestimmte Tatsachen' dagegen ist ein schwammiger Begriff. Denn wann ist eine Tatsache bestimmt? Nach herrschender Auffassung reicht es aus, daß eine Tatsache vom Gericht in freier Beweiswürdigung zu einer bestimmten erklärt wird – und schon ist der Verteidiger ausgeschlossen. Damit ist relativ willkürlichen Entscheidungen Tür und Tor geöffnet. Handlungen und Tatsachen, die nie und nimmer strafrechtlich zu ahnden sind, können dennoch zu bestimmten gemäß § 138a II StPO hochstilisiert werden. Über den Verteidigern schwebt so ständig das Damoklesschwert des Ausschlusses – der Anwaltschaft insgesamt ist das institutionalisierte Mißtrauen erklärt. Der Angeklagte kann relativ leicht seines rechtlichen Beistands beraubt werden. Einen neuen Verteidiger zu finden, wird aber sehr schwer sein, denn der oben genannte § 146 StPO hindert andere engagierte Verteidiger oft, in die Bresche zu springen. Hinzu kommt, daß ein neuer Anwalt sich erst einarbeiten muß, und dies ist bei der Tonnenschwere des Aktenmaterials bei politischen Verfahren in kurzer Zeit kaum möglich.

§ 231a. (Abwesenheit des Angeklagten wegen Herbeiführung der Verhandlungsunfähigkeit) (1) Hat sich der Angeklagte vorsätzlich und schuldhaft in einen seine Verhandlungsfähigkeit ausschließenden Zustand versetzt und verhindert er dadurch wissentlich die ordnungsgemäßige Durchführung oder Fortsetzung der Hauptverhandlung in seiner Gegenwart, so wird die Hauptverhandlung, wenn er noch nicht über die Anklage vernommen war, in seiner Abwesenheit durchgeführt oder fortgesetzt, soweit das Gericht seine Anwesenheit nicht für unerläßlich hält ...

(2) Sobald der Angeklagte wieder verhandlungsfähig ist, hat ihn der Vorsitzende, solange mit der Verkündung des Urteils noch nicht begonnen worden ist, von dem wesentlichen Inhalt dessen zu unterrichten, was in seiner Abwesenheit verhandelt worden ist.

(3) Die Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten nach Absatz 1 beschließt das Gericht nach Anhörung eines Arztes als Sachverständigen. Der Beschluß kann bereits vor Beginn der Hauptverhandlung gefaßt werden ...

(4) Dem Angeklagten, der keinen Verteidiger hat, ist ein Verteidiger zu bestellen, sobald eine Verhandlung ohne den Angeklagten nach Absatz 1 in Betracht kommt.

§ 231b. (Abwesenheit des Angeklagten wegen ordnungswidrigen Benehmens) (1) Wird der Angeklagte wegen ordnungswidrigen Benehmens aus dem Sitzungszimmer entfernt oder zur Haft abgeführt (§ 177 des Gerichtsverfassungsgesetzes), so kann in seiner Abwesenheit verhandelt werden, wenn das Gericht seine fernere Anwesenheit nicht für unerläßlich hält und solange zu befürchten ist, daß die Anwesenheit des Angeklagten den Ablauf der Hauptverhandlung in schwerwiegender Weise beeinträchtigen würde. Dem Angeklagten ist in jedem Fall Gelegenheit zu geben, sich zur Anklage zu äußern.

(2) Sobald der Angeklagte wieder vorgelassen ist, ist nach § 231a Abs. 2 zu verfahren.

Früher galt der Grundsatz, gegen einen ausgebliebenen Angeklagten findet eine Hauptverhandlung nicht statt. Hinter dieser Bestimmung stand der Gedanke, daß Menschen, die sich vor Gericht wegen einer ihnen zur Last gelegten Straftag verantworten müssen, entgegen mittelalterlichen Inquisitionspraktiken nicht als zu verurteilende Objekte, sondern als handelnde Subjekte mit Menschenwürde anzusehen sind.

§§ 231a und b StPO stellen diesen Grundsatz jedoch auf den Kopf. Die §§ nehmen den Angeklagten die Möglichkeit und damit das Recht, sich selbst sachgemäß und umfassen über den Verlauf des Prozesses zu informieren und damit auch verteidi-

Linke Anwälte protestieren vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe

gen zu können. Denn verteidigen können muß sich der Angeklagte selbst, sein Anwalt unterstützt ihn dabei nur.

§ 148. (Verkehr mit dem Beschuldigten) (1) Dem Beschuldigten ist, auch wenn er sich nicht auf freiem Fuß befindet, schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Verteidiger gestattet.
(2) Befindet sich der Beschuldigte nicht auf freiem Fuß und ist Gegenstand der Untersuchung eine Straftat nach § 129a des Strafgesetzbuches, so sind Schriftstücke und andere Gegenstände zurückzuweisen, sofern sich der Absender nicht damit einverstanden erklärt, daß sie zunächst einem Richter vorgelegt werden. Das gleiche gilt unter den Voraussetzungen des Satzes 1 für den schriftlichen Verkehr zwischen dem Beschuldigten und einem Verteidiger in einem anderen gesetzlich geordneten Verfahren. Ist der schriftliche Verkehr nach Satz 1 oder 2 zu überwachen, so sind für das Gespräch zwischen dem Beschuldigten und dem Verteidiger Vorrichtungen vorzusehen, die die Übergabe von Schriftstücken und anderen Gegenständen ausschließen.

Die Überwachung des Schriftverkehrs zwischen Anwalt und Mandant, der einer terroristischen Vereinigung zugerechnet wird, behindert die Prozeßvorbereitung erheblich. Denn die Sorge – ob real begründet oder nicht –, prozeßtaktische Überlegungen könnten frühzeitig bekannt werden, kann dazu führen, solche Überlegungen nicht mehr schriftlich anzustellen. Mündlich dagegen ist eine gemeinsame Prozeßvorbereitung von Angeklagtem und Verteidiger auch kaum noch möglich. Die Trennscheibe verhindert ein gemeinsames Aktenstudium. Jedes Blatt Papier muß einzeln gegen die Scheibe gehalten werden oder vorgelesen werden. Mühselig quält man sich so durch die Aktenberge. Die Kommunikation wird durch die Glasscheibe sehr anstrengend, man ermüdet sehr schnell – von einer sinnvollen Prozeßvorbereitung, die den Angeklagten in die Lage versetzt, als Subjekt im Verfahren zu agieren, kann kaum noch die Rede sein.

Die wohl schwerwiegendste Beeinträchtigung der Verteidigungsrechte seit 1975 ist in der Neuformulierung des § 245 StPO enthalten. Während bislang die Beweisaufnahme »auf die sämtlichen vorgeladenen und auch erschienenen Zeugen und Sachverständigen sowie auf die anderen herbeigeschafften Beweismittel zu erstrecken« war, hat § 245 durch das neue Gesetz folgende Fassung erhalten:

§ 245 (1) Die Beweisaufnahme ist auf alle vom Gericht vorgeladenen und auch erschienenen Zeugen und Sachverständigen sowie auf die sonstigen, nach § 214 Abs. 4 vom Gericht oder der Staatsanwaltschaft herbeigeschafften Beweismittel zu erstrecken; es sei denn, daß die Beweiserhebung unzulässig ist. Von der Erhebung einzelner Beweise kann abgesehen werden, wenn die Staatsanwaltschaft, der Verteidiger und der Angeklagte damit einverstanden sind.
(2) Zu einer Erstreckung der Beweisaufnahme auf die vom Angeklagten oder der Staatsanwaltschaft vorgeladenen und auch erschienenen Zeugen und Sachverständigen sowie auf die sonstigen herbeigeschafften Beweismittel ist das Gericht nur verpflichtet, wenn ein Beweisantrag gestellt wird. Der Antrag ist abzulehnen, wenn die Beweiserhebung unzulässig ist. Im übrigen darf er nur abgelehnt werden, wenn die Tatsache, die bewiesen werden soll, schon erwiesen oder offenkundig ist, wenn zwischen ihr und dem Gegenstand der Urteilsfindung kein Zusammenhang besteht, wenn das Beweismaterial völlig ungeeignet ist oder wenn der Antrag zum Zwecke der Prozeßverschleppung gestellt ist.

Damit ist das System des Beweisrechts umgestoßen. Der neue § 245 StPO nimmt der Verteidigung das Recht, die Vernehmung von ihr geladener Zeugen und Sachverständigen zu erzwingen. Nur noch die von der Staatsanwaltschaft präsentierten Beweismittel müssen berücksichtigt werden. Die Verteidigung muß dagegen jedesmal einen Beweisantrag stellen, der mehr einer Bitte ähnelt, da er aus den genannten Gründen abgelehnt werden kann. Besonders erschreckend sind dabei die Gründe Prozeßverschleppung und die Behauptung, zwischen dem Beweismittel und der Urteilsfindung bestehe kein Zusammenhang. Wie kann man dies feststellen, ohne die Beweismittel vorher zu würdigen, die Zeugen zu hören? Durch reine Intuition wohl kaum. Vielmehr werden massive, ideologisch begründete Vorentscheidungen darüber, was relevant für die Urteilsfindung ist, getroffen werden können.

Neben den hier benannten Neuerungen im Strafprozeßrecht tangieren etwa 25 weitere neu eingeführte oder geänderte Paragraphen die Rechte der Verteidigung, das heißt die Rechte des Angeklagten auf seine Verteidigung, auf ein faires Verfahren. Besonders bekannt dürfte das Kontaktsperregesetz sein, das hier auch deshalb nicht noch einmal dokumentiert wird.

Ein listiger Trick?

Hanfried Scherer zum GEW-Zusammenschluß

Der vor zwei Jahren rausgeschmissene Landesverband Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kehrt in den Dachverband zurück. Anfang Dezember haben die Delegiertenversammlungen der beiden Westberliner Lehrergewerkschaften (GEW Berlin und GEW im DGB) den Beschluß zur Fusion gefaßt. Voraussetzung dafür war eine Übereinkunft, die die Verhandlungskommissionen der GEW Berlin und des GEW-Bundesvorstandes getroffen hatten.

Mit dem Beschluß zur Fusion hat ein Konflikt ein vorläufiges Ende gefunden, bei dem es auch um die unterschiedlichen Vorstellungen von linker Gewerkschaftspolitik ging.

Begonnen hatte es damit, daß die Gewerkschaftstage der Bundes-GEW 1974 und 1975 einige markante Änderungen an der Bundessatzung vornahmen: So wurden, unter dem Stichwort Zentralisierung, den bis dahin relativ autonomen GEW-Landesverbänden einige Rechte genommen: z.B. sollte jeder GEWler nicht mehr Mitglied im Landesverband sein, sondern nur noch in der Bundes-GEW. Die Bundessatzung erhielt Vorrang vor Landessatzungen. Zudem wurden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse Satzungspartikel (wobei nur der Hauptvorstand das Recht zum Ausschluß erhielt).

Zwar hatten die Westberliner im September 1975 – wie nach und nach auch die anderen GEW-Landesverbände – die Bundessatzung als vorrangiges Statut übernommen. Doch im Frühjahr 1976 stellte ein Gericht fest: Da die Übernahme der Bundessatzung einer Auflösung der bisherigen GEW-Berlin gleichkomme, wäre dazu eine Dreiviertel- statt einer Zweidrittel-Mehrheit notwendig gewesen.

In dem nun folgenden Konflikt schloß der GEW-Bundesvorstand die Westberliner GEW aus, weil auf deren Landesvertreterversammlung keine 75-Prozent-Mehrheit zur Auflösung zustande gekommen war. Zugleich gründete die GEW-Spitze eine neue Westberliner GEW, die GEW im DGB.

Im November 1976 boten die Westberliner GEW-Landesdelegierten einen Kompromiß an, der aber vom Hauptvorstand nicht akzeptiert wurde: Sie übernahmen die Bundessatzung (einschließlich der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die aber dann nicht angewendet wurden). Allerdings behielten sie sich einige Autonomierechte vor: z.B. das Recht auf eigene Organbestellung; das Recht auf eigenständige Beitrags- und Vermögensverwaltung; der Status der Doppelmitgliedschaft (Westberliner GEWler sollten danach Mitglied sowohl in der Bundes- als auch in der Landes-GEW sein – was Ausschlüsse erschweren soll).
Im Februar 1977 kam es zur Spaltung, als knapp die Hälfte der GEW-Landesdelegierten gegen die vom Landesvorstand beantragte Auflösung der GEW Berlin stimmte. Daraufhin traten etliche Delegierte und zahlreiche Mitglieder in die neue GEW im DGB über. Sie sahen in der alten GEW Berlin keine Chance mehr zu weiterer gewerkschaftlicher Arbeit. (Über das Für und Wider dieser Auseinandersetzungen siehe "links" Nr. 82, 86, 87).

Rechnung ging nicht auf

Obzwar der Bundesvorstand die GEW Berlin erfolgreich gespalten hatte, ging seine Rechnung dennoch nicht auf. Und dies aus mehrerlei Gründen:

- Bereits Ende 1976 hatte der GEW-Bundesvorsitzende Erich Frister in einem Rundfunk-Interview die Hoffnung geäußert, daß die rausgesetzte GEW nach und nach ausbluten werde. Tatsächlich trat auch 1977 ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder in die GEW im DGB über. Doch konnte die alte GEW ihren Mitgliederstand im drauffolgenden Jahr einigermaßen stabilisieren. Mit 8.000 Mitgliedern, davon über 5.000 Lehrern, blieb sie der stärkere Verband. "Der von der Bundes-GEW neugegründete Landesverband brachte es nur auf etwa 4.500 Mitglieder" (so die Agentur Reuter).
- Bei den Wahlen für die Westberliner Bezirks-Personalräte der Lehrer und Erzieher erhielt die alte GEW 45 Sitze, die neue dagegen 36.
- Wohl gab es an manchen Schulen zwischen den Betriebsgruppen beider GEWs Spannungen. Doch arbeiteten sie an etlichen anderen Schulen zusammen.
- Obzwar die Basis-Aktivitäten der Mitglieder in der alten GEW recht unterschiedlich waren (hierzu Helmut Horsts Beitrag im Info Arbeitsfeld Schule Nr. 33), konnte sich die rausgesetzte Lehrergewerkschaft neue Tätigkeitsfelder erschließen: Im Sommer 1977 bildete sich innerhalb der GEW eine autonome Fraueninitiative. Landesvorstand und etliche Mitglieder unterstützten Bürgerinitiativen, aber auch das Russell-Tribunal.
- Die alte GEW wurde gegenüber anderen DGB-Gewerkschaften keineswegs völlig isoliert. An den von ihr veranstalteten Mai-Demonstrationen 1977 und 1978 nahmen viele andere Kollegen aus anderen Gewerkschaften teil.
- Die GEW Berlin ist der größte Lehrerverband Westberlins geblieben. Sie muß von der Schulverwaltung wie auch von der reaktionären Westberliner DGB-Spitze ernst genommen werden.

Die GEW Berlin hat also in den zwei Jahren seit ihrem Rausschmiß bewiesen, daß gewerkschaftliche Arbeit außerhalb der Einheitsgewerkschaft möglich sein kann – ganz gleich, ob dies für gut zu befinden ist oder nicht.

Neuer Konflikt

An dieser Frage – nämlich wann und wie eine Wiedervereinigung beider Westberliner Lehrergewerkschaften sich vollziehen könne – entstanden in der rausgeschmissenen GEW Im großen und ganzen akzeptierte – so das Verhandlungsergebnis – die GEW-Bund die Forderungen, wie sie die Westberliner GEW, damals noch nicht gespalten, in ihrem Kompromißangebot vom November 1976 formuliert hatte. Das hieß: Beibehaltung der geforderten Autonomierechte, insbesondere die Doppelmitgliedschaft in GEW-Bund und GEW-Berlin; aber auch: Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse (UVB).
Hierzu hatten die Westberliner dem GEW-Bundesvorstand eine Willenserklärung abgerungen, wonach bei Ausschlüssen im Rahmen der UVB Stellungnahmen der GEW-Berlin "in das Prüfungsverfahren einzubeziehen und in jedem Einzelfall bei seiner Entscheidungsfindung zu berücksichtigen sind". Allerdings bleibt die Formulierung, Stellungnahmen der GEW-Berlin seien zu "berücksichtigen", recht vage, bietet zumindest Anstöße zu neuen Konflikten bzw. juristischen Auseinandersetzungen.
Bis zum Herbst 1978 hatten sich zwei wesentliche Positionen herauskristallisiert, die sich am Verhandlungsergebnis vom September festmachten und die sich in zwei Diskussionspapieren niederschlugen:

- Die Minderheits-Position äußerte sich zwar nicht offen gegen einen Wiedereintritt in den DGB, deutete aber die Frage an, ob denn eine Fusion überhaupt wünschenswert sei – jedenfalls zum jetzigen Zeitpunkt. "Zwei Jahre haben wir ... die GEW-Berlin zusammengehalten, wir haben ... gute gemeinsame Arbeit geleistet, was wir in einer schwächeren Position vor zwei Jahren für unverzichtbar hielten" (Auszug aus dem Positionspapier).
- Die Mehrheits-Fraktion, darunter fast der gesamte Landesvorstand, konnte einige der Gefahren, die mit dem Wiedereintritt verbunden sind (z.B. die Möglichkeit von bestimmten Eingriffen), nicht völlig von der Hand weisen. Sie hatte aber einige gewichtige Argumente gegen die Minderheits-Fraktion parat:
- Der Bundesvorstand werde gewiß keine weitergehenden Verhandlungen um die Unvereinbarkeitsbeschlüsse führen, da die GEW Berlin in ihrem November-Kompromiß von 1976 die UVB bereits übernommen habe.
- Würde das vorliegende Verhandlungsergebnis, das immerhin optimal sei, nicht angenommen, so sei eine Fusion vorerst nicht möglich.
- Auf jeden Fall aber würde dann ein Teil der Mitglieder in die GEW im DGB übertreten, da sie langfristig nicht außerhalb des DGB arbeiten wollten.
- Eine unabhängige linke Lehrergewerkschaft hätte kaum Chancen, außerhalb Westberlins eigene Landesverbände aufzuziehen. Auch die Zusammenarbeit mit anderen GEW-Verbänden würde sich nur schwer gestalten.
- Insbesondere dürfte aber die Zusammenarbeit zwischen den Schulgruppen beider Westberliner GEWs erschwert werden.

Noch im Oktober hatten sich die Fronten so verhärtet, daß eine Spaltung – so oder so – unausweichlich schien. Unklar blieb jedenfalls lange Zeit, ob die notwendige Zweidrittel-Mehrheit zur Übernahme des Verhandlungsergebnisses in die Landessatzung zustande kommen würde. Die kam dann doch zustande, weil eine Gruppe Delegierter aus der Minderheits-Fraktion dem Verhandlungsergebnis schließlich zustimmte. Offenbar deshalb, weil fast der gesamte Landesvorstand und die Hälfte der Fachgruppen- und Bezirksvorsitzenden für den Fall der Nichtannahme den Rücktritt angedroht hatten.

Fallen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse?

Betrachtet man den Ablauf der Auseinandersetzungen in und um die GEW-Berlin, so müssen noch einige offen bleibende Fragen diskutiert werden:

- In der Tat ging es während der internen GEW-Auseinandersetzungen um die Fusion auch darum, ob Gewerkschaften außerhalb des DGB möglich sind. Daß eine solche linke Gewerkschaft isoliert gegenüber anderen Gewerkschaften sein würde (wie immer man auch ihre Kampfbereitschaft einschätzen würde), hat die Mehrheitsfraktion m.E. überzeugend dargelegt.
- Andererseits: für eine Reihe von Bürgerinitiativen wie auch für etliche nicht traditionell organisierte Linke bot die GEW Berlin, die ja ihren Aktionsradius erweitert hatte, eine Orientierung.
- Daß der GEW-Bundesvorstand schließlich auf das Kompromißangebot eingeschwenkt ist, sollte keineswegs nur als listiger Trick des Bundesvorsitzenden Erich Frister gesehen werden, mit dem die Linken in der GEW an die Leine genommen werden sollen. Tatsächlich konnte es sich die GEW-Bundesspitze auf die Dauer nicht leisten, mehrere tausend Lehrer außen vor zu lassen.

Schließlich war auch nicht sicher, ob das Landgericht Frankfurt den Rausschmiß der GEW-Berlin abgesegnet hätte.

- Das ist das Dilemma der Fusion: Zwar vermeidet die GEW-Berlin eine mögliche Isolierung gewerkschaftlicher Arbeit; andererseits ist sie, was z.B. Arbeitskämpfe wie Streiks betrifft, wiederum vom letzten Wort des Hauptvorstandes abhängig.
- Auch die Fusion selbst wird sicher nicht völlig reibungslos ablaufen. Politisches Gerangel könnte es z.B. bei der Wahl der Delegierten für die vereinigte Landesvertreterversammlung geben. Offiziell soll zwar die frühere Mitgliedschaft in der GEW im DGB und in der GEW-Berlin keine Rolle spielen. Doch ganz sicher werden die Wähler darauf achten, wer in den jahrelangen Konflikten wem angehört hat und wer welche gewerkschaftliche Position vertreten hat.
- Die Lebensfähigkeit und die Aktionsbereitschaft des fusionierten Verbandes wird nicht zuletzt vom Verhalten der SEW-Mitglieder und -Anhänger abhängen; hatte doch diese Richtung die meisten Vorbehalte gegen die alte GEW.
- Die Chancen, daß die UVB beim nächsten Gewerkschaftstag zu Fall gebracht werden können, sind nach der Fusion eher gestiegen, sofern die "linken" GEW-Landesverbände Berlin, Bayern, Hessen, Hamburg zu einer entsprechenden Strategie finden.

Auf jeden Fall wären die Chancen einer GEW-Berlin, außerhalb des DGB gegen die UVB anzukämpfen, erheblich geringer.

Jugendhilfetag 1978

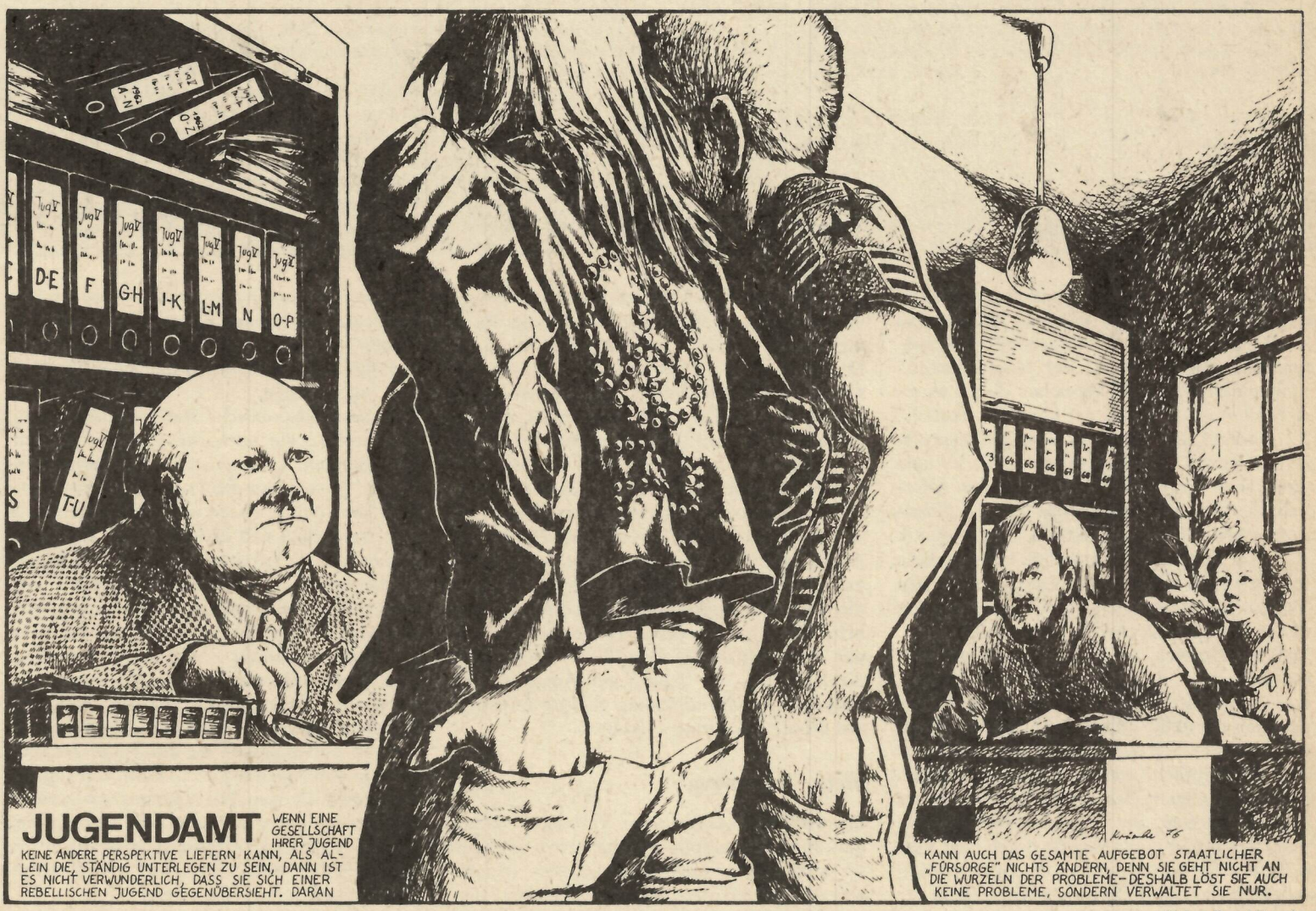
"Wir müssen uns schon selber helfen"

Von Roland Roth

Seit der Jugendhilfetag von 1970 in Nürnberg als Forum der oppositionellen Jugendkultur und kritischer Ansätze in der Sozialarbeit genutzt wurde, scheuten die traditionellen Jugendverbände und die Sozialbürokartie vor einer weiteren öffentlichen Großveranstaltung zurück. Der Jugendhilfetag von 1974 wurde kurzerhand abgesetzt, und die oppositionellen Gruppierungen im Jugendbereich veranstalteten ihr eigenes Jugendpolitisches Forum. Erst im vergangenen Jahr schien den offiziellen Trägern der Jugendpolitik der Boden nicht mehr so heiß, drängten andererseits die Alltagsprobleme im Jugendbereich so stark, daß man einen Jugendhilfetag riskierte.

In einer der Kölner Messehallen – sonst Drehscheibe des kapitalistischen Warenmarkts – drängten sich Anfang November drei Tage lang mehrere tausend Besucher um mehr als 150 Stände und Kojen. Der "Markt der Jugendhilfe" – so die offizielle Bezeichnung – war jedoch weniger als zuvor befürchtet eine Masse von Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, die mit Rennomierständen um Anteile an staatlichen Fördermitteln bzw. deren Rechtfertigung ringen. Einige der unter dem Dach der "Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe" (AGJ) – der Veranstalter der Jugendhilfetage – zusammengefaßten Großverbände (wie z.B. der Caritas-Verband) waren erst gar nicht erschienen, andere traditionelle Verbände fielen mit ihren teuren Metallständen vom besten Messeausstatter aus dem Rahmen.

Geprägt wurde das sehr lebendige Bild dieses Marktplatzes vielmehr von Jugendlichen aus Jugendzentrumsinitiativen, Selbsthilfegruppen und fortschrittlichen Ansätzen in Jugendverbänden und politischen Jugendgruppen. Schließlich war er ein Treffpunkt der kritischen Sozialarbeiter aus allen möglichen Zusammenhängen. Der Publikumsandrang war so groß, daß kaum alle Informations- und Kontaktbedürfnisse zwischen den Projekten untereinander und den Besuchern befriedigt werden konnten. In der Mitte der Halle war ein Forum eingerichtet worden, das Liedermachern, Theatergruppen und anderen Aktionen zur Verfügung stand und reichlich genutzt wurde. In mehreren Medienzelten flimmerten Produktionen aus den verschiedenen Projekten über den Bildschirm. Viel Trubel also. Die Veranstalter und wohl auch ein Großteil der Besucher werteten diesen Teil des Jugendhilfetags sehr positiv. Der Marktplatz war keine Verkaufsmesse für die Fachöffentlichkeit und die zuständigen staatlichen Behörden – lammfromm und ordentlich –, sondern ein Kommunikationsforum, wo sich ein wichtiger Teil der hoffnungsvollen Ansätze im Bereich der Jugendarbeit und der Alternativprojekte zusammenfand, die sonst meist wechselseitig voneinander isoliert an den einzelnen Orten vor sich hin wurstelten. Üblicherweise gelingt es nur wenigen, in eine breitere Öffentlichkeit vorzudringen, sich über die lokale Ebene hinaus Gehör zu verschaffen. Von den Veranstaltungen des Jugendhilfetags ging zudem ein Impuls in Richtung Gegenöffentlichkeit aus: gegen die ausgrenzende Praxis der Verbände und Institutionen, die im Zusammenspiel mit Behörden meist wirkungsvoll jede kritische öffentliche Auseinandersetzung mit ihrer Alltagspraxis, der Situation, den Interessen und den eigenständigen Ansätzen der Jugendlichen verhindern. Die wenigen linken Publikationen im Sozialbereich können nur bedingt Breschen ins Dunkel des Verbands- und Institutionsalltags schlagen, zumal Mittelkürzungen und wachsende bürokratische Kontrolle im Zuge der Krisenpolitik zugenommen haben, ohne daß es zu einer größeren übergreifenden Abwehrfront der Betroffenen gekommen wäre.



Plakat: Bernd Kruerke

Dieses Plakat (DIN A 2) kann gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) von DM 3,-- portofrei beim Verlag 2000, Postfach 591, 605 Offenbach 4 bezogen werden. Bei Mehrfachbestellungen kosten 5 Ex. DM 10,-- und jedes Plakat mehr je DM 1,--.

Stellungnahme des AGJ-Vorstands zum Jugendhilfetag 1978
– Auszug –

1. Problemlagen

Wie wenig diese Gesellschaft ihrem Anspruch auf Realisierung von Chancengleichheit und optimaler Förderung der Entwicklung aller Kinder und Jugendlichen nachkommt, machen folgende Krisenbereiche schlagartig deutlich:

- materielle Armut,
- Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit,
- Gettoisierung und Unterprivilegierung von ausländischen Arbeitnehmern,
- wachsender Leistungs- und Selektionsdruck in den Schulen usw.

Symptome dieser gesellschaftlich verursachten Inhumanität finden sich in:

- psychischer Verelendung (Selbstmord),
- individueller Drop-out (Drogen),
- Aggressivität und Kriminalisierung,
- Überanpassung und mangelndes demokratisches Engagement.

Probleme, die Jugendhilfe von ihrem gesellschaftlichen Auftrag bewältigen sollen, sind wesentlich durch sozioökonomische und bürokratische Struktur produziert. Eine gewichtige Rolle spielen hier u.a. unzureichende Familieneinkommen, mangelhafte Wohnversorgung, Belastung durch menschenfeindliche Arbeitssituation, mangelnde Unterstützung erwerbstätiger Mütter, fehlende soziale Infrastruktur (Kinderfeindlichkeit). Überall dort, wo Gesellschaft versagt, soll Jugendhilfe einspringen.

2. Defizite und Mängellagen

Jugendhilfe, so wie wir sie heute kennen, ist nicht in der Lage, auf die ihr gestellten Probleme lösend zu reagieren. Die wichtigsten strukturellen Defizite und Mängellagen von Jugendhilfe lassen sich wie folgt kennzeichnen:

- Dominanz obrigkeitsstaatlicher Eingriffsverwaltung,
- Dominanz der reagierenden und eingreifenden Interventionen,
- Vernachlässigung präventiver und allgemein fördernder Leistungen,
- Fehlendes Angebot an Einrichtungen und Diensten,
- Einzelfallorientierung,
- zu hohe Fallzahlen usw.

Auf dem Jugendhilfetag zeigte sich Enttäuschung darüber, daß die von der Bundesregierung angestrebte Reform des Jugendhilferechts aufs Ganze gesehen nicht geeignet ist, die fundamentalen und strukturellen Mängel unseres Jugendhilfesystems zu beseitigen. Darüber hinaus wurde in vielen kritischen Beiträgen darauf hingewiesen, daß das geplante Jugendhilferecht neue Gefahren beinhaltet und aufwirft. Zu nennen wäre hier vor allem:

- Entpolitisierung der Jugendarbeit und der Jugendhilfe schlechthin;
- Begünstigung einer adressatenfernen Fachlichkeit und technokratischen Professionalisierung der Jugendhilfe;
- Behinderung und Unterdrückung von Basisinitiativen, Selbsthilfeorganisationen, Kreativität und Flexibilität in der Jugendhilfe;
- Disziplinierung und administrative Kontrolle unbequemer Gruppen ...

3. Alternativen und offensive Formen

Alternative Problemlösungen in der Jugendhilfe werden nur allzu rasch und leichtfertig ins Utopische abgedrängt und als unrealistisch abqualifiziert. Dieser Jugendhilfetag hat jedoch gezeigt, daß Betroffene und engagierte Praktiker alternative Lösungsmöglichkeiten aufzeigen können, die das eingefahrene System von Mängelverwaltung und Konfliktunterdrückung sprengen und dessen Irrationalitäten überdeutlich aufzeigen.

Der 6. Deutsche Jugendhilfetag hat insbesondere durch das Experiment 'Marktbereich' möglich gemacht, daß sich die Initiativen und Gruppen, die neue Formen des Umgangs mit den gesellschaftlichen Problemen ausprobieren, in einer breiten Präsentation der Öffentlichkeit vorstellen ...

4. Perspektiven und Aktionsformen

Der 6. Deutsche Jugendhilfetag hat die Berechtigung und die Legitimität von unorthodoxen Konflikt- und Aktionsformen deutlich gemacht. Sie sprengen den Rahmen konventioneller Veranstaltungs-, Kongreß und Diskussionsrituale. Statt leidenschaftsloser Geschäftigkeit wird hier Betroffenheit, Engagement und Handlungsbereitschaft ausgelost.

Eine Jugendhilfe ohne emotionale Betroffenheit und ohne emotionale Solidarität verkommt zur gleichgültigen Verwaltung sozialer Problemlagen, zum Geschäft von Bürokraten und Technokraten.

Der Zorn und der Protest führen jedoch unweigerlich ins Abseits, wenn darüber hinaus nicht auch der Dialog, die Diskussion, das Bemühen um Verständigung ernst genommen und Möglichkeiten der Interessenartikulation gesehen und genutzt werden.

Veränderungsinitiativen werden sich nicht durchsetzen lassen, wenn dabei nicht auch organisierte Gruppen in dieser Gesellschaft, Eltern, Lehrer, Sozialarbeiter, Mitarbeiter in Verbänden und Verwaltungen als Bündnispartner angesprochen und gewonnen werden können. Diese Chancen dürfen nicht leichtfertig verspielt werden.

Zur Abwehr repressiver Tendenzen in der Jugendhilfe (Disziplinierungen, Zementierung des Status quo) ist ein breites Bündnis aller hier engagierten demokratischen Gruppen erforderlich. Dieses kann nur erreicht werden, wenn der Dialog nicht abreißt, gemeinsame Positionen gefunden und offensiv vertreten werden können.

Eine Jugendhilfe, die nicht radikal ist, wird ihrem gesellschaftlichen Auftrag nicht gerecht. Wird diese Forderung erst genommen, muß Jugendhilfe offen, offensiv und unter Einbeziehung der Interessen und Bedürfnisse der Betroffenen agieren. Um diesem Auftrag gerecht zu werden, muß Jugendhilfe sich als politische Interessenvertretung verstehen, ihre Forderungen mit Nachdruck an die Politik richten und die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen gegen das Primat ökonomischer Rationalität und Inhumanität verteidigen und durchsetzen.

Der vollständige Wortlaut der Stellungnahme und weitere Materialien zum Jugendhilfetag können in der Geschäftsstelle der AGJ, Haager Weg 44, 53 Bonn angefordert werden.

★

Wenn auch nur Ausschnitte aus der Realität des Jugendhilfealltags sichtbar wurden (so wurde der "Markt der Jugendhilfe" konsequenterweise in "Markt der Möglichkeiten" umbenannt; für viele Besucher dürfte es jedoch eher ein "Markt der Unmöglichkeiten" im Hinblick auf die Realisierungschancen in ihrer eigenen Praxis gewesen sein), so fand doch auch keine Vereinnahmung des Alternativmarktes als Propaganda- oder Legitimationsvehikel für die offizielle Jugendpolitik statt. Im Zuge der Krisenpolitik hat sich diese losgelöst und teilweise im Gegensatz zu den Verbandsinteressen – ganz zu Schweigen von denen der Jugendlichen – entwickelt.

Daß im Bereich der Jugendpolitik die Zeit der Reformen nie recht angebrochen ist, das, was sich heute so nennt, eher eine Mogelpackung darstellt, kritische Ansätze eher stören, machte schon der offizielle politische Kontext überdeutlich. Am Vorabend verabschiedete das Kabinett den Entwurf für ein neues Jugendhilferecht, der in einer Mischung von mehr Staat und mehr Familie durch eine Verstärkung der bürokratischen Disziplinierungsmöglichkeiten im Kern gegen die meisten der auf dem Markt präsentierten Möglichkeiten gerichtet ist.

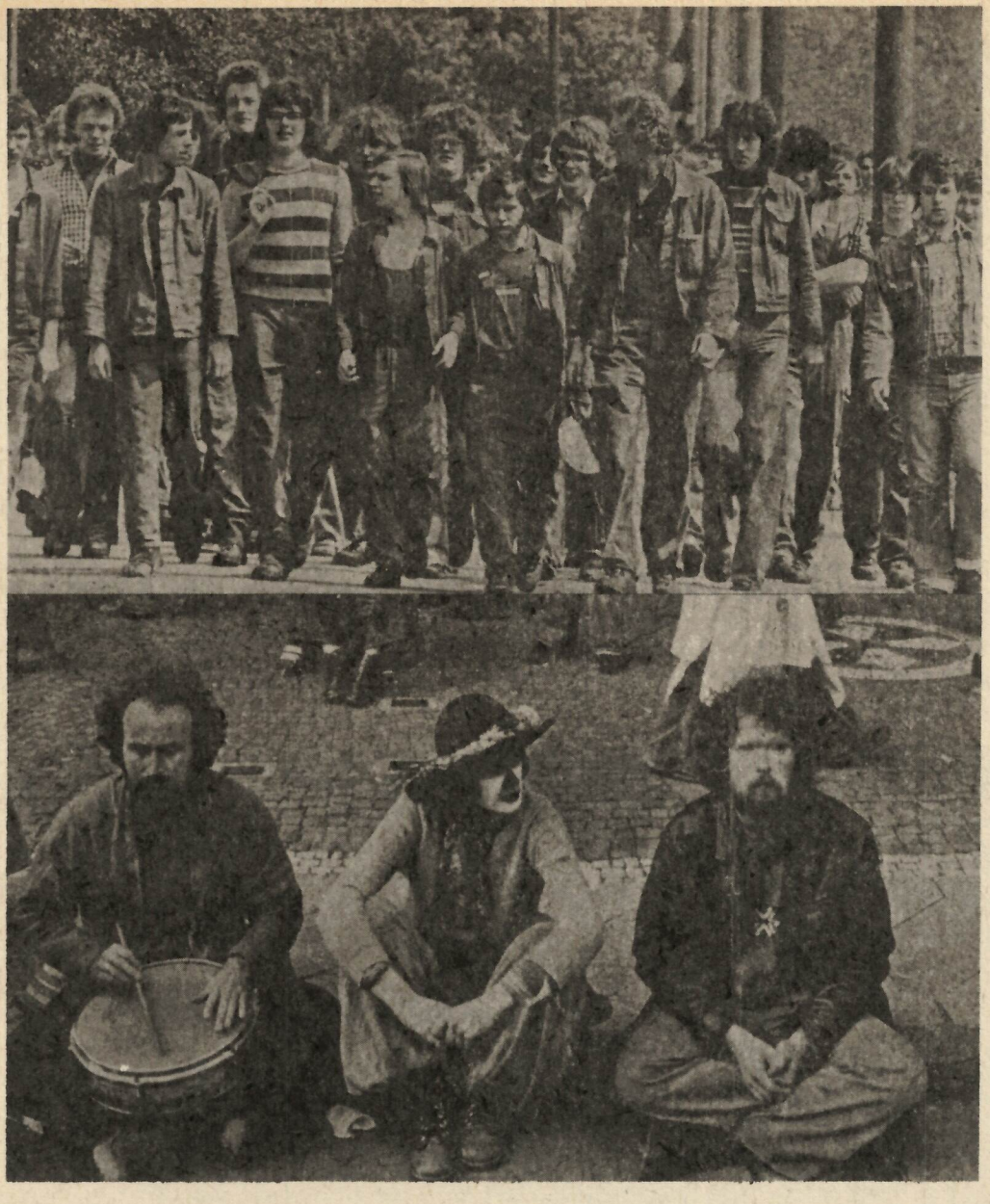
Während der Veranstaltungen machten sich die Politiker rar. Stattdessen tagten sie zur gleichen Zeit mit Vertretern der konservativen Jugendhilfeverbände im Schutze der Rummelsberger Fürsorgeanstalten zu Nürnberg. Dies deutet darauf hin, daß die Konflikte zwischen staatlicher Politik und konservativen Verbänden auf der einen Seite und kritischen Initiativen aus den Verbänden und den Selbsthilfeprojekten der Jugendlichen auf der anderen Seite zunehmen werden. Daß sich zwischen dem progressiven institutionellen Flügel, kritischen Sozialarbeitern und den autonomen Ansätzen – bei allen Spannungen – neue gemeinsame Perspektiven im Widerstand gegen die staatliche Jugendpolitik und ihre verbandliche Umsetzung ergeben können, wird an einer ersten Stellungnahme der AGJ deutlich. die noch vor vier Jahren aus Angst vor der Linken den Jugendhilfetag absagte (Auszüge aus dieser Erklärung s. Kasten).

Mehr "Erziehung"

Da wo noch konservative Verbandsvertreter auf dem Jugendhilfetag auftraten, entzogen sie sich jedem Legitimationsdruck, demonstrierten unverfroren ihre Herrschaftspositionen. Es wird an den autonomen Projekten der Jugendlichen und den progressiven Ansätzen im Bereich der professionellen Jugendarbeit liegen, ob dieses Machtkalkül aufgeht, das auf eine Integration progressiver Ansätze verzichten zu können glaubt – mit dem Vertrauen auf eine politisch regulierte, breite Apathie und Entmobilisierung eines Großteils der Jugendlichen.

Die haushaltspolitische Randposition der Jugendpolitik, die schwache Stellung des entsprechenden Ministeriums, das harmonisierende Zusammenspiel von Verbänden und Staatsbürokratie lassen unter den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Bedingungen erwarten, daß sich auch bei uns die Marginalisierung von Teilen der Jugendlichen verstärkt. Daß die Nürnberger Indianerkommune die Begleitmusik des Jugendhilfetags bestimmte, dürfte zukünftig – wie schon Mescalero und Tunix ankündigten – mehr als nur eine exotische Ausnahmeerscheinung sein. Im Vergleich zu diesen radikalen Ausgrenzungsformen dürfte jedoch die alltägliche Desintegration von Jugendlichen in Form von Jugendreligionen, Drogen, Neonazismus usw. wesentlich massenhafter und relevanter werden, sind sie doch spezifische Reaktionsbildungen, die individuellen Sinnverlust und gesellschaftliche Perspektivlosigkeit anzeigen.

Die herrschende Politik glaubt, dies in Kauf nehmen zu können; die um Integration bemühten Politiker – wie z.B. Glotz, der auf die Gefahr der Entstehung von "zwei Kulturen"



MEK BILK auf Tournee

Im Frühjahr 1979 wird unser neues Programm fertig sein! Nach langer Probearbeit haben wir ein zweistündiges Rocktheater erstellt: Sketche und Klamauk zu Rockmusik mit deutschen Texten.
Seit Frühjahr 1975 versuchen wir, unsere Musik mit politischen Texten zu verbinden. Dabei drücken wir uns in der Sprache aus, die die Menschen in diesem Lande verstehen. Auf einer Tournee mit über 60 Auftritten haben wir unser Programm 'Kein Scheuern, kein Nachwischen' in der ganzen BRD und Westberlin vorgestellt (u.a. Ruhrfestspiele Recklinghausen, ran-fete, Tunix Berlin, Russell-Tribunal).
Im Herbst 1977 erschien unsere erste Platte beim Trikont Verlag München, Best. Nr. US 34.
Aus zahlreichen Diskussionen mit dem Publikum ergab sich die Idee, die Inhalte unserer Musik auch visuell zu vermitteln. Entstanden ist eine skurrile Mischung aus Darstellung, Requisiten und collagenhafter Musik. Unsere Themen spiegeln alltägliche Erfahrungen wider. Es gibt Stücke zur Jugendzentrumsbewegung, Stadtteilarbeit, Repression, Arbeitslosigkeit und Faschismus.
Wir kommen mit unserer eigenen Anlage, haben unser eigenes Licht und brauchen für das ganze Spektakel eine Bühne von 5 x 8 Metern. Ausführliche Infos, Pressematerial, Fotos, Demos und Videoband gibt's demnächst, bitte anfordern! Im Frühjahr 1979 gehen wir wieder auf Tournee, Interessenten bitten wir, sich frühzeitig zu melden.
M.E.K. BILK, Hammerstr. 38, 4000 Düsseldorf, Tel. 0211/393216

hingewiesen hat – sind auch in der Sozialdemokratie selten. Stattdessen soll wieder mehr "erzogen" werden. Die Utensilien hierfür liegen in der kaum mit Staub bedeckten Rumpelkammer der deutschen Geschichte reichlich herum, daß und wie sie genutzt werden, hat zuletzt die Abschaffung des KITA-Modells in Frankfurt verdeutlicht. In vielen Köpfen waren sie nur für eine Zeit zurückgedrängt. So sieht auch die politische Rechte eine "Krise der gesellschaftlichen Integration", die aber flugs gegen die Krisenopfer selbst gewendet wird. Ursache sei der Realitätsverlust bei Linken und Jugendlichen. "Es gibt eine Kluft zwischen objektiven, durch den Vergleich der Systeme erhärteten positiven Gegebenheiten und einem negativen subjektiven Empfinden vieler Menschen dieser Gesellschaft, vor allem der jungen Generation."
Bloß rhetorisch fragt Sontheimer, einer der neuen, allzu dienstfertigen intellektuellen Wasserträger, die seismographisch die Wandlungen der politischen Kultur in der Bundesrepublik vermelden, wer die Verantwortung trage für die "kritischen Phänomene der Jugendszene, angefangen bei den Terroristen über die vielen Drogenabhängigen, die jugendlichen Arbeitslosen bis zu den an Zahl zunehmenden jugendlichen Selbstmördern, gar nicht zu reden von den vielen Tausenden, die in die städtischen und ländlichen Subkulturen fliehen, von 'alternativen Lebensformen' träumen und an 'neuen Lebensstilen' basteln".
Es sind die "von ihrer Gesellschaft im Stich gelassenen Jugendlichen selber" (alle Zitate stammen aus einem Beitrag für die FAZ "Eine neue verlorene Generation?", vom 2.12.78). Dieses zynische Selbstbewußtsein der Herrschenden, gemeinsamer Grundnenner der Rückentwicklung im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich, lebt davon, daß die herrschende "erste" Kultur sich gegen eine "zweite", marginalisierte und oppositionelle abschotten und sie gesellschaftlich neutralisieren kann.

Ausgrenzung von Widersprüchlichem

In der Tat erzeugt der gesellschaftliche Ausgrenzungsprozeß diffuse und gegeneinander isolierte Verarbeitungsformen, die in die Sphäre der Privatheit abgedrängt werden können. "Die Alltagsrealität in den Mittelpunkt stellen", die gemeinsame Forderung der im

Probleme lassen sich nicht einsperren

Unterschriftenkampagne gegen Verankerung der Geschlossenen Unterbringung im neuen Jugendhilferecht

Während sich in Italien die Tore psychiatrischer Anstalten öffnen, will die Bundesregierung die Geschlossenen Anstalten für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung gesetzlich verankern.
In der Bundesrepublik leben bis zu 250.000 Kinder und Jugendliche in Kinderheimen, Schüler- und Jugendwohnheimen, Auffang- und Erziehungsheimen, Jugendschutzstellen, Beobachtungsheimen und Heimen für Behinderte, kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen oder sind internatsmäßig untergebracht. Tausende von ihnen sind täglich auf Trebe. Allein in Westberlin sind es bis zu 1.500 Jugendliche, die das Heimleben nicht aushalten. Bis zu 1.000 Jugendliche sind in geschlossenen Heimen, Abteilungen oder Gruppen eingesperrt.
Am 8.11.1978 verabschiedete das Bundeskabinett den Gesetzentwurf für ein neues Jugendhilferecht, der in den §§ 46 und 47 unter dem Vorwand einer "wirksamen pädagogischen und therapeutischen Hilfe" erstmals in der deutschen Geschichte der Heimerziehung die Zwangsmaßnahme des Freiheitsentzugs zur sofortigen und totalen Isolierung von Kindern und Jugendlichen im Gesetz festschreibt. Durch den § 47 wird jedem Leiter eines Heimes sogar das uneingeschränkte Recht eingeräumt, selbstmordgefährdete oder "hoch aggressive" Kinder und Jugendliche aus dem offenen in ein geschlossenes Heim zu verlegen.
Gegen diese gesetzliche Festschreibung der Geschlossenen Unterbringung haben sich namhafte Pädagogen, Sozialarbeiter und Erziehungswissenschaftler in einem Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt und die ersatzlose Streichung der §§ 46 und 47 aus dem Kabinettsentwurf für ein neues Jugendhilferecht gefordert.
Mit diesem Aufruf wird eine Unterschriftenkampagne eingeleitet. Der Aufruf und anhängende Unterschriftenliste (4 DIN A 4-Seiten) kann zum Selbstkostenpreis einschl. Porto gegen Voreinsendung (Scheck oder Briefmarken) angefordert werden bei: Redaktionsbeirat "päd.extra Sozialarbeit" c/o Günter Pabst, Am Schollengarten 10, 6231 Schwalbach (10 Ex. DM 2,--; 50 Ex. DM 5,--; 100 Ex. DM 10,--; 1000 Ex. DM 70,--).

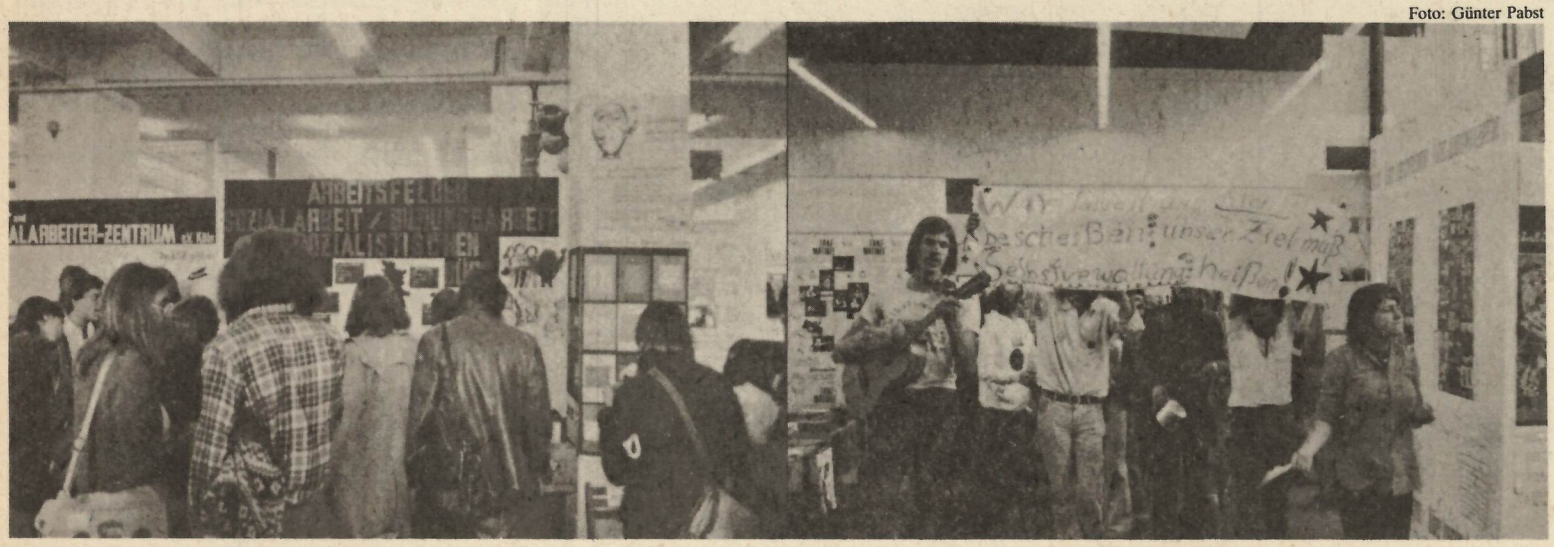
Jugendpolitischen Forum zusammenarbeitenden Gruppen reflektierte diese Problemebene der gesellschaftlichen Ausgrenzung von Teilen der Jugendlichen. Der Verlauf des Jugendhilfetags machte mehr als deutlich, daß die zerfaserten Realitätsfragmente nicht von selbst zusammenkommen, "die Realität" erst ein Kommunikations- und Kampfergebnis sein könnte. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in den Auseinandersetzungen auf dem Jugendhilfetag die jeweiligen Erfahrungen konfliktträchtig gegeneinander gehalten wurden, jeweils ihren eigenen Geltungsbereich beanspruchten, ob es nun der fortschrittliche "Bürokrat" aus dem Jugendamt war, der Sozialarbeiter im Bereich der offenen Jugendarbeit, Jugendliche aus selbstverwalteten Jugendzentren und Selbsthilfeprojekten – im Clinch mit den beiden –, Vertreter aus Jugendorganisationen, die jeweils nur spezifische Bedürfnisse und Teile der Jugendlichen organisieren oder die Indianerkommune, die aus ihrem – offensiv gewendeten – Rückzug zur extremsten Vereinseitigung ihrer Forderungen gelangt (u.a. Abschaffung des Schutzalters für Jugendliche, der Schulpflicht generell).

Die Kommunikationschancen, die der Marktplatz der Jugendhilfe für diese Segmente der Jugendkultur und Sozialarbeit bot, gingen in den Großveranstaltungen zu verschiedenen Problemlagen der Jugendarbeit (Kindererziehung, Jugendarbeitslosigkeit, Heimerziehung, offene Jugendarbeit, selbstverwaltete Jugendzentren usw.) wieder verloren. Dort prallten die Widersprüche mit aller Deutlichkeit aufeinander. Resignation und Nabelschau bei vielen Sozialarbeitern, Schwung aus einigen Projekten, die Radikalität einiger autonomer Gruppen, Sterilität bei einigen Jugendorganisationen, dazu einige lokale Konflikte (Einführung des Jugendpolizisten in Köln) beherrschten die Szene. Weder gemeinsame politische Perspektiven oder Handlungsmöglichkeiten, noch theoretische Verallgemeinerungen wurden entwickelt. Es wäre jedoch falsch, diese Entwicklung als "Entpolitisierung" zu geißeln. Gemeinsame Handlungsgrundlagen und Perspektiven sind in Anbetracht der veränderten Situation, in der die ökonomische Krise, aber auch die Kultur der Jugendbewegung nachhaltige Spuren in den Alltag der Jugendlichen zeichnet, erst wiederzugewinnen.

Ein erster praktischer Schritt könnte möglicherweise die Umsetzung des Vorschlags sein, regionale Jugendhilfetage zu organisieren, die eine politisch-praktische Zusammenarbeit und eine tiefgehendere Auseinandersetzung mit und zwischen den unterschiedlichen Ausprägungen der Jugendkultur ermöglichen. Für Sozialisten, die in diesem Bereich arbeiten, wäre dies eine spannende politische Aufgabe. Sie kann dort produktiv werden, wo sie selber Teilanspruch ist und sich als solcher in die Auseinandersetzung mit Interessen, Bedürfnissen und Handlungsformen hineinbegibt. Vielleicht könnten dann die für die Sozialarbeit besonders heiklen Widersprüchlichkeiten sowohl in der Arbeit als auch in der eigenen Person wieder akzeptiert und damit verändert werden. Damit könnte auch etwas gegen die vielbeschworene Gefahr berufsständischer Selbstbeschränkung in der Arbeitsfeldpraxis – mit eigenem Zugewinn an Erfahrung und Hoffnung – unternommen werden.

★

Foto: Günter Pabst



Kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(1/1) **Kleines sozialistisches Magazin** – Zeitung für Politik und Kultur der Region Nordbayern Nr. 1 enthält u.a. Faschismus-Diskussion des Nürnberger SB, Ökonomie und Faschismus, Diskussion über Öffentlichkeit, "Faschisten raus aus der Schule", Thesen zum Kulturbegriff; Interessenten erhalten das Magazin zugeschickt: SB Nürnberg, Dallingerstr. 16, 85 Nürnberg

(1/2) **Dokumente aus unserem Schnüffelstaat** haben die Deutschen Jungdemokraten in einer neuen Broschüre zusammengetragen. Das Heft mit dem Thema "Berufsverbote" kann bei den Deutschen Jungdemokraten, Worringer Str. 82, 4 Düsseldorf für 0,50 DM bestellt werden

(1/3) **Plädoyers in der Strafsache gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold** – von Rechtsanwalt Erik von Bagge, Reinhard Zimmermann, Roland Houver, Prof. Ulrich K. Preuß und Beiträgen von Ulrich Sonnemann und Ramsey Clark; ca. 240 Seiten, DM 15,--; Attica Verlag, Osterstr. 122, 2 Hamburg 19

(1/4) **Herausforderung: Faschismus** – Ostwestfalen-Lippe 1933 und 1978; ca. 85 Seiten; Bezug: SJD-Die Falken, Hohenstaufenallee 1-5, 465 Gelsenkirchen

(1/5) **Wir wollen's anders** Nr. 5 enthält Beiträge vom Finkhof/Allgäu, ASH Frankfurt, Internationales, sowie ein Kommentar zum "Großen Ratschlag" Hamburg u.a.; 72 Seiten DM 2,50. Gegen Voreinsendung bei: ASH, Krebsmühle, 637 Oberursel-Weißkirch

(1/6) **Montagsnotizen** – Zeitung für Wohngemeinschaften und andere Alternativen Nr. 40 berichtet über WG-Coop Hamburg, Netzwerk Selbsthilfe, Kindersozialisation in Wohnkollektiven u.a. Gegen Voreinsendung von DM 2,-- zu beziehen bei Mono-Redaktion, Postfach 103121, 2 Hamburg 1

(1/7) **Stadtautobahnen – Ein Schwarzbuch zur Verkehrsplanung**, 224 Seiten, DM 11,50, weiterhin gibt die Bürgerinitiative Westtangente ein Buch über die z.Zt. laufende **Normenkontrollklage gegen einen Bebauungsplan der Stadtautobahn** heraus, um damit die Klage zu finanzieren; 270 Seiten, DM 9,50; Gegen Voreinsendung (Briefmarken/Scheck) bei der BIW Berlin, Cheruskerstr. 10/1, 1 Berlin 62 zu beziehen

(1/8) Katalyse Heft 8 – **Probleme in Ballungsräumen** dargestellt an den Problemen: Müll, Umweltbelastung, Verkehr, Wohnen, Gesundheit; 88 Seiten, DM 2,-- gegen Voreinsendung bei: Katalyse, Karl-Barth-Haus, Wittenbergstr. 14-16, 43 Essen 1

(1/9) **Aktionskreis Leben** – Gewerkschafter gegen Atom Heft 7 berichtet über die bundesweite Tagung des Aktionskreises, den "Fall" Joachim Schnorr – Auseinandersetzungen im Uranbergbau u.a.; 32 Seiten; Gegen Voreinsendung von DM 1,-- bei Gustav Rentzing, St. Gilles-Str. 21, 605 Offenbach zu beziehen

(1/10) **Atom-Express** Nr. 11 berichtet über geheime DWK-Papiere, die Volksabstimmung in Österreich, Grohnde-Prozesse, Iran u.a. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 zu beziehen bei: Redaktion Atom-Express, Postfach 45, 34 Göttingen

(1/11) **Werkschule – Zusammen Leben und Lernen**, ein bebilderter Erfahrungsbericht von Jugendlichen und Sozialarbeitern, 110 Seiten, erhältlich bei Einsendung von DM 5,-- über Werkschule Berlin e.V., Alt Moabit 62/63, 1 Berlin

(1/12) **"Prädikat: Gewalttätig" – Kindererziehung in Deutschland** herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., Ismaninger Str. 61, 8 München 80, DM 5,50

(1/13) **Kirche**

- **Rundbrief** des Arbeitsfeldes Kirche im SB; Bezug gegen DM 1,-- über Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart
- **Kirche zwischen Unterdrückung und Befreiung** Teil II – Die Stellung der Kirche zur Theologie der Befreiung; gegen Voreinsendung von DM 2,50 beim CFS-Büro c/o Karl Grünewald, Hamburger Str. 40, 44 Münster zu beziehen
- **Denkzettel** Nr. 5 – mit dem Schwerpunktthema: Christliche Basisgruppen – Gemeinden im Konflikt ist gegen Voreinsendung von DM 2,50 bei Hildegard Leibold, Gartenstr. 19, 6301 Staufenberg 1 zu beziehen

(1/14) **Diskussionsforum für Zivildienstleistende** Nr. 29 zum Thema: Entspannung? Abrüstung? Frieden? sowie Berichten aus den ZDL-Gruppen und Antimilitaristischen Nachrichten; Gegen Voreinsendung von DM 1,30 bei H. Schmude, Hallerstr. 4, 85 Nürnberg zu beziehen

(1/15) **Die Eule – Diskussionsforum für feministische Theorie**, die Null-Nummer stellt das Konzept der Zeitschrift dar und enthält Beiträge zum Thema Marxismus und Feministische Analyse und zur Feminismustheorie von Herbert Marcuse, 76 Seiten, DM 6,--, Verlag Frauenpolitik, Hafenweg 2-4, 44 Münster

(1/16) **Dritte Welt/Entwicklungspolitik/Bedrohte Völker**

- **Warum denn gerade für Indianer?** Versuch einer Antwort der Bremer Gruppe der Gesellschaft für bedrohte Völker, illustrierte Broschüre zur Indianerfrage, zu beziehen für DM 2,-- (plus 0,70 DM Porto, 25% Rabatt ab 10 Ex.) über Kr. Mecking, Straßburger Str. 68, 28 Bremen 1
- **Paulo Freire** – Dissertation "Zur Theorie und Praxis P.F. in Brasilien. Die Arbeit beschreibt und analysiert drei Alphabetisierungskampagnen im Nordosten Brasiliens in den Jahren 1962-1964, 270 Seiten, DM 18,--; Bezug: Gerhardt, An der Fischerweide, 6 Frankfurt 50
- **Südafrika im Unterricht** eine Übersicht und kritische Bewertung von Unterrichtsmaterialien, Büchern, Filmen, Dia-Serien und Spielen; Arbeitshilfen für Schule, Gemeindearbeit, Aktionsgruppenarbeit etc. Bezug: Evangel. Missionswerk, Mittelweg 143, 2 Hamburg 13

- **Zeitschrift für Entwicklungspädagogik** Nr. 2 enthält Beiträge zu: Strukturelle Erziehung im Alltag, Kindererziehung im alternativen Projekt, päd. Folterforschung, Erziehung bei "Primitiven" etc., 55 Seiten, DM 4,--; Vertrieb AK Dritte Welt, Lederstr. 34, 741 Reutlingen.
- **Bücher aus Lateinamerika** Nr. 4/78-79 – umfangreicher Katalog; Bezug: Periferia-Verlag, Postfach 6547, 44 Münster

(1/17) **Irland Aktuell** – Zeitung des Irlandkomitees Westberlin Nr. 2/78 enthält Artikel zum Abzug der Briten, zur Situation der pol. Gefangenen im H-Bloch, zum Amnesty-Bericht, Interviews mit Provos und Sozialisten, Anti-AKW-Bewegung. Zu beziehen über: Irlandkomitee Westberlin, Postfach 311248, 1 Berlin 31. Preis: DM 2,--

(1/18) **Zeitschriften zu verkaufen:**

- Tendenzen – Zeitschrift für engagierte Kunst Nr. 58/1969 – 121/1978 für DM 320,--
- Gesellschaft-Staat-Erziehung, Jahrg. 1964-72 für DM 70,--
- Marxismus-Digest 1/1970-28/1976 für DM 90,--

Telefon: 0611/444973

(1/19) Jetzt gibt es den **Kleinanzeiger** – Information und Kommunikation auf der Basis von Kleinanzeigen, erscheint monatlich; Bezug: Kleinanzeiger, Postfach 1230, 4272 Kirchhellen

Kölner VolksBlatt u.a.: Sonderblatt zum Russell-Tribunal

Zur 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals geben die Volksblätter/Stadtzeitungen an Rhein und Ruhr eine aktuelle Sondernummer heraus mit Berichten über die ersten drei Tage des Tribunals. Sie erscheint am

6.1. in Köln, Bochum, Essen, Aachen u.a. Orten

Für DM 3,-- auf PschKto 183003-502 (Kölner Volksblatt) in Köln erhält jeder bis 8.1. die aktuelle Sondernummer mit dem Januar-Volksblatt (Schwerpunkt: Verfassungsschutz und Umtriebe

Foto: Volker Budesheim

Von Horst Holzschuh und Gerd Schudlich

In den "links"-Ausgaben Juni und August/September 1978 haben wir bereits ausführlich über den Konflikt um die Abschaffung der Kindertagesstätten (Kitas) durch den Frankfurter CDU-Magistrat berichtet. Der nachfolgende Beitrag zieht Lehren aus diesem Konflikt und stellt aus der Sicht der Betroffenen dar, wie es weitergehen soll. Der Verein "Kita im Exil" ist ein Beispiel dafür, wie man auch nach einer verlorenen Auseinandersetzung weiterarbeiten kann. Allerdings wird es vor allem auch von der finanziellen Basis abhängen, ob der Verein durchhalten kann. Deshalb hat das SB aus dem Antirepressions- und Rotarbeits-Fonds nochmals DM 1.000 zur Verfügung gestellt. Wir fordern hiermit zu Spenden auf an Kita im Exil, Frankfurter Sparkasse von 1822, Zweigstelle 313, Konto Nr. 825670.

Was Kita-Erziehung war

Kita-Kinder waren in der Kita, weil sie sich dort freier als in anderen Kindertagesstätten entfalten, weil sie mehr Gestaltungs- und Bewegungsspielraum haben sollten. Sie sollten nicht immer nur stillsitzen oder Befehle ausführen müssen, sie sollten sich austoben und ihre Phantasie entwickeln können und sie sollten fähig werden, auch an Erwachsenen Kritik zu üben und Probleme ohne Hilfe der Erwachsenen zu bewältigen.
Kita-Eltern wollten und wollen, daß ihre Kinder solches Verhalten lernen, damit sie später besser als sie selbst in der Lage sind, sich für ihre Interessen einzusetzen, keine Angst vor Lehrern und Vorgesetzten haben, ohne Angst Konflikte und Widersprüche im Alltag durchstehen, kurz, lernen selbstbewußt und aktiv mit anderen zusammen in die Gestaltung ihrer Lebensbedingungen einzugreifen.

Weshalb Kita-Erziehung abgeschafft wurde

Das Konzept der Kita-Erziehung muß die Verantwortlichen in unserer Gesellschaft schon schrecken, denn es paßt nicht im geringsten in die Landschaft unseres Produktionsalltags. Duldsamkeit, Anpassungsfähigkeit, Ehrfurcht und dergleichen sind die Fähigkeiten, die in unserer bzw. deren Produktion benötigt werden. Wer kann schon einen völlig an den Bedürfnissen und Lebenserwartungen der Bevölkerung vorbeiorganisierten Produktionsprozeß 50 Jahre lang aushalten, wenn ihm nicht rechtzeitig genug Begriffe wie Lust und Be-

FILM/THEATER/KULTUR

(1/20) **Filmfaust** Nr. 9/10 beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Kinderfilm in der BRD und interviewt das Jugendtheater Rote Grütze und die Filmgruppe Denkmal zu ihrem Film "Was heißt'n hier Liebe"; 112 Seiten, DM 9,--; Filmfaust Redaktion, Schumannstr. 64, 6 Frankfurt 1

(1/21) **Zelluloid** Nr. 6 Schwerpunktthema: Kinohits aus den USA (Nur Samstag Nacht – Krieg der Sterne – Unheimlich Begegnung der Dritten Art). Gegen Voreinsendung von DM 1,50 zu beziehen bei: K.F. Baumgärtel, Dasselstr. 35, 5 Köln 1

(1/22) **Ton-Dia-Schau**
- Thema: Knast, Interviews mit Einsitzenden und Vollzugsbeamten. 55 min/farbe
- Thema: Neonazis, Dokumentation von Ereignissen in Bremen und Delmenhorst im März 1978. 13 min s/w
- Thema: Ladendiebstahl von Jugendlichen am Beispiel eines 16jährigen Türken. 20 min, s/w

Verleih: Verein Kulturplatz, Dammweg 15, 28 Bremen, Tel. 0421/344942

(1/23) **Der Martin-Greif-Bote** Nr. 8 enthält Nachrichten aus dem Klassenstaat von P.P. Zahl, Arnfried Astel, Herbert Achternbusch und Heinz Jacobi; 176 Seiten, DM 4,--. Vertrieb: Maistrassenpresse, Martin-Greif-Str. 3, 8 München 2

(1/24) Die gesammelte **Diskussion um Bertolucci's 1900-Film** mitsamt einer Einleitung "Ästhetische Erziehung oder kunstgewerbliche Propaganda" zum Preis von DM 3,-- als Heft bei: Naturfreundejugend, Friedrichstr. 138, 7 Stuttgart 1

(1/25) **Der Landbote** – politische Lyrik, kritische Lyrik, Alltagslyrik. Schickt Eure Gedichte an: Der Landbote, Wörthstr. 24, 8 München 80

(1/26) Der Antimilitaristische Buchversand, Jügelstr. 1, 6 Frankfurt veranstaltet einen **Wettbewerb "Antimilitaristische Motive"**. Buchpreise werden unter den Einsendern der Zeichnungen/Grafiken/Karikaturen verlost. Eine Auswahl wird im Selbstverlag veröffentlicht. Einsendeschluß ist der 28.2. 1979. Bitte Wettbewerbsinformationen anfordern (siehe vorstehende Adresse)

(1/27) **Raus** – ein Film von Achim Buttmann, entstanden innerhalb der Gemeinwesenarbeit im Lager Eggerstedtstr. – Hamburg: 3 Teile je 45 min. s/w, 16 mm Lichtton. Verleih: A. Buttmann, Falkenried 24e, 2 Hamburg 20

(1/28) Wir **verleihen** Super-8-Tonfilme über die Demonstrationen in Kalkar und Malville, die Ölkatastrophe in der Bretagne, sowie einen Film über Lip von Kollegen aus Besancon. Weitere Informationen: Real Film, Schönbornstr. 1, 65 Mainz, Tel. 27815

(1/29) **Filmkatalog der IF-Filminitiative** enthält u.a. Angaben über Super-8-Tonfilme zu Kalkar, Malville, Brokdorf und Grohnde, dazu Berichte über die Arbeit der Initiative. Gegen Voreinsendung von DM 6,-- (Scheck) bei IF, Großheidestr. 27, 2 Hamburg 60 zu beziehen

(1/30) **Verleih der Filmwerkschau**: Super-8-Magnettonfilme zur Unterstützung der Arbeit von BI's, Jugendgruppen und anderen Initiativen. Katalog mit ausführlichen Beschreibungen und Hinweisen zur Vorführung gegen DM 4,-- bei FWS-Verleih, Thomas Müller, Nymphenburgerstr. 278, 8000 München 19

(1/31) Filmwerkschau – überregionale Selbstorganisation von Filmgruppen und Filmemachern, die mit 8 mm Film (Super-8) arbeiten. Probeexemplar der Zeitung über FWS-Berlin, Yorkstr. 71, 1 Berlin 61

(1/32) **Nationalsozialismus – was war das eigentlich**, eine Wand- und Plakatzeitung für die Gruppenarbeit in 6 Themen. Gegen Voreinsendung von DM 3,-- zu beziehen bei: Hermann Kaienburg, Rosenhofstr. 9, 2 Hamburg 6

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(1/33) Haus der Jugend in Wetzlar sucht zum 1.1. 1979 ausgebildeten **Sozialarbeiter(in) oder -pädagoge(in)**; Kontakt: Rüdiger Kreissl, Im Kleinfeld 6, 63 Lahn-Naunheim, Tel. 06441-1572

(1/34) **Erzieher** (nur männlich) für Außenwohngruppe eines Kinderkleinstheimes sofort für zwei Jahre gesucht. Kinderhaus, Schledehauser Str. 14, 4515 Bad Essen 1

(1/35) Jugendzentrum Wittener Werkstatt sucht
- **Sozialarbeiter(in)** für die soziale Gruppenarbeit
- **Sozialarbeiter(in)/-pädagoge(in)** für die Arbeit mit jungen Erwachsenen
- **Zivildienstleistenden** für die offene Jugendarbeit

Bewerbungen an: Falken Bildungs- und Freizeitwerk, Postfach 1402, 5810 Witten

(1/36) SJD-Die Falken sucht eine(n) **Bildungsreferent(in)** für die Bildungsplanung in niedersächsischen Falken-Bezirken; Dienstort: Oldenburg; Bewerbungen an: SJD-Die Falken, Walderseestr. 100, 3 Hannover

(1/37) Sozialarbeiter für Jugendzentrum gesucht, Raum Nordhessen, ab II. Quartal 1979. Bewerbungen unter Chiffre 1/37 an Sozialistisches Büro

(1/38) Freundliches Büro in Stuttgart-Zentrum sucht freundliche **Sekretärin** mit guten Schreibmaschinenkenntnissen und sozialer Einstellung; Gleitzeit evtl. auch Teilzeit ab 15. Januar oder später. Bewerbungen unter Chiffre 1/38 an Sozialistisches Büro

(1/39) Ev. Jugendverband sucht **Zivildienstleistenden** für Bildungs- und Verwaltungsaufgaben, möglichst mit sozialpädagogischer Ausbildung o.ä.; ICJA, Kiefernstr. 45, 56 Wuppertal 2

(1/40) Stadt Bad Nauheim sucht **Jugendpfleger** mit Schwerpunkt beim Aufbau eines Jugendzentrums. Bewerbungen an Magistrat der Stadt Bad Nauheim, Personalabteilung, Friedrichstr. 3, 635 Bad Nauheim

(1/41) Sozialer Brennpunkt in Gießen sucht engagierte(n), praxiserfahrene(n) **Gemeinwesensarbeiter(in)/Sozialarbeiter(in)** zum 1.1.1979. Projektgruppe Margaretenhütte, Tel. 0641/77324 oder 0641/78198 (abends)

(1/42) **Lehrerin** (28) sucht Stelle; Bereiche: Versuchsschulen, Jugendzentren, Erziehungsberatungsstellen, Heimerziehung, Ausländerarbeit. Barbara Stichling, Gelbinger Gasse 65, 717 Schwäbisch Hall

ARBEITS-/WOHN-/ FREIZEITKONTAKTE

(1/43) **Lehrerin** (arbeitslos) sucht Genossen zum Erfahrungsaustausch mit eigener Arbeitslosigkeit. Barbara Stichling, Gelbinger Gasse 65, 717 Schwäbisch Hall

(1/44) **Alternative Produktion und Schule** – welche Kollegen(innen) mit Berufserfahrung aus den Berufsgruppen Bau, Holz, Raumausstattung (Handwerker, Architekten, Berufsschullehrer u.ä. sind daran interessiert oder bereits dabei, ein Projekt zu realisieren, das vom Aufbau eines Betriebes (Möbelproduktion, Innenausbau, Bau) bis zur betrieblichen und schulischen Ausbildung erweitert werden soll? Zuschriften unter Chiffre 1/44 an Sozialistisches Büro

(1/45) **Raum Bochum** – suche Anschluß an eine WG zum April 1979 (Beginn des Zweit-Studiums). Thomas Friess, Eggebergerstr. 17, 4802 Halle/Westf., Tel. 05201/2748

(1/46) "Zugereiste" berufstätige Frau (27), Sozialpädagogin, sucht WG oder Wohngenossen in **Wuppertal**. Claudia Koenig, Steinfurter Str. 35, 4400 Münster

(1/47) **Achtung Fotofreunde** – Fertige von Euren Negativen Handvergrößerungen an (z.B. 13x 13 = DM 1,65 oder 18x24 = DM 2,65), Negativentwicklung; Näheres gegen Rückporto von Karl R. Mezek, Castroper Hellweg 318, 463 Bochum 4

(1/48) Suche Partner(in) für **sozialkritische Film- und Fotoarbeit**, Raum Ruhrgebiet. Suche billige **alte Bücher** aller Art von Artistoteles bis Zola. Karl R. Mezek, Castroper Hellweg 318, 463 Bochum 4

(1/49) Ich (27) suche zum 1.2.79 ein Zimmer in einer WG in **Hannover** mit Interesse am Zusammenleben. Harald Weinitschke, Wittekindstr. 5, 33 Braunschweig

(1/50) **Gelsenkirchen** hat nun auch einen linken, undogmatischen Buchladen "Trotz alledem" in der Grillostr. 41, 465 Gelsenkirchen, Tel. 0209/84403

(1/51) Wir (32,29,29,3) suchen für unsere **Wohngemeinschaft auf dem Dorf**, Nähe Husum (SH) 1-2 Leute mit Kind bis 5 Jahre. Alte Schule, 2257 Almdorf, Tel. 04671/1874

(1/52) Suche Kontakt und Materialien über **Umgang mit psychischen Problemen in Behörden**; insb. Erfahrungsberichte von Initiativen, Gruppen oder Einzelpersonen mit Sozial- bzw. Arbeitsamt. Diethard Kuhne, Pahlkestr. 82a, 56 Wuppertal 1

(1/53) Wir arbeiten an einem Projekt zur Verbesserung der **Lage lateinamerikanischer Flüchtlinge in Westeuropa** und sind an Kontakten, Erfahrungsberichten und wissenschaftlichen Analysen interessiert. Kontakt: Dieter Maier, Am Grünen Graben 30, 6 Frankfurt

(1/54) **Materialien gesucht**
- Thema: Wohnen in Frankfurt und Umgebung seit 1850 (Unkosten werden erstattet)

Thomas Klein, Winterbachstr. 37, 6 Frankfurt 1
- Thema: Förderung des Sozialverhaltens bei Lernbehinderten (")

R. Czubba, Magnitorwall 8, 33 Braunschweig
- Carlo-Sponti Hefte (Heidelberg) Nr. 1-5, 7, 10, 26/27, Anita Molnar, Postfach 769, 7 Stuttgart 1

Neuerscheinungen im Verlag 2000
Zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Die Reihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung will dem Geschichtsverlust auch der Linken in der Bundesrepublik entgegenwirken. Das jetzt erschienene Heft 4 hebt sich der Form und dem Thema nach von den vorhergegangenen Ausgaben ab: wir bringen diesmal Beiträge mehrerer Autoren, die sich in erster Linie mit der Frage beschäftigen, wie Geschichte der Arbeiterbewegung methodisch vorgehen kann bzw. wo problematische Züge bisheriger Ansätze zu diesem Thema liegen. Hierzu erscheinen zwei Beiträge: 1) Hartmut Reese: Die westdeutsche Arbeiterbewegung 1945-1949, Methodische und theoretische Probleme; 2) Detlef Peukert: Zur Sozialgeschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands. Ergänzend hierzu wird untersucht, wie sich die zeitgenössische Aufarbeitung eines wichtigen historischen Ereignisses in den damaligen Arbeiterparteien ausnahm: Jürgen Kind: Zur Reflexion des Kapp-Putsches in zeitgenössischen Publikationen der Arbeiterparteien. Schließlich publizieren wir in diesem Heft eine erste Dokumentation zum Umgang mit der Geschichte der Arbeiterbewegung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit heute, und zwar ein Beispiel aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Südniedersachsens.
84 Seiten, broschiert, DM 6,--.
Erhältlich im linken Buchhandel oder Direktbezug gegen Voreinsendung (Gegenwert in Bargeld, Briefmarken oder als Scheck beifügen) bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

dürfnisbefriedigung aberzogen oder gar nicht erst entwickelt werden. Und auf welche Ideen könnten die kommen, die solche Begriffe leben gelernt haben und deren Phantasie sich weit genug entfalten konnte, so daß sie sich Arbeit auch anders vorstellen können? In unserer Gesellschaft soll aber das Leben nur da Spaß machen, wo es den Umsatz fördert und dann auch nicht allzulange, damit erneuter Umsatz gemacht werden kann.
Dies kann man nur aushalten, wenn man von nichts anderem weiß und wenn einem frühzeitig Angst und blinder Gehorsam vor Eltern, Kindergärtnerinnen, Lehrern und Vorgesetzten in der Arbeitswelt andressiert wurde. Deswegen müssen in öffentlichen Kindergärten, wie Frau von Hessert, die Chefin aller Frankfurter Kindertagesstätten sagt, in erster Linie "alle einfachen Techniken, die ein Kind in einer normalen Familie unter vielen Kindern bis zum Schulantritt gelernt haben muß, vorhanden sein, wie z.B. Schleifen binden, sich alleine aus- und anziehen können", und die Kinder "müssen gute Tischmanieren haben". Dies hält Frau von Hessert für vorrangig, "denn es will ja keiner später einen Erwachsenen neben sich haben, der unmöglich ißt".

Man darf annehmen, daß Frau von Hessert und ihre Mitstreiter nicht wissen, daß in unseren Fabriken diejenigen, denen es nicht zuzumuten ist, daß solche Menschen neben ihnen sitzen, die unmöglich essen, ohnehin in den Kantinen von denen getrennt essen, die von schlechten Tischmanieren bedroht sind und deren Pausen kaum ausreichen, sich den Schmutz unter den Fingernägeln hervorzuholen. Es geht den Verantwortlichen allerdings auch nicht um die guten Tischmanieren. Es geht vielmehr darum, daß die arbeitende Bevölkerung in unserem Lande, ohne aufzumukken, das ihr zugeordnete Los akzeptiert, und damit dies nicht infrage gestellt wird, mußten im Frühjahr 1978 aus Kitas wieder Kinderdressuranstalten werden, denn das Beispiel hätte ja Schule machen können.

Wie sich die Kita-Eltern und -Erzieher wehrten

Die Umwandlung der Kitas in herkömmliche Kindertagesstätten war der erste Schritt der seit der letzten Kommunalwahl in Frankfurt regierenden CDU auf dem Weg, fortschrittliche Erziehungs-, Bildungs- und Kulturarbeit zu zerstören. Nach außen hin ist dies gelungen. Doch der Schein trügt. Der Widerstand, den Eltern und Erzieher rund drei Wochen lang der Umwandlung entgegensetzten, ist keinesfalls gebrochen. Zwar war es nur kurzfristig möglich, dem Machtpotential der Regierenden zu trotzen. Rund zwei Drittel der Kita-Elternschaft organisierten sich in der Elterninitiative "Kita 3000". Sie verhinderten zusammen mit einem großen Teil der Erzieher, daß sich die Umwandlung in den noch existierenden neunzehn Kitas nicht so reibungslos vollziehen konnte, wie sich das die CDU vorgestellt hatte. Viele Eltern nahmen in diesen Wochen Urlaub, um aktiv für die Interessen ihrer Kinder zu kämpfen. Die Rädelsführertheorie, die wie üblich von den Regierenden aus der Schublade hervorgeholt wurde, ist eine Lüge. Weder haben Erzieher Eltern indoktriniert, noch umgekehrt die Eltern die Erzieher. Wenn der aktive Widerstand nach drei Wochen zusammengebrochen ist, dann nur deshalb,
– weil Eltern und Erzieher nicht über die den

Prokla
Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik
33

Monika Fuhrke
Sozialpolitik in der Krise
Bammé/Deutschmann/Holling
Sozialpsychologie der Schule
Kerstin Dörhöfer
Wohnverhältnisse und Bewohnerverhalten
Helga Manthey
Lohn für Hausarbeit?
Liebel/Schonig
Zur Geschichte der Arbeiterjugend
Hartwig Bögeholz
Bahros Klassentheorie
Donner-Reichle, Erlbeck, Rauch
Frauenarbeit und Unterentwicklung

Einzelheft DM 9.-
im Abo DM 7.-

★

Produktion, Reproduktion, Sozialisation
Bahro Diskussion (II)

Rotbuch Verlag

SOZIALARBEIT

Info Sozialarbeit, Heft 21
FAMILIENFÜRSORGE
(8o Seiten, DM 5,--)

Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich, Heft 8
SOZIALARBEIT ZWISCHEN BÜROKRATIE UND KLIENT
-Reprint der Sozialpädagogischen Korrespondenz 1969 - 1974-
(2oo Seiten, DM 1o,--)

Arbeitsfeldmaterialien zum Sozialbereich, Heft 7
ZWISCHENLÖSUNG: ARBEITSKOLLEKTIVE
- Selbsthilfeinitiativen und Jugendarbeitslosigkeit -
(96 Seiten, DM 6,--)

AKTUELLES ★ WINTER-

1978/79 PROGRAMM

★ SCHULE

Info Schule, Heft 34
ALTERNATIVE PÄDAGOGIK
(64 Seiten, DM 4,--)

Reihe Roter Pauker Heft 15
MEDIENPRAXIS
-Öffentlichkeit für Schüler u.Lehrlinge-
(1o4 Seiten, DM 7,--)

SOZIALISMUS – DISKUSSION

Reihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung Heft 3
SOZIALISTISCHE LINKE NACH DEM KRIEG
–Beiträge von Fritz Lamm u.a.–
(24o Seiten, DM 1o,--)

Internationalismus Rundbrief, Heft 4
THEMA:
"REALER SOZIALISMUS"
(DIN A 4, 48 Seiten, DM 4,--)

RUSSELL – TRIBUNAL
2. Sitzungsperiode 3.-8.1.79 in Köln

Reihe Politisches Theater
"DER FREIHEIT EINE GASSE"
-Dokumentation zur Zensur im Theater-
(152 Seiten, DM 9,--)

Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Regierenden zur Verfügung stehenden Machtmittel und finanziellen Mittel verfügen,
– weil die Eltern im Arbeitsprozeß stehen und auch darauf angewiesen sind, daß sie ihre Kinder tagsüber in öffentlichen Erziehungseinrichtungen unterbringen können,
– und weil ein großer Teil der Eltern, nachdem die Entscheidung in dem von ihnen gegen die Stadt angestrengten Prozeß negativ ausgefallen war, keine Perspektive mehr in einem aktiven Widerstand sah.
Keinesfalls aus freiem Willen mußten die meisten Eltern ihre Kinder in die neu entstandenen herkömmlichen Kindertagesstätten bringen. Wenn die Stadt heute behauptet, daß die Eltern diese Kindertagesstätten positiv angenommen hätten, dann stimmt dies nicht. Auch deshalb nicht, weil Eltern zusammen mit Erziehern, die ihren Arbeitsplatz riskiert und verloren haben, weitermachen.

Kita-Eltern und Kita-Erzieher im Exil

Einige Eltern haben ihre Kinder diesen neuen alten Erziehungsbedingungen nicht ausgesetzt, weil sie stellvertretend für alle anderen Kinder das Recht und die Notwendigkeit einer an Kritikfähigkeit, Selbständigkeit, Fähigkeit zur Phantasie, Spontaneität und an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an denen der Konzernherren orientierten Erziehung praktizieren und dokumentieren wollen. Sie sind ins Exil gegangen, nicht weil sie pädagogische Spinnereien realisieren wollen, sondern weil sie eine solche Erziehung verwehrt bekommen und weil sie deutlich machen wollen, daß diese aufgezwungene Privatheit nicht ihr eigentliches Ziel ist, sondern die Durchsetzung emanzipativer Erziehungsinhalte und Formen in allen Kindertagesstätten, aber auch, und das ist genauso wichtig, in den Schulen. Deshalb haben sie zusammen mit den Erziehern den Verein "Kita im Exil" gegründet. Er soll die Voraussetzungen bieten, daß in Frankfurt auch weiterhin Kita-Erziehung durchgeführt werden kann. Die Kita-Eltern wollen in einzelnen Stadtteilen Kinderhäuser einrichten. Daß der Bedarf hierfür groß ist, zeigen die vorliegenden Voranmeldungen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit sagten im Frühjahr sowohl Oberbürgermeister Wallmann als auch Stadtrat Brück zu, den Eltern und Erziehern bei der Raumbeschaffung behilflich zu sein. Unmittelbarer Raumbedarf bestand in Sachsenhausen, im West- und im Nordend. Das Hilfsangebot der Stadt realisiert sich inzwischen in dem Hinweis des Liegenschaftsamtsleiters, doch auf dem freien Wohnungsmarkt zu suchen. Dort haben die Eltern den ganzen Sommer und Herbst über nach Häusern gesucht. Doch die Hausbesitzer sind nicht einmal bereit, leerstehende Häuser für Kinder zur Verfügung zu stellen.

dpa

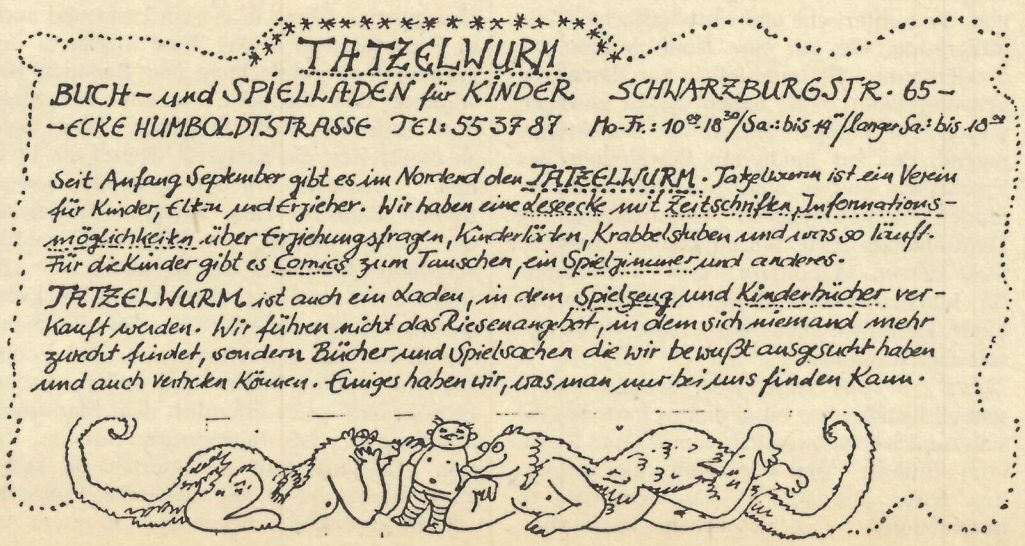
Trotz dieser recht negativen Situation ist auch schon einiges in den letzten Monaten erreicht worden: Der Schülerladen Spohrstraße konnte vom Verein für Schulanfänger eröffnet werden, und die Kleinkindergruppe Jahnstraße trat dem Verein bei. Beide Einrichtungen sind inzwischen vom Landesjugendamt anerkannt worden. Darüber hinaus gibt es noch die Kindergruppe in der Niedenau, die bis heute in einem Provisorium untergebracht ist und für die dringend Räume benötigt werden. In der Schwarzburgstraße 65 konnte schließlich noch der Buch- und Spielladen für Kinder "Tatzelwurm" eröffnet werden.

Zum neuesten Stand der Entwicklung

Nachdem das Landesjugendamt den Schülerladen Spohrstraße anerkannt hatte, stellte der Verein den Antrag auf die ihm für die betreuten Kinder zustehenden städtischen Zuschüsse. Anfang November hat Stadtrat Mihm diese Mittel mit der Begründung verweigert, der Oberbürgermeister habe bei einer Fortsetzung der Kita-Erziehung städtische Zuschüsse nur dann zugesagt, wenn eine wissenschaftliche Begleitung gesichert sei. Der Verein entschloß sich, sofort eine Pressekonferenz einzuberufen. da diese Entscheidung der Stadt juristisch nicht haltbar war, denn auch die anderen Frankfurter Kinder- und Jugendinitiativen erhalten ihre städtischen Zuschüsse, ohne daß damit die Auflage nach einer wissenschaftlichen Begleitung verbunden wäre. Da zur gleichen Zeit sich der Verein mit den ebenfalls bedrohten Institutionen Theater am Turm (TAT) und Abendgymnasium (AG) zu der neuen Bürgerinitiative KITATAG zusammenschloß, die auch sofort aktive Öffentlichkeitsarbeit betrieb (Versammlung im Volksbildungsheim/ Demonstration), und darüber hinaus sich die öffentlichen Medien (Rundfunk/Fernsehen) wieder verstärkt der Kita-Problematik annahmen, geriet die Stadt unter solchen Druck, daß sie bereits wenige Tage später, am Vorabend der Pressekonferenz, ihre Entscheidung zurücknahm. Der Stadt war so viel daran gelegen, diese Situation zu bereinigen, daß Herr Mihm sogar seinen Chauffeur beauftragte, den Brief persönlich in der Geschäftsstelle des Vereins abzugeben. Gleichzeitig erneuerte die Stadt ihr Versprechen, dem Verein bei der Raumsuche behilflich zu sein.

Wie geht es weiter?

Kurzfristig braucht der Verein für seine Kindergruppe in der Niedenau eine neue Bleibe. Die Kinder sind in der Niedenau in Kellerräumen untergebracht, die nicht beheizbar sind. Das Haus soll zudem in absehbarer Zeit abgerissen werden.
Langfristig steht der Aufbau der Kinderhäuser an. Dies wird aber nur in Zusammenarbeit mit anderen bereits in Frankfurt bestehenden Kinder- und Jugendinitiativen möglich sein. Diese Zusammenarbeit ist inzwischen eingeleitet.



15 Jahre Club Voltaire

Von Heiner Halberstadt

Oft drängt sich der Eindruck auf, die Neue Linke hierzulande sei besonders durch Geschichtsverlust gekennzeichnet. Die Ostermarschbewegung, die studentische Protestbewegung Ende der 70er Jahre, ja selbst bedeutsame Kampagnen z.B. des Sozialistischen Büros, wie etwa der Angela-Davis-Solidaritätskongreß oder auch schon der Pfingstkongreß von 1976, sind für viele nicht nur Vergangenheit, sondern auch vergessen. Die sozialistische Bewegung hat eine lange widerspruchsvolle Tradition. Aber auch die Neue Linke hat bereits ihre Vergangenheit. Damit wir nicht allzu schnell vergessen, damit wir nicht denken, es gelte immer wieder nur von vorne anzufangen, damit wir unsere eigenen Erfahrungen und die Erfahrungen von Sozialisten, die vor uns gearbeitet und gekämpft haben, uns wieder vergegenwärtigen, hat sich die "links"-Redaktion vorgenommen, linke Projekte, Ansätze, Kampagnen, Organisationen, Hoffnungen u.ä., die es seit 1945 in Westdeutschland gegeben hat und deren Wirkungen ja zum Teil bis in die heutige Zeit reichen, jeweils beispielhaft und konkret darzustellen. Dabei geht es nicht um eine chronologische oder politisch-legitimatorische Geschichtsschreibung, sondern um die Weitervermittlung und Verlebendigung oft sehr widersprüchlicher Erfahrungen. Wir beginnen diese "Serie" mit einer Darstellung des Frankfurter Club Voltaire.

Wie es anfing

Zur Jahreswende 1962/63 öffnete in der Kleinen Hochstraße 6 in Frankfurt in einem schmalen Haus, das den Krieg einigermaßen unbeschädigt überstanden hatte, ein Club Voltaire zum ersten Mal seine Türen. Draußen ein Schaufenster mit einer Auslage linker Literatur; drinnen in zwei ineinander übergehenden niedrigen Räumen eine lange Theke. Ein paar Tische, Stühle, an notdürftig verkleideten Sandsteinwänden Plakate des "Ostermarsches", der "Kriegsdienstverweigerer" u.ä. Einschlägiges als eine Art Visitenkarte. Das war's.
"Ein Treff für junge Leute mit politisch-literarischen Interessen" – so beschrieb sich das Unternehmen. Wer näher nachfragte, erfuhr, daß es vor allem ehemalige Mitglieder der SPD-nahen Jugendorganisation "Die Falken", einige versprengte Jungsozialisten und Naturfreundejugend-Mitglieder waren, die hier die Initiative ergriffen hatten. Doch das, was da so scheinbar zufällig, wie eine spontane Idee zustande gekommen zu sein schien, stand in Wirklichkeit in einem politisch-historischen Zusammenhang, war eingebunden in die Geschichte der linkstendierenden Jugendbewegung und Jugendopposition (je nach Zeitläuften) nach 1945.

Vorgeschichte

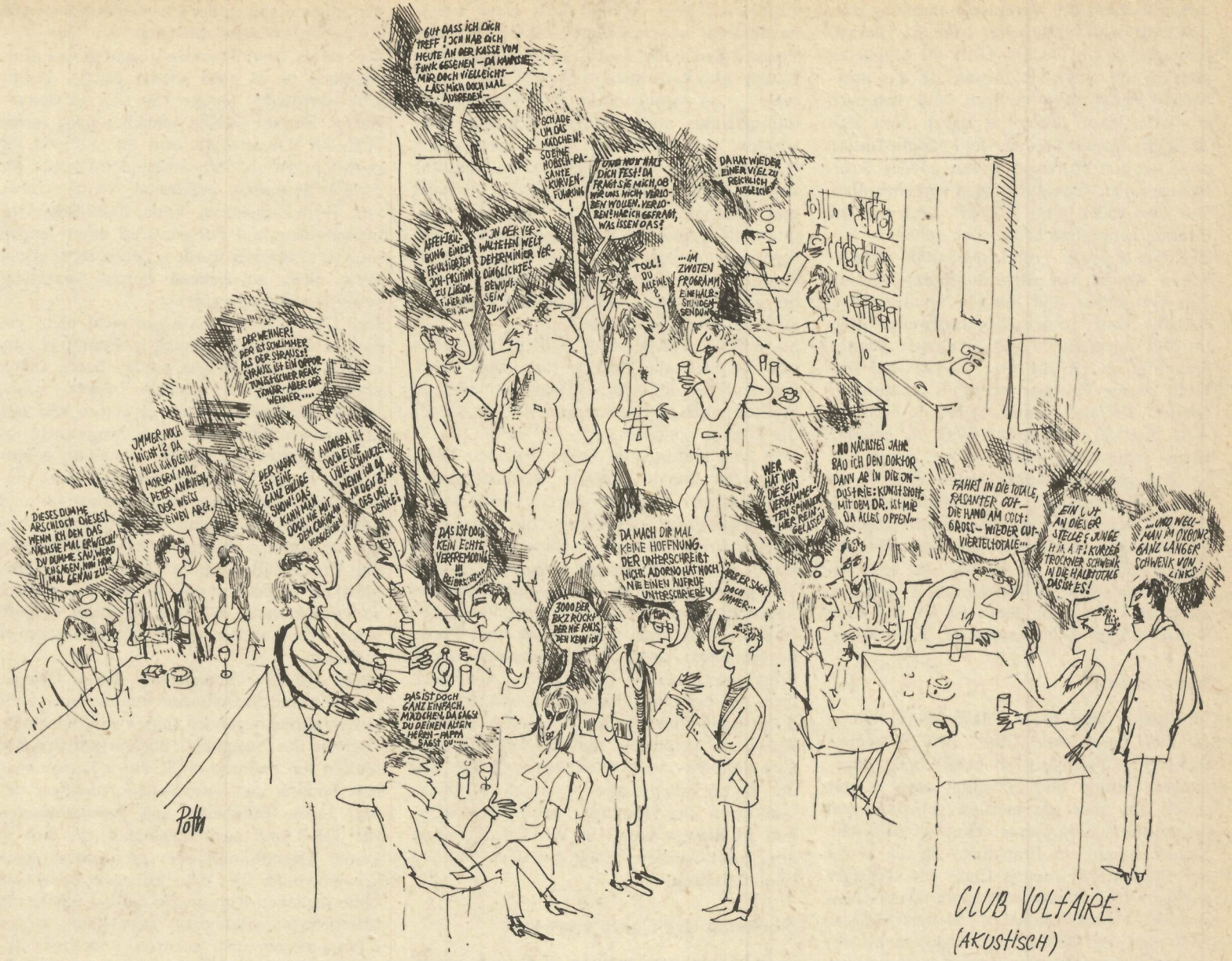
Nach dem Einmarsch der alliierten Truppen in Deutschland, nach der Kapitulation des Hitlerfaschismus hatte es nach einer kurzen Zeit der Betäubung und Orientierungslosigkeit, dann sich aber schnell entwickelnd, eine zahlenmäßig starke, das "Erlebnis Demokratie" voll aufnehmende und sich antifaschistisch verstehende Jugendbewegung gegeben. Für viele, auch für ehemalige Mitglieder der "Hitlerjugend", waren die Ideale und das Pathos des Dritten Reichs zum Teil schon vor 1945 in Zerstörung, Enttäuschung, Dreck und Elend untergegangen. Mit den GIs und Tommies eröffnete sich ein oft schon erwarteter Kontakt nach draußen, der das NS-geprägte Feindbild in Kürze und weitgehend verschwinden ließ. Jazzmusik strömte ein, Literatur (auf billigem Rotationspapier gedruckt) und auch von fliegenden Händlern in den Trümmergrundstücken in den Innenstädten in Massen verkauft), Theaterstücke, Broschüren (oft aus Kellerräumen und anderen Verstecken ausgegraben oder neu aufgelegt), Texte also von Thornton Wilder, Andre Gide, Kurt Tucholsky, Heinrich Mann, aber auch von Heinrich Heine und vielen anderen, wurden geradezu aufgesogen. In tausendfacher Diskussion fragten vor allem die immer wacher werdenden jungen Leute: was war da geschehen? Wie konnte es zu diesem Wahnsinn, dem man gerade noch entronnen war, geraten – was war da vorher gewesen?

Kurzer Aufbruch und schneller Niedergang

Eine große pazifistische Leidenschaft und ein tiefgreifendes demokratisches Bekenntnis zur befreiten Gegenwart und zu einer neu zu gestaltenden Zukunft erfaßte die Hungernden und Frierenden in den Trümmerstädten, fand in Wolfgang Borcherts Stück: "Draußen vor der Tür" seinen stärksten Ausdruck. Das waren damals mehr als Parolen: "Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus – nie wieder deutsche Soldaten!" Das wurde mit der gleichen Leidenschaft gedacht und empfunden, wie es gesagt und gerufen wurde.
Doch die nachfolgenden politischen Entwicklungen und Entscheidungen in den Westzonen, die militärische und wirtschaftliche Westintegration, die auf eine Konfrontation zur Sowjetunion und unmittelbar zur damaligen Ostzone fixiert war, haben diesen geistigen und gefühlsmäßigen Ansatz der Nachkriegsjugend, der zur fundierten Bewältigung des Faschismus und zu einer tatsächlich tiefgreifenden demokratischen Neustrukturierung Deutschlands hätte führen können, zerstört. Statt dessen akzeptierte "man" hierzulande für Marshall-Plan-Millionen den Neuausbau einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.
"Man" – das waren die damals wieder schnell installierten bürgerlichen Parteien, die sich zunächst zwar lauthals vom Dritten Reich, vom "Führer" und vor allem vom verlorenen Krieg absetzten – von dem bald so bezeichneten "geschichtlichen Betriebsunfall". Die Fragen nach den Grundlagen und Ursachen, die zum Faschismus geführt hatten, verstummten bald mehr und mehr. Der Westdeutschland geradezu überrollende Wohlstand, als überzeugendstes "Argument" gegen die "kommunistische Ostzone", schuf in kurzer Zeit ein Klima, in dem ein bornierter Antikommunismus fast bruchlos, wenngleich in anderer Konstellation und in neuer ideologischer Gewandung, an den des Faschismus anknüpfen konnte. Die linken Jugendbewegungen konnten sich gegenüber der gewaltig aufkommenden Absorbtionskraft des Konsumkapitalismus nicht behaupten, fanden auch bald keinen Halt mehr bei den Alt-Linken in SPD und Gewerkschaft, die insgesamt einen Anpassungskurs ansteuerte. Kritische Grundhaltung, linke Intellektualität, kulturelle und politische Kontakte "nach drüben" – und sei es nur in Form von Gesprächsbereitschaft – ja selbst religiöser Pazifismus galten bereits Anfang der fünfziger Jahre (wieder) als verdächtig. Der anfängliche Widerstand einer demokratischen und pazifistischen Jugend, aus der inzwischen auch sozialistische und kommunistische Jugendorganisationen hervorgegangen waren, gegen die Restauration, erlahmten und verebbten mehr und mehr. (In Essen schoß Anfang 1950 deutsche Polizei, wieder bewaffnet, zum ersten Mal nach dem Krieg auf eine Demonstration; einige Zehntausende Jugendliche demonstrierten damals gegen die beginnende Remilitarisierung. Das FDJ-Mitglied Philipp Müller wurde dabei erschossen.) Die Reste dieser linken Jugendbewegung mit all ihrer Hoffnung auf eine humane, emanzipierte Gesellschaft in dauerhaftem Frieden, durchdrungen von großer Freiheit, blieben dennoch erhalten. Sie trafen sich wieder im beginnenden Kampf gegen die Pläne zur westdeutschen und weltweiten Atomrüstung. Sie engagierten sich im "Ostermarsch". Er galt unter den obwaltenden Umständen sogleich als "kommunistische Tarnorganisation". Folgerichtig wurden "Ostermarschierer" auch in der SPD, die sich insgesamt dem allgemeinen antikommunistischen Trend längst angeschlossen hatte, unter Druck gesetzt und z.T. aus ihr selbst und aus ihr nahestehenden Organisationen, bei allzu großer Unnachgiebigkeit und Uneinsichtigkeit ausgeschlossen. Solche "Ausgeschlossenen und Betroffenen" waren es, die 1962/63 den Club Voltaire gründeten.

Wider den Stachel

Das geistige Klima in diesem Land und auch in Frankfurt war stickig. Eine Mischung von grandioser Vereinfachung und Banalität bestimmte den Zeitgeist, regierte den Staat und auch die Stadt Frankfurt. Dort tagte zu dieser Zeit ein Kongreß "Rettet die Freiheit" – natürlich vor den drohenden sowjetischen Panzern. Dem Kongreß präsidierte ein Rainer Barzel, ein "Rotbuch" wurde veröffentlicht. Darin war zu lesen, daß z.B. Intendanten, die wie Hilpert und Buckwitz Brecht-Stücke inszenierten, daß Pazifisten wie Niemöller und Heinemann, daß Politiker wie Walter Möller und andere Sozialdemokraten nicht öffentlich dem Marxismus abschwuren, daß Jugendorganisationen, die mit FDJ-Vertretern diskutierten, ja selbst Jugendtanzgruppen, die slawische Volksmusik und slawische Tänze in ihren Programmen



hatten – daß all die (da gab es dann Namensreihen mit Adressen und Telefon-Nummer) und noch viele andere, bewußt oder unbewußt Zersetzungsarbeit zur Vorbereitung des Einmarsches der "Roten Armee" leisteten. Mit diesem "Rotbuch" wurde verleumdet und denunziert, und in manchen Fällen löste das polizeiliche Verfolgung aus. Gegen solche Art Hetze und Verfolgung setzten sich "Betroffene" u.a. auch durch die Gründung des Club Voltaire und die dann folgende Arbeit des Unternehmens zur Wehr. Voltaire wurde, in fortwirkendem historischen Kontext, als kritischer Aufklärer "vor der Veränderung" zum Namenspatron ausgewählt. Die Club-Arbeiter nahmen sich vor, keine Tabuisierung und Dogmatisierung (auch keine linke) fortan mehr zu respektieren.

Sie zielten richtig: geistige Auseinandersetzung mit dem bestimmenden Ungeist der Zeit wurde sogleich als Provokation begriffen. Damit diese Provokation noch wirksamer wurde, nahm der Club Voltaire nach kurzer Zeit u.a. Kontakt mit dem "Berliner Ensemble" auf (eine nach damaligen Begriffen geradezu kriminelle Handlung), führte authentische Brecht-Inszenierungen im Film vor, organisierte Theaterfahrten nach Berlin-Ost, lud Käthe Rülicke, Hilmar Thate, Manfred Weckwarth und Helene Weigel zu Veranstaltungen und Diskussionen nach Frankfurt ein. Und weiter in solcher gezielten Einseitigkeit – weil damals Einmaligkeit –: es lasen und diskutierten im Club Voltaire Volker Braun, Christa Wolf, Anna Seghers, Wolf Biermann, Hermann Kant usw. usf. Es sangen in den kleinen Clubräumen die jüdische Sängerin Lin Jadalti und Vera Oehlschlegel, aber auch die damals noch unbekannten Liedermacher Franz Josef Degenhardt und Dieter Süverkrüp. John Heartfield folgte einer Einladung des Clubs und stellte die erste umfassende Repräsentation seiner künstlerisch-politischen Lebensarbeit im Frankfurter Karmeliterkloster aus; Karikaturisten hängten ihre Zeichnungen in die Galerie des Clubs – oft Zeichnungen, die die Redaktionen ihrer Zeitungen und Zeitschriften ihnen nicht abgenommen hatten. Aber auch von England, Italien, Frankreich kamen Sänger und Schriftsteller, die man vergeblich in den Literaturbeilagen der westdeutschen Zeitungen oder im Fernsehen und Rundfunk suchte: weil deren Ansichten und Texte hierzulande nicht "paßten". Sie waren stattdessen Gäste in der Kleinen Hochstraße in Frankfurt.

Karl Hermann Flach, der spätere Generalsekretär der FDP, entwickelte in einer Clubveranstaltung seine unkonventionellen Gedanken über eine neue deutsche Ostpolitik der Annäherungen und Vereinbarungen. Wolfgang Mischnik diskutierte die Aspekte eines Ausbaues intensiver wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion. Die Möglichkeiten deutsch-deutscher Sportbeziehungen – ein blockiertes Thema – erörterten in den "neutralen Räumen" des Club Voltaire Spitzenvertreter der beiden zentralen Sportverbände – gewissermaßen so en passant.

Theodorakis war später musizierender Gast in diesen Räumen, so wie auch eines Abends Pete Seeger hereinkam.

Dies und vieles andere war der Anteil des Frankfurter Club Voltaire am versuchten Ausbruch und Aufbruch aus dem Adenauer-Autoritäts-Staat. Nach diesem Beispiel entstanden dann in den folgenden Jahren in anderen Städten weitere Club Voltaire oder Republikanische Clubs, so in Stuttgart, Marburg, Bremen, Hannover und Berlin.

Das innere Gefüge

Träger des Clubs war und ist ein eingetragener Verein, mit Satzung und Präambel. Die schreibt vor, daß die Einrichtung die "Begegnung junger Menschen fördern soll, mit dem Ziel rassische, soziale, politische und religiöse Vorurteile zu überwinden". Und daß von dem Verein in den Clubräumen und anderen Orts "Veranstaltungen durchgeführt werden, die Informationen vermitteln und kritische Auseinandersetzungen über Fragen der Literatur, der bildenden Kunst, der Musik und über gesellschaftliche Probleme aller Art ermöglichen." Eine vage und auch wieder vieldeutige Aufgabenbestimmung. Doch sie hat sich als zweckmäßig im Wandel der Zeiten erwiesen.

Mitglied im "Verein" kann nach entsprechen-

dem Beschluß der Vereinsversammlung werden, wer aktiv mitarbeitet oder die Einrichtung nachhaltig fördert. Über 20 Mitglieder ging es aber fast nie hinaus, da das praktische Engagement, wie man weiß, sich nach ein oder zwei Jahren verlagert. Von Zeit zu Zeit wurden so in den Mitgliedslisten ohne großen Aufwand immer wieder Streichungen und Neueintragungen vorgenommen. Nur zwei oder drei "Oldies" sind von der Gründergeneration heute noch dabei.

Die fixen Kosten – rund DM 8.000.-- monatlich – werden vor allem durch den Verkauf von Getränken und Speisen erwirtschaftet; es gibt aber keinen Konsumzwang. Zwei bis drei Genossinnen bzw. Genossen arbeiten hauptamtlich (Küche und Theke) und sind Kraft dieser Funktion ebenfalls Vereinsmitglieder. Private Gewinne gibt es natürlich nicht. Gemäß der Satzung fließt der gesamte Erlös unmittelbar wieder in die Arbeit ein. Doch ergab sich bisher jedes Jahr – ein allerdings erträgliches – Defizit, das durch einen Zuschuß der Stadt Frankfurt (Jugendamt) gedeckt wurde. (Diesen Zuschuß beabsichtigt allerdings die CDU, die jetzt im Frankfurter Rathaus die Mehrheit stellt, zu streichen.) Alles in allem ist so der Club Voltaire eine selbstverwaltete Einrichtung.

Neue Zeiten?

Inzwischen sind ganze linkstendierte Generationen durch den "Club" (wie er vereinfachend in Frankfurt oft heißt) hindurchgegangen. Ruhig und gemäßigt ging es nur selten zu, aber am meisten gebeutelt und geschüttelt wurde dieses erste "sozialistische Unternehmen" in Frankfurt, als die Welle der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre in seine Räume schwappte. Da erschien manchen "revolutionären Neuerern" der Club und der Clubbetrieb insgesamt als autoritär fixiert und also veränderungswürdig: "Alle Genossinnen und Genossen, die im Club verkehren, haben doch wohl mitzubestimmen, wie das läuft – oder?" "Feste Preise? Das ist ja wie in jedem bürgerlichen Laden! Das kann doch wohl nicht wahr sein!" Also – so schlugen die, die solchen Traditionalismus und anderen Rückstand feststellten, vor: "Jeder ab sofort nach seinen Bedürfnissen – jeder nach seinen Möglichkeiten. Jeder konsumiert, was er braucht und zahlt, was er kann ..." Aber die "traditionell" geprägten Vereinsgenossinnen und -genossen blieben – trotz angedrohter "Club-Besetzung" – "autoritär" bei festen Preisen, bei einer Gewinn- und Verlustrechnung und auch bei ihren Satzungsregeln.

So kam es, daß der Club Voltaire überlebte, obwohl doch alle Ende der sechziger Jahre entstandenen ähnlichen Projekte in anderen Städten, nach und nach und allzu früh, wieder die Pforten schlossen.

Was sich änderte in dieser Zeit, war allerdings der Inhalt mancher Veranstaltungen und anderer Unternehmungen. Ulrike Meinhof diskutierte hier Fragen der neuentstehenden Frauenbewegung; Hans Jürgen Krahl stand oft im Mittelpunkt intensiver Auseinandersetzungen über die Perspektiven des so plötzlich eingetretenen umgreifenden Lernprozesses, in dem sich Theorie und Praxis in schneller, kaum richtig aufzunehmender Folge wechselseitig überlappten. Aber auch dies: das befreite Lebensgefühl, die sich ausbreitenden Dimensionen neuer Erkenntnisse ließen oft vergessen, daß die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, daß die konservativen und reaktionären Denkstrukturen und Haltungen der großen Mehrheit in diesem Land, in Wirklichkeit kaum angetastet wurden. Auch der Club Voltaire blieb unbefreit.

Nochmals das Ganze von vorn?

Fast könnte man meinen, daß heute, wenn auch auf einer neuen Ebene und in neuen Zusammenhängen, der Clubarbeit wieder alte Aufgaben zufallen. Im Zuge der jetzt wieder vieles bestimmenden restaurativen Entwicklung ist es auch wieder gängig, gesellschaftskritisches Denken an sich zu denunzieren. Für die wieder schneller nach rechts driftende Gesellschaft und für die von ihr geschaffenen und überwachenden Organe gilt es als besonders gefährlich, wenn solcher Art Denkkategorien, wenn linkslastige Informationen und Perspektiven unter jungen Leuten verbreitet werden, deren Bewußtsein noch nicht ausreichend durch Anpassung systemkonform geprägt ist.

Der Club Voltaire ist heute nicht mehr die einzige linkslastige Kneipe in Frankfurt (das ist gut so), aber er hat sich bis heute seinen eigenen Stellenwert erhalten. In den 15 Jahren seines Bestehens war er getreu den aufklärerischen Maximen seines Namenspatrons – nicht ganz ohne Erfolg – bemüht, unbotmäßig zu sein, bürgerlichen und auch linken Dogmatisierungen entgegenzuwirken und schlicht das Vergnügen am kritischen Denken zu fördern. Nachdem nunmehr Schulen und Universitäten wieder weitgehend zu Lernfabriken zurückfunktioniert werden, besteht so Veranlassung, daß auch der Club Voltaire seine Arbeit wieder verstärkter und intensiver fortführt.

Viele der neu entstandenen linken Organisationen und Strömungen wollten ihn bereits in den zurückliegenden Jahren vereinnahmen, aber die ihn "machten", blieben störrisch und hielten ihn dadurch offen. Noch immer können Spontis und Trotzkisten, Anhänger des SB, Jusos, Mitglieder und Sympathisanten der DKP und auch diejenigen, die sich in keiner Organisation ein- oder unterbringen können, beim Bier oder Ebbelwoi oder auch ohne jeglichen Konsum, in diesem seltsamen, überlieferten Refugium miteinander reden oder auch einander zuhören, und sogar Zusammenarbeit üben. ★

50 Jahre KPD (Opposition) 30.12.28 - 30.12.78 ★

Theodor Bergmann: Der Beitrag der KPO zur marxistischen Theorie und zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung-Versuch einer kritischen Würdigung. Am 30. Dezember 1928 wurde auf einer Reichskonferenz von 72 Delegierten aus 16 Bezirken der KPD des damaligen Deutschen Reiches die KPD-Opposition gegründet. Anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der KPO soll der geistigen und menschlichen Leistung dieser aktiven und selbständigen deutschen Revolutionäre gedacht werden.
160 Seiten (110 Seiten Dokumente und Fotos) DM 8,-

PETER KULEMANN, Die Linke in Westdeutschland nach 1945. Zwischen sozialdemokratischer Integration und dem Stalinismus der KPD-das Scheitern der "titoistischen" Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP) 1950-51
112 Seiten DM 7,-

KLAUS PETER WITTEMANN, Kommunistische Politik in Westdeutschland nach 1945. Der Ansatz der Gruppe "Arbeiterpolitik". Darstellung ihrer grundlegenden Auffassung und ihrer Entwicklung zwischen 1945 und 1952.
452 Seiten DM 15,-

SOAK ★ Reihe -Texte zur Arbeiterbewegung-

V. ARNOLD, Rätebewegungen in der Novemberrevolution. **114 S.; DM 7,-**

V. ARNOLD, Rätetheorien in der Novemberrevolution. **370 S.; DM 14,-**

ALEXANDER BRANDENBURG, Theoriebildungsprozesse in der deutschen Arbeiterbewegung von 1835 bis 1850. **370 Seiten; DM 12,-**

SHLOMO NA'AMAN, Lernprozesse und Vergesellschaftung 1830-1869 **64 Seiten; DM 2,50**

E.-V. RENGSTORF, Linksopposition in der Weimarer SPD. **176 S.; DM 6,-**

RUDI SUPEK, Arbeiterselbstverwaltung und sozialistische Demokratie. **256 Seiten; DM 12,-**

KARL AUGUST WITTFOGEL, Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft. **336 Seiten; DM 10,-**

Bestellung nur gegen Vorauszahlung (Scheck oder Bargeld) sowie zusätzlich DM 1,- versandkostenpauschale.
SOAK, Am Taubenfelde 30, Pablo Neruda Haus, 3 Hannover 1 Tel. 17618

BERND SENF:
„Politische Ökonomie des Kapitalismus"

mehrwert
BEITRÄGE ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Heft 17: Teil I **Heft 18: Teil II**

Die vorliegenden zwei Bände der „Politischen Ökonomie des Kapitalismus" sind der Versuch einer didaktisch orientierten Einführung in die marxistische politische Ökonomie. Unter Verwendung einer relativ einfachen, dem Sprachverständnis der Lernenden entsprechenden Sprache werden die Kategorien, die innere Logik und der Erklärungswert der politischen Ökonomie durch ständiges Fragen und Infragestellen erschlossen. Mit den Kategorien der politischen Ökonomie werden dabei konkrete reale Probleme wie Krise, Arbeitslosigkeit, Inflation, Monopolisierung, Staatseingriffe und Weltmarktprobleme analysiert. Geeignet für die Ausbildung an Fachhochschulen und Universitäten im Bereich Ökonomie und Sozialwissenschaften ebenso wie für außeruniversitäre Bildungsarbeit, etwa der Gewerkschaften.

Olle & Wolter

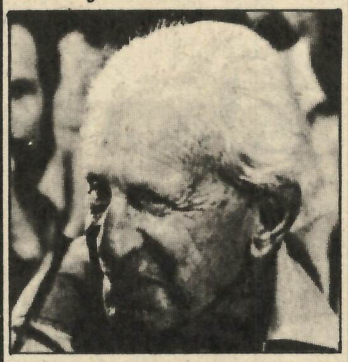
Soeben erschienen: Heft 19

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

Bahro-Diskussion

Herbert Marcuse antwortet Rudolf Bahro:
Revolution als historische Mission oder Entfaltung der Subjektivität?



Bahro hat versucht, eine Revolutionskonzeption für den realen Sozialismus zu entwickeln. Marcuse nimmt das in diesem Grundsatzartikel zum Anlaß, einen neuen Ansatz der Revolutionierung spätkapitalistischer Verhältnisse zu versuchen.

Theo Pirker
Bahro und die Tradition der DDR-Intelligentsia

Altvater, Steinke, Süß, Wolter
Bilanz des Berliner Bahro-Kongresses

Tamara Deutscher
Opposition im Ostblock
Teil I : Polen, CSSR

Roland Demmerle — **Zur innerparteilichen Situation der DKP**

Berufsverbote

Wolf-Dieter Narr — **Was steht hinter der neuerlichen Diskussion um die Berufsverbote?**

Meschkat u.a. — **Der Fall Brückner und die neu-entflammte Berufsverbots-Diskussion**

Gewerkschaften

Berliner Betriebsräte analysieren die letzten Betriebsratswahlen in Berlin und dokumentieren die Entwicklung einer oppositionellen Gruppe innerhalb der IG-Metall am Beispiel Solex Berlin

Jakob Moneta — **Aktionskreis Leben, eine erste Bilanz**

Burkhart Schmidt — **Marxismus und Naturbeherrschung** (Rede auf dem Tübinger Ernst Bloch-Tagen am 27./28. Okt. 1978) **eingeleitet von Arno Münster**

Einzelheft DM 7.–, im Abo DM 6.–, Abos (4 Nrn.) incl. Porto DM 26.50.

Verlag Olle & Wolter
Postfach 4310, 1 Berlin 30
Katalog anfordern!

Das Mobile Jugendtheater: Wie zähmt man einen Drachen?

Roter Termin Kalender

Jugendtheater-Festival
2.-8.1. in Schorndorf
Anmeldung: Herbert Federsel, Rathausstr. 30, 7062 Rudersberg

Methoden in der Sozialarbeiter-Fortbildung
9.-11.3. in Westberlin
Eine Tagung des Arbeitsfeldes Sozialarbeit im Sozialistischen Büro, die von Westberliner Genossinnen und Genossen vorbereitet wird. Ein Strukturierungsvorschlag (3 Seiten) für die Tagung kann gegen Rückporto angefordert werden. Teilnehmer, die sich anmelden, erhalten Ende Januar ein Arbeitspapier zugesandt. Kontakt: Krista Reinhardt, c/o Euser, Bürknerstr. 6, 1000 Berlin 44

Free-Clinic-Festival
13.1. 14.30 - 24.00 Uhr Rhein-Neckar-Halle
Zur Unterstützung der Free-Clinic Heidelberg spielen u.a. Klaus der Geiger, Rolf Schwendter, Straßenmusikanten, Theatergruppen. Karten (DM 10,--) gibt's bei der Free Clinic, Rohrbacher Str. 87, Tel. 28436 oder beim ISZ Heidelberg in der Sophienstr. 7a

Internationale Irlandkonferenz
19.-21.1. in Frankfurt
Weitere Informationen: Westdeutsches Irlandsolidaritätskomitee, Postfach 35, 637 Oberursel

Humanisierung des Gesundheitswesens
26.-28.1. in Bielefeld
Ziel dieser Tagung ist es, den an der Ausbildung der Gesundheitsberufe Interessierten und Beteiligten ein Forum für theoretische Diskussionen und praktischen Erfahrungsaustausch anzubieten. Anmeldung und weitere Informationen: Dr. Eberhard Göpel – Oberstufen-Kolleg – Postfach 8640, 48 Bielefeld 1, Tel. 0521/106-2870 (vormittags) und 0521/68785 (abends)

SB-Regionalseminare
"Zur Auseinandersetzung mit Bahros Alternative"

• 17./18. Februar in Essen
Schwerpunkt der Veranstaltung ist die Thematisierung der Aussagen Bahros zur Situation der Produzenten in Osteuropa, Arbeitsprozeß und -organisation, leitende und ausführende Arbeit sollen im Verhältnis zu kapitalistischen Gesellschaften analysiert und diskutiert werden. Anmeldung erforderlich: SB/AG c/o Wohngemeinschaft, Düsseldorferstr. 128, 433 Mühlheim, Tel. 0208/481229

• 2./3. Februar in Marburg
1. Arbeitsteilung und Bewußtsein; 2. Gesellschaftsformationen bei Bahro; 3. Arbeiterklasse und Intelligenz (am Beispiel des Prager Frühlings).
Beginn: Freitag 2.2. 16.00 Uhr Arbeitsgruppen und Vorbereitung der Podiumsdiskussion
20.00 Uhr Podiumsdiskussion (öffentlich)
Samstag 3.2. ab 10.00 Uhr Arbeitsgruppen
ab 20.00 Uhr Fest.
Die Arbeitsgruppen werden durch Thesenpapiere vorbereitet; Teilnahme an den Arbeitsgruppen ist nur nach Anmeldung möglich: Reinhard Fenchel, Heinrich-Heine-Str. 11a, 355 Marburg, Tel. 06421/29890

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Roland Roth, Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist spätestens der 15. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospekt der SOAK GmbH, Hannover; Prospekt "Broschüren des SB – Winter 1978/79"; Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; Programm des Russell-Tribunals vom 3.-8.1.1979.

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1.1.1979 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für 1979 DM 28,-- (einschl. Versandkosten)
Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November zum Jahresende gekündigt wird.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____

Unterschrift

Bild der 1. Sitzungsperiode im April 1978 über die Berufsverbote

Russell-Tribunal über die Situation der Menschenrechte in der BRD

2. Sitzungsperiode, 3. bis 8. Januar 1979, Stadthalle Köln-Mülheim, Wiener Platz

Mittwoch, 3. Januar 1979

9.00 Eröffnungsrede des Vorsitzenden des Tribunals, V. Dedijer
10.00 Referat Prof. Nauta: Die neue Berufsverbotediskussion
10.30 Gutachten Prof. O. Negt: Das System der Zensur und die Einschränkung der bürgerlichen Öffentlichkeit
12.00 Schluß
14.30 Gutachten Prof. Richter: Zensur in Verlagen, Bibliotheken und im Buchhandel
16.45 Gutachten Yaak Karsunke: Zensur im Theaterbereich
18.15 Schluß

Donnerstag, 4. Januar 1979

9.00 Gutachten Rechtsanwalt Golzem: Die "Mescalero-Affäre" Zeugen dazu u.a. Prof. Brückner und Prof. Erb
12.00 Schluß
14.30 Gutachten Rechtsanwältin M. Düsing: § 90a StGB – Staatsverleumdung
16.00 Gutachten Rechtsanwalt Riemann und E. Piper: Die Anklage gegen die Agit-Drucker in Berlin
18.00 Schluß
19.45 Gutachten Dr. Mende/Dr. Kienzle: Zensur im schulischen Bereich
21.30 Schluß

Freitag, 5. Januar 1979

9.00 Gutachten Dr. H. Heer: Zensur in den Medien
10.30 Gutachten Prof. K. Horn: Psychologische Auswirkungen der Zensur
11.30 Referat Prof. Germer (Dänemark) und J. Kapsis (Herausgeber der griechischen Zeitung NEA): Die Zensur im internationalen Vergleich
14.00 Schluß

Samstag, 6. Januar 1979

9.00 Gutachten Rechtsanwalt Heinrich Hannover und S. Cobler: Die Rechte und Möglichkeiten der Strafverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland
11.00 Hearing
Anhörung von Strafverteidigern und Fachleuten zu Einzelfragen der Behinderung in der Strafverteidigung (Verbot gemeinsamer Verteidiger, Ausschluß des Verteidigers, Trennscheibe, Überwachung des schriftlichen Verkehrs, Beeinträchtigung der Verteidigung durch Haftbedingungen, Ehrengerichtsverfahren u.a.) u.a. mit H.H. Heldmann, O. Schily, K. Groenewold, Prof. Preuß und Prof. Müller
13.00 Schluß
14.30 Referat Gejer, ehemaliger schwedischer Justizminister: Das Strafverfahrensrecht im internationalen Vergleich
16.00 Hearing 2
18.00 Schluß
20.00- 22.00 Fortsetzung des Hearings 2

Sonntag, 7. Januar 1979

14.00 Zentrale Großkundgebung zum Abschluß des III. Internationalen Russell-Tribunals: Berufsverbote, Zensur, Verteidigungsrechte, Verfassungsschutz

Montag, 8. Januar 1979

9.00 Gutachten Rechtsanwalt J. Brückner: Der Verfassungsschutzapparat und seine Praktiken
13.00 Schluß
14.30 Referat John Shattuck, Direktor der American Civil Liberties Union: Staatsschutzinstitutionen im internationalen Vergleich
16.00 Gutachten Prof. J. Seifert: Die Definitionsgewalt des Verfassungsschutzes
18.00 Schluß
20.00 - 22.00 Fortsetzung der Zeugenbefragung zum Thema Verfassungsschutz

Alle Gutachten werden relativ kurz sein, etwa eine halbe Stunde. Anschließend an die Gutachten werden Zeugen gehört werden, die als Betroffene oder intime Sachkenner Auskunft geben werden. Die oben angegebenen Zeiten umfassen sowohl die Vorträge der Gutachter als auch die Zeugenanhörungen.

Sonntag, 7. Januar 1979, 14 Uhr, Köln-Messegelände • Kommt zur Großkundgebung!
Zentrale Manifestation zum Abschluß des III. Internationalen Russell-Tribunals:
Berufsverbote, Zensur, Verteidigungsrechte, Verfassungsschutz • Mit Kulturprogramm